STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19080218

## Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 41. Dienstag, den 18. Februar 1908. 22. Jahrgang.

# Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,76, für das Ausland monatlich ℳ 3,50.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr Nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaux. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: St. Pauli bei Heinr. Koenen, Sophienstr. 44. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstraße 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34, Wandsbeck. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. Ottensen, Bahrenfeld bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 129, Ottensen.

**Hierzu zwei Beilagen.**

## Eisenbahn-Jammer.

Auf einem großen Umweg, nämlich über den sächsischen Eisenbahnrat und über die Handelskammer in Plauen, kam dieser Tage die Mitteilung, daß für die deutschen Eisenbahnen allerlei Neuerungen in Aussicht genommen sind. Das heißt soviel, als daß die preußische Eisenbahnverwaltung sich wieder mit „Reformen“ trägt, die dem ganzen Reiche aufgezwungen werden sollen. Vor diesen „Reformen“ empfindet man regelmäßig von vornherein ein gewisses Grauen, selbst wenn man sie nicht genau kennt, weil man weiß, daß immer etwas kommt, was aus dem Geiste der preußischen Bureaukratie geboren ist. Und diese Bureaukratie sucht etwas darin, sich mit den Anforderungen des modernen Verkehrswesens in Widerspruch zu setzen.

Ob die aus Sachsen kommenden Mitteilungen sich bestätigen, muß man abwarten. Das dagegen gerichtete halbe Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“ beweist noch nicht, daß sie unrichtig sind. Es scheint doch, daß etwas Neues im Werke ist. Das Charakteristische in der neueren preußischen Eisenbahnpolitik ist ein unaufhörliches Experimentieren, ein unsicheres Hin- und Hertappen. Der frühere Eisenbahnminister Thielen wollte sich einen schönen Abgang sichern und führte die 45tägigen Rückfahrkarten ein. Das wurde in ganz Deutschland mit großer Freude begrüßt. Aber warum soll denn das deutsche Volk eine solche Freude haben? Das fördert nach der in Preußen leider so einflußreichen junkerlich-bureaukratischen Auffassung nur die „Zuchtlosigkeit“ — also mußten die 45tägigen Rückfahrkarten wieder beseitigt werden. Zur Zeit haben wir bekanntlich gar keine Rückfahrkarten, was sehr bedauert wird. Aus dem sächsischen Eisenbahnrat verlautet, daß nunmehr Rückfahrkarten mit viertägiger Dauer eingeführt werden sollen. Ob dies nun kommen wird oder nicht — jedenfalls beweist dies, daß das Experimentieren mit bald einen Schritt rückwärts, bald einen Schritt vorwärts wieder im Gange ist.

Zu einer wirklich modernen Verkehrsreform kann man sich nicht entschließen. Oesterreich hat den „Sprung ins Dunkle“ mit dem Zonentarif gewagt und hat dabei keinen Schaden gelitten; Preußen wagt auf diesem Wege ebensowenig nachzufolgen wie auf dem Wege zum allgemeinen Wahlrecht. Alles, was über die engbegrenzten junkerlich-bureaukratischen Begriffe in Preußen hinausgeht, ist „Sprung ins Dunkle“. Die frischen Anläufe süddeutscher Staaten zu Erleichterungen und Verbilligungen des Eisenbahnverkehrs sind von dem Uebergewicht der reaktionären preußischen Eisenbahnpolitik einfach niedergedrückt worden. Als Zugabe wurde auch gleich die Unduldsamkeit der preußischen Bureaukratie über die Grenzen Preußens hinaus getragen. Ein Beispiel! Infolge der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft gibt es in Darmstadt einen Bahnhof mit preußisch-hessischer und einen mit „nur“ hessischer Verwaltung. Auf dem ersteren Bahnhofe durfte der „Simplicissimus“ nicht verkauft werden; auf dem letzteren war er zu haben. Dies eine Beispiel ist charakteristisch genug. Den Bahnhofsverwalter auch zum Zensor der Presse zu machen, blieb dem preußischen Einfluß vorbehalten; allerdings hat man sich anderwärts beeilt, das schöne Institut der Bahnhofszensur möglichst zu verallgemeinern. Die Orte, wo es noch nicht besteht, sind zu zählen.

Im ganzen hat die preußische Eisenbahnpolitik erreicht, was sie gewollt hat — eine Verteurung des Verkehrs. Man darf sich dadurch nicht täuschen lassen, daß man auf einzelnen Strecken verhältnismäßig billig fährt. Es scheint in der preußischen Eisenbahnpolitik das System der modernen großen Warenhäuser nachgeahmt zu werden. Diese verstehen es vortrefflich, dem Publikum die Meinung beizubringen, als sei alles, was sie abgeben, billig und gut. Sie führen eine Anzahl Waren, die gut und billig sind; dann haben sie viele Waren, die mittelmäßig und nicht billig sind, und auch viele, die teuer und schlecht sind. Das Publikum aber, das dort einmal einen guten und billigen Kauf gemacht, hofft, immer einen solchen machen zu können. So ist es mit den jetzigen Eisenbahntarifen; weil man auf einzelnen Strecken billig fährt, soll man nicht bemerken, daß im ganzen eine Verteurung eingetreten ist.

Indessen ist der Fiskus nicht zu ersättigen. Er sucht seine Erträgnisse immer noch zu steigern. Das ist ja auch eine der charakteristischen Erscheinungen im preußisch-deutschen Reich, daß die dominierende Eisenbahnpolitik eine rein fiskalische ist. Im modernen Kulturstaat sollte die Eisenbahn in erster Linie „im Zeichen des Verkehrs“ stehen. Dem ist aber nicht so, denn bei uns stehen die Eisenbahnen in erster Linie im Zeichen des Fiskus. Sie haben den Zweck, dem Militär- und Klassenstaat möglichst viele Einnahmen zuzuführen, und das Publikum hat vor allen Dingen die Pflicht, diese Einnahmen aufzubringen; dann erst kann man überlegen, ob sich das Reisen etwas bequemer gestalten läßt.

Dazu kommt auch noch, daß Pfaff und Junker durchaus verkehrsfeindliche Elemente sind. Die Eisenbahn führt den Strom des modernen Lebens auch in die abgelegenen Landstriche, wo Junker und Pfaff sich bisher ihre mittelalterliche „Idylle“ zum guten Teil noch erhalten hatten. Daher wird von dieser Seite alles getan, um eine moderne Ausgestaltung des Eisenbahnwesens zu erschweren. Und das muß ein Industrieland wie Deutschland ertragen, dessen Industrie zum großen Teil nur durch ihren Export nach allen Himmelsgegenden besteht.

Daß der Fiskus wieder sehr unzufrieden ist, kommt auch daher, daß die Fahrkartensteuer Fiasko gemacht hat. Sie hat den auf sie gesetzten Erwartungen nicht entsprochen. Es war schon mehrmals die Rede davon, sie wieder abzuschaffen, und auch der sächsische Eisenbahnrat teilt mit, daß sie auf die Dauer nicht werde bestehen können. Nun, wenn diese so äußerst unpopuläre Steuer abgeschafft werden sollte, dann wollen wir ganz gewiß nichts dagegen einwenden. Nur möge man sich dann nicht der holden Illusion hingeben, als geschehe das, um dem reisenden Publikum eine Erleichterung zu verschaffen. O nein! Eine solche unbrauchbare Steuer, die zu wenig bringt, muß zwar beseitigt, aber durch irgend etwas anderes ersetzt werden, was den Fiskus mehr befriedigt.

Die Sache liegt demnach so, daß die Fahrkartensteuer abgeschafft wird, um neuen „Reformen“ Platz zu machen, die eine abermalige Verteurung des Eisenbahnverkehrs mit sich bringen.

Junker und Pfaff sind damit einverstanden, denn „das Volk reist viel zu viel“!

Unter den heutigen Erwerbsverhältnissen muß eben das Volk viel reisen und jede Erschwerung des Verkehrs kann nur nachteilig wirken.

Die sozialökonomische Entwicklung, die schon so viele hindernde Blöcke beiseite geschoben, wird auch die heutige preußische Eisenbahnpolitik aus dem Wege räumen.

## Politische Uebersicht.

### Aus dem Reichstag.

Berlin, 15. Februar.

Während früher die Sozialdemokraten die einzigen waren, die sich der Not der unteren Reichs-, namentlich der Postbeamten annahmen und deren Interessen vertraten, haben sich die Antisemiten, seitdem sie im Reichstage vertreten sind, bemüht, nach dieser Richtung hin den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Um sich nun aber den Postbeamten als ganz besonders geeignete Vertreter ihrer Interessen zu empfehlen, scheinen sie es auch als ein ganz besonders geeignetes Erfordernis ihrer Reden zu erachten, die Sozialdemokratie anzurempeln und sie bei den Beamten zu verdächtigen. Dem entsprechend war auch heute wieder die Rede des antisemitischen Amtsrichters Lattmann zugeschnitten. Dieser Herr vermag überhaupt keine Rede zu halten, ohne sich als geschworener Feind der Sozialdemokratie nach oben hin in empfehlende Erinnerung zu bringen. Er pflegt dabei in der Wahl seiner Mittel auch sehr wenig skrupulös zu sein, wie er mehrfach durch Benutzung nicht einwandsfreien Materials, zumeist aus der Sudelküche der Liebergarde bewiesen hat. Heute mußten ihm die Bemerkungen Singers über die Verletzung des Briefgeheimnisses und das kriecherische Verhalten einiger Postbeamten ihrem hohen Chef gegenüber als Anlaß dienen den Bannstrahl über die Häupter aller Postbeamten zu schleudern, die sich erlauben, eine, von der antisemitischen abweichende vielleicht gar sozialdemokratische Gesinnung zu haben. Was er sonst im Interesse der Beamten vorzubringen hatte, war zu seinem Leidwesen bereits von anderer Seite gesagt worden. Daß die Antisemiten für den Osmarkenkorruptionsfonds eintreten, lag auf der Hand, ohne daß Lattmann es erst sagte; ebenso daß die Polen dagegen sind, wie aus den Ausführungen ihres Redners Kulerski hervorging, der die Befürchtung aussprach, daß dadurch die hakatistische Seuche nur noch mehr befördert werde, als schon jetzt durch die Zulage an die preußischen Staatsbeamten für Gesinnungstüchtigkeit. Ziemlich scharfe Töne schlug der Freisinnige Dr. Struve an, namentlich, da wo er sich mit dem Fall seines Berufskollegen Dr. Schellenberg beschäftigte. Das rührte den Postgewaltigen Kraette aber nicht besonders, hat er sich doch durch sein schneidiges Auftreten in dieser Affäre von Anfang an des tosenden Beifalls der Junker und Junkergenossen zu erfreuen gehabt, und dieser ist ihm ein sichererer Hort als ein etwaiger Beifall der linksseitigen Blockgenossen. Zu seiner ganz besonderen Genugtuung bestätigte ihm zum Schlusse noch der Junker v. Treuenfels, daß er sich durch sein Verhalten im Falle Dr. Schellenberg das größte Wohlwollen der Konservativen erworben habe, dessen auch jeder Beamte sicher sei, der durch strenge Maßregeln das Eindringen der Sozialdemokratie in den Beamtenkörper zu verhindern suchen. Der Liebe Müh wird trotzdem umsonst sein.

#### Der Fall Schellenberg.

Zu der vorstehend schon erörterten Angelegenheit wird uns von anderer Seite noch geschrieben:

Die Wahlfreiheit der Beamten ist eine der wichtigsten Forderungen des alten Liberalismus. Wenn es sich daher im Falle Schellenberg auch um die Wahl eines Sozialdemokraten gehandelt hat, so war die Sache doch keineswegs eine spezifisch sozialdemokratische Angelegenheit. Und das um so weniger, als Schellenberg der freisinnigen Partei angehört und für den sozialdemokratischen Kandidaten bloß in der Stichwahl gestimmt hat. Aber wie auch sonst häufig, mußte der Fall von unserer Fraktion durch den Genossen Singer zur Sprache gebracht werden, und erst nachdem er die Blocklinke wegen ihres Schweigens weidlich verspottet hat, scheint man sich entschlossen zu haben, „Schand' und Ehr' halber“, dem selbstherrlichen Postgewaltigen Kräte gleichfalls auf den Pelz zu rücken. Das hat dann am dritten Tage der Postetatsdebatte der Kieler Arzt Struve nicht übel besorgt.

In seiner Verteidigungsantwort schlug Herr Krätke nicht mehr ganz den Ton des oberbureaukratischen Herrenmenschen an, den er sich gegen Singer herausnahm, und in der er sich zu der dreisten Erklärung verstieg — richtiger erniedrigte: „Wenn der Fall einmal vorkommen sollte, würde ich noch einmal genau so handeln!“ Von so etwas sagt man in Süddeutschland: „Echt preußisch!“

Aber je mehr Herr Krätke sich zu verteidigen suchte, desto tiefer hat er sich hineingeritten. Auch gegenüber Struve hielt er seinen politischen Terrorismus gegen die Unterbeamten aufrecht. Als ob die Unterbeamten verfassungsgemäß nicht ebenso wie alle Beamten das Recht hätten, zu wählen, wen sie wollen! Als ob sie politische Heloten wären!

„Solange die sozialdemokratische Partei unseren Einrichtungen feindlich gegenübersteht, solange können sozialdemokratische Beamte nicht geduldet werden. Das verträgt sich nicht mit ihrem Eid“, sagte Herr Krätke gegen Singer. Ein Unsinn, dessen sich jeder Postknecht zu schämen hätte. Steht vielleicht die Sozialdemokratie dem Postwesen feindlich gegenüber? Und wozu verpflichten sich denn die Beamten mit ihrem Eid? Doch wohl allein dazu, ihre Amtspflicht, die Funktion, wozu sie angestellt werden, gewissenhaft zu versehen und auszuüben. Mit nichten aber verpflichten sie sich durch ihren Eid für oder gegen irgend welche politische Gesinnung. Wer das in ihren Eid hineinlegt, handelt ebenso spitz—findig, wie irgend ein Händler auf dem Viehmarkt, der dem Bauern einreden will, er habe mit seiner Zusage etwas versprochen, woran er nicht entfernt gedacht hat!

Herr Struve hat Bismarck und Puttkamer aus anfangs der achtziger Jahre zitiert, die sich ebenfalls dahin ausgesprochen hätten, daß keinen Beamten wegen seiner Abstimmung ein Nachteil treffen solle. Das muß aber dahin ergänzt werden, daß Puttkamer das wiederum mit einigen Nachsätzen eingeschränkt hat. Wogegen sich aber der bekannte nationalliberale Führer Bennigsen scharf aussprach; eine Reminiszenz, welche zeigt, wie tief die Nationalliberalen seitdem heruntergekommen sind, deren Presse dem Herrn Krätke applaudierte.

Bennigsen sagte: Herr v. Puttkamer habe sich für ein System ausgesprochen, welches ganz dasselbe sei wie dasjenige, dessen böse Folgen wir seit vielen Jahren in Frankreich beobachten, wo das ganze Beamtentum zur Verfügung des Ministers steht, und wo, wenn eine Wahlbewegung anfängt, der Minister auf einen Knopf drückt, die Maschine zu arbeiten beginnt und ihm Hülfe und Unterstützung leiht. Bennigsen verwahrte sich energisch dagegen, daß dieses System in Deutschland platzgreife. Nach den alten, guten Traditionen des deutschen Beamtentums erkennt der Beamte noch höhere Pflichten als die wichtigeren an, nämlich für das Wohl des Ganzen zu sorgen, nicht aber seine Aufgabe darin zu suchen, dem Regierungssystem politische Hülfe zu leisten. Er protestierte dagegen, daß ein preußischer Minister im Reichstag zum ersten Male die Beamten, welche ihm bei der Wahl unterstützten, des Dankes und der Anerkennung des Monarchen versichere.

Aber auch Puttkamer selbst mußte zugeben, was auch Herr Struve erwähnt hat: wenn der Vorgesetzte von Beamten diese in irgend einer Weise in der Ausübung ihres Wahlrechts behindert oder beeinflußt, sei es mittelbar oder unmittelbar, dann mache er sich nicht nur disziplinarisch, sondern auch darüber hinaus strafbar. „Darüber hinaus“, d. h. kriminell. Er hatte offenbar den § 339 des Strafgesetzbuches im Auge, welcher lautet: „Ein Beamter, welcher durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt, oder durch Androhung eines bestimmten Mißbrauchs derselben, jemand zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung widerrechtlich nötigt, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist strafbar.“ Und daß der Gesetzgeber dabei speziell auch das Wahlrecht im Auge hatte, zeigt der Hinweis auf § 107, wo ausdrücklich von „Verhinderung in Ausübung staatsbürgerlicher Rechte, zu wählen oder zu stimmen“ die Rede ist.

Das Wort des Herrn Krätke, „das verträgt sich nicht mit ihrem Eid“, trifft ohne Frage bei höheren Beamten zu, die direkt oder indirekt die Wahlfreiheit der ihnen unterstellten Beamten zu behindern suchen! —

#### Herr, die Not ist groß!

Es will sich noch immer niemand finden, der das Zeug dazu, und den Willen hat, das Reichsfinanzschiff wieder flott zu machen, indem er es durch eine Flut neuer Steuern wieder von dem Riff herunterhebt, auf dem Schatzsekretär von Stengel mit ihm gestrandet ist. Bülow holt sich immer einen Kob nach dem anderen. Die „Pol.-Pol. Korresp.“ weiß mitzuteilen:

„Der Wechsel im Reichsschatzamt scheint dem Kanzler ungeahnte Schwierigkeiten zu bereiten. Bis zum Ende der zweiten Februarwoche hat Fürst Bülow etwa ein Dutzend Ablehnungen der verschiedensten Persönlichkeiten erhalten, die von ihm für den schwierigen Posten in Aussicht genommen waren. An den Unterstaatssekretär Twele, der unlängst als der Nachfolger v. Stengels genannt wurde, ist von seiten oder im Auftrage des Reichskanzlers noch keine solche Aufforderung ergangen. Der Rücktritt des Reichsschatzsekretärs kann ebensogut in den nächsten 24 Stunden wie erst nach Wochen erfolgen. Alles hängt von dem Ergebnis der Bemühungen ab, einen geeigneten Ersatzmann zu finden. Freiherr v. Stengel erscheint aber weder im Bundesrat, noch führt er mehr als nominell die Geschäfte seines Ressorts weiter. Daß unter solchen Umständen und bei dieser Ungewißheit die notwendige große Finanzreform vor der nächsten Herbsttagung des Reichstages möglich sein sollte, wird jetzt auch von den größten Optimisten lebhaft bezweifelt. Gewisse Anzeichen deuten auch bestimmt darauf hin, daß der am 1. April d. J. akut werdende Mehrbedarf des Reiches — über die Ausgaben des Reichshaushaltsvoranschlages von 1908 hinaus — durch eine Anleihe von etwa 65 Millionen Mark gedeckt werden wird.“

Da man kein Geld hat, alle laufenden Bedürfnisse des Reichs zu decken, so pumpt man sich welches und überläßt es der Zukunft, die gemachten Schulden abzutragen oder bis in die Unendlichkeit zu verzinsen. Diese Wirtschaft mit den Zuschußanleihen ist die gemeingefährlichste Finanzpolitik, die es geben kann.

Wie dieselbe Korrespondenz wissen will, sollen sogar die Mittel für die Erhöhung der Offiziersgehälter, deren Mehrkosten einschließlich der Löhnungsverbesserungen für Unteroffiziere 11 Millionen betragen sollen, durch Anleihe aufgebracht werden. Die blockfreudige „Freis. Ztg.“ stellt sich freilich so, als ob sie nicht glauben, „daß die Regierung zu einem so bedenklichen Mittel greifen will, laufende Ausgaben durch eine Anleihe, wenn auch nur für ein Jahr, zu decken. Noch viel weniger erscheint es ihr wahrscheinlich, daß der Reichstag sich darauf einlassen werde. Kommt, wie zu erwarten steht, eine Reichsfinanzreform in der laufenden Session nicht mehr zu stande, dann bleibt nichts anderes übrig, als die Erhöhungen für die Beamtenbesoldungen und ebenso die für die Offiziersgehälter, falls die letzteren für notwendig erachtet werden sollten, auf die Matrikularbeiträge zu überweisen“.

Davon wollen aber bekanntlich die Finanzminister der Einzelstaaten nichts wissen. Wo ist der Mann, der endlich Bülow und dem Block aus der Patsche hilft?!

#### Herrenhäusler und Polenenteignung.

Die Hoffnung der Hakatisten, daß die Herrenhauskommission sich noch eines Besseren besinnen und die von ihr beschlossenen Einschränkungen des Enteignungsrechts fallen lassen werde, hat sich nicht erfüllt. Die Kommission hat am Sonnabend, wie schon in der Sonntagsnummer kurz berichtet, den in erster Lesung angenommenen Antrag Löning-v. Dziembowski unverändert angenommen, trotz der „lebhaften Bedenken“, die dagegen geäußert wurden. Die Mehrheit war jedoch eine geringere; es standen 14 gegen 11 Stimmen, statt in der ersten Beratung 18 gegen 7. Nach dem gefaßten Beschluß sollen von der Enteignung ausgeschlossen sein:

a) Gebäude, die dem öffentlichen Gottesdienst gewidmet sind, und Begräbnisstätten,

b) Grundstücke, die im Eigentum von Kirchen und von Religionsgesellschaften stehen, denen Korporationsrechte verliehen sind,

c) Grundstücke, die im Eigentum von Stiftungen stehen, die als milde ausdrücklich anerkannt sind,

d) Grundstücke, welche zu einem Familien-Fideikommiß gehören, sofern die Errichtung des Familien-Fideikommisses seit mehr als 10 Jahren bestätigt oder genehmigt worden ist,

e) Grundstücke, sofern dem Eigentümer das Eigentumsrecht an dem Grundstück seit mehr als 10 Jahren zusteht oder durch Ueberlassungsvertrag von seinen Eltern oder von seinem Ehegatten übertragen war und er unter Hinzurechnung der Besitzzeit des Uebertragenden mehr als 10 Jahre ununterbrochen im Besitz gewesen ist,

f) Grundstücke, welche der Eigentümer von dem Voreigentümer als dessen Ehegatte oder als dessen Erbe der ersten oder zweiten Ordnung im Sinne der §§ 1924 und 1925 des B. G.-B. kraft Testaments oder kraft gesetzlicher Erbfolge erworben hat.

Befindet sich das Grundstück im Miteigentum mehrerer Personen, so ist die Enteignung nur ausgeschlossen, sofern bei jedem der Miteigentümer eine der zu e oder f genannten Voraus-

---

[3] (Nachdruck verboten.)

## Ein Greuel.

Von M. Arzybascheff.
Deutsch von Werner Peter Larsen.

Das Lämpchen wackelte ängstlich auf dem Tisch und die grüne Kuppel klirrte warnend und kläglich. Das Licht fiel nach unten auf aufgestemmte Beine und krampfhaft geballte Fäuste, während die Gesichter im Schatten waren und nur die Augen trübe und unheimlich blitzten.

„Ich?“ fragte der Doktor noch einmal und rang heiser und quiekend nach Luft.

„Sie, Sie, Sie!“ schrie der Untersuchungsrichter durchdringend und wild.

„Wer hat es zuerst gesagt?“ fragte der Doktor heiser.

„Ich habe es im Spaß gesagt, aber Sie sind zuerst hineingegangen!“

„Und wer hat auf den Kopf geschlagen, auf den Kopf! . . . Ich? . . .“

„Und wer hat gesagt, wir hätten nichts zu fürchten!?“

Sie standen einander gegenüber mit zu schrecklichen Grimassen verzerrten Gesichtern und runden Augen, die außer Furcht und Haß jeglichen anderen Ausdruck verloren hatten und schrien sich wie Phantome nackte und verzerrte Beschuldigungen zu. In ihren irrenden Seelen und getrübten Hirnen schien nur eine einzige unerträglich durchdringende Stimme hülfesuchend zu schreien:

„Nicht ich, nicht ich . . . er, er, er! ...“

Sie ähnelten zwei plötzlich in einen stickigen, engen Brunnen voller Angst und Qualen Gefallenen, die einander auf die Schultern klettern, würgen und auf die Köpfe schlagen.

Die Tür ging und bei dem Laut zusammenschreckend, duckten sie sich, erbleichten und verstummten. Der Landkommissär trat ein. Er trug einen kaltgrauen Mantel mit blitzenden Knöpfen und einen harten Säbel. Sein Gesicht schien Stein, seine Augen Metall. Und er im ganzen — grau und hart.

Er trat an den Tisch, stützte sich mit den Händen auf ihn auf und sagte, zwischen den beiden hindurch auf die Wand blickend:

„Sogleich werden wir mit der Untersuchung beginnen . . .“ Und ohne zu sehen, ohne zu fühlen, wie sie erbleichten, verzog er die Lippen und sagte:

„Dennoch haben wir die Nacht ganz nett verbracht . . . Schade, die Närrin ist hereingefallen. Nun, tut nichts.“

Er sah spöttisch der Reihe nach von einem zum anderen und fügte, die Stimme ändernd, rauh hinzu:

„Wie dem aber auch sei, wir können doch nicht um ein Weib zu Grunde gehen . . . Wir müssen uns herausdrehen. Nun also? Da habe ich soeben erfahren, daß zwei Bauern gesehen haben, wie der Wächter Matwei Powalny des Nachts aus der Schule gekommen ist . . . Ah? . . .“

„Nun und —?“ fragte der Doktor tonlos.

Und wieder sprang ein schwarzer behender Gedanke im Hirn des Untersuchungsrichters vor. In seiner Gurgel gluckste etwas freudig auf.

„Da wäre also die Rettung! . . . Es wird nicht Vergewaltigung heißen, sondern Raub . . . Raub liegt näher und ist nicht so laut! . . . Verstehen Sie? . . . Den Wächter zu verwirren, ist nicht schwer, das nehme ich auf mich . . . Aber Vergewaltigung ist nicht nötig . . .“

„Aha . . .“ sagte der Landkommissär gedehnt, als lausche er etwas weit Entferntem und streckte den sehnigen Hals vor.

Der Untersuchungsrichter aber packte den Aermel des grauen Mantels und begann — Speichel verspritzend und mit wahnsinniger Schnelligkeit die Augen rollend — eifrig zu flüstern.

Und in dem Maße wie er redete, um alles auf den Wächter abzuwälzen, schien der Doktor zu erschlaffen und zu ermatten. Ein neues Greuel — noch ein Greuel! — tauchte vor ihm, in die angstgehetzten, reißenden Worte gekleidet, auf und dem Doktor schien, er würde es nicht ertragen. Und als der Untersuchungsrichter schwieg, sank der Doktor — mit dem Ellenbogen auf den Tisch aufschlagend — schwer und kraftlos auf einen Stuhl, bedeckte das Gesicht mit den dicken, aufgeschwemmten Fingern und sagte tonlos:

„Aber das ist ja . . . Gott, was ist denn das?“

Der Landkommissär wandte ihm langsam das regungslose, eiserne Gesicht zu.

„Ja, was denn sonst?“ fragte er kalt.

„Aber darauf steht doch Verschickung . . . Für uns wird ein Unschuldiger büßen!“

Auf dem Gesichtchen des Untersuchungsrichters malte sich deutlicher und deutlicher etwas unaufhaltsam Wildes, das rasende Entzücken der geretteten Bestie.

„Nun, was tut denn das?“ sagte der Landkommissär fest und hart, so ruhig, als sei das etwas ganz Alltägliches.

„Das ist unmöglich . . . ich kann nicht . . .“ stöhnte der Doktor, die Hände noch fester gegen das Gesicht pressend.

„Was heißt das — kann nicht!“ knirschte der Untersuchungsrichter.

„Nein, ich kann nicht . . .“ schüttelte der Doktor, ohne das Gesicht zu zeigen, mit dem Kopf. Und seine Stimme klang kummervoll, bedrückt und dumpf.

„Ich kann nicht . . .“

„Aber das konnten Sie!?“ schrie der Untersuchungsrichter.

„Das ist . . . ich weiß nicht, wie . . . passiert . . . Nun, mag es . . . Aber dies kann ich nicht! . . .“ entgegnete ebenso dumpf der Doktor.

„Ah, Sie können nicht? Aber auf zwölf Jahre in die Bergwerke . . .?“ fragte der Untersuchungsrichter mit endlosem Haß und katzenhaftem Triumph, sich dicht zu des anderen Ohr niederbeugend. „Und Ihre Frau, und die Familie . . . ah —?“

Der Doktor riß hastig die Hand von dem roten, nassen, aufgedunsenen Gesicht und starrte ihn mit trüben, abwesenden Augen an. Dann sank sein Kopf auf den Tisch und er begann wimmernd zu weinen und zu stöhnen.

„Mein Gott, mein Gott . . . was ist denn das, was ist denn das? . . .“

Sein Kopf tanzte und rutschte auf der Tischkante hin und her, wie eine große, weiche Blase.

„Beruhigen Sie ihn doch,“ sagte der Landkommissär, mit kalter Verachtung vom Tisch zurücktretend. „Wozu sich noch dumm haben . . . Ich verstehe nicht . . .“

Der Doktor begann sich zu verschlucken, dann aber schien es, als beginne er laut und unheimlich zu lachen.

Der Untersuchungsrichter stürzte ängstlich nach Wasser, zwängte das klirrende Glas zwischen die nassen Zähne des Doktors und wiederholte immer wieder:

„Hören Sie auf . . Was machen Sie denn . . . Wir haben mit dem Mädel gescherzt . . . waren betrunken . . . Jeder andere an unserer Stelle hätte dasselbe getan . . . Wollten wir denn ihren Tod? Trinken Sie Wasser . . . Hören Sie auf . . . Schreien Sie nicht . . . Es ist nun mal geschehen, was ist da zu tun . . .“

Der Landkommissär begann plötzlich halb zu seufzen, halb zu lachen. Der Untersuchungsrichter wandte sich erschreckt nach ihm um und für einen Augenblick überkam ihm ein seltsames Gefühl: als hätten alle und auch er selbst den Verstand verloren, und über seinen Schädel lief ein krampfhafter Schauer. Der Landkommissär stürzte vor, schlug ihm das Glas aus der Hand, so daß es klirrend zu Boden fiel und schrie, den Doktor an die Schulter packend, mit rasender Kraft zwischen den Zähnen:

„Schweig . . . sagt man Dir, räudiger Lump! Ich schlage Dich tot!! . . .“

Der Doktor flog in seinen Händen, als sei ihm der Kopf vom Rumpf gerissen und stammelte hülflos:

„Ich v . . . ver . . . stehe . . . I . . . lassen . . . Sie . . . ich will ja . . .“

VI.

Seit dem Abend schon verbreitete sich — unsichtbar und unhörbar von Lippe zu Lippe kriechend — nach allen Seiten hin die Kunde von der Missetat. Es war völlig öde und still, in dieser toten Stille jedoch schien ein verzweiflungsvoller Schrei vom Menschen zum Menschen zu fliegen, in den Seelen ward es weh und schauerlich und eine schwere drückende Empörung nahm von ihnen Besitz. Sie war in der Tiefe verborgen und es schien, als dringe sie immer tiefer und tiefer, plötzlich aber, ohne daß jemand gewußt hätte, wo und wie, gleichsam, als hätte in der Menge eine panische Stimme aufgeschrien, brach sie hervor, lohte auf, und wälzte sich von Ort zu Ort.

Frühmorgens legten die Arbeiter auf der Baumwollspinnerei und der nächsten Bahnstation die Arbeit nieder und krochen zu schwarzen Häuflein über die Felder ins Dorf.

„Selbst haben sie sie ermordet und selbst auch zu Gericht gesessen,“ sagte eine schwere hohle Stimme und in ihrem Flüstern begann etwas anzuwachsen, etwas Riesiges, Allgemeines und Drohendes, wie eine heraufziehende Wetterwolke.

Es wuchs mit vernichtender Kraft und unheimlicher Schnelle. Und riß in seinem Sturmschritt alles Verborgene, Niedergetretene, die Unterdrückung von Jahrhunderten mit. Als verkörpere der Schatten des Kleinen, zu Tode gequälten Weibes in den kindlichen schwarzen Strümpfen mit den naiven himmelblauen Bändern plötzlich etwas Allgemeines, Lichtes, Junges und Liebes, das man endlos und hoffnungslos erdrückt und ertötet. Man mochte nicht mehr glauben, man mochte nicht leben, die Füße gingen von selbst in der Richtung wie auf einen Hülferuf und die Stimmen gewannen von selbst den drohenden, verzweifelten Klang.

Als die Polizeidiener frühmorgens den ungestrichenen Sarg auf die Straße hinaustrugen, überflutete bereits eine ungeheure wie in einem schwarzen Kessel brodelnde Menge den Weg. Schweigend machte sie vor dem langsam durch die Luft dahinschwebenden gelben Kasten Platz. Keiner wußte, was zu tun, und jeder sah qualvoll auf den gelben Deckel, unter dem eine gespannte, schweigende Verzweiflung verborgen schien. Noch war es still, von irgendwo weit hinten aus der Ferne aber wälzte sich schon dumpf und schwer ein gleichmäßiges, anwachsendes, unterirdisches Getöse heran.

Der bleiche Himmel hatte sich bereits aufgeklärt und der

setzungen zutrifft. Steht das Eigentum oder Miteigentum einer an Kindesstatt angenommenen Person oder einer juristischen Person zu, so finden die Bestimmungen dieses Paragraphen keine Anwendung. Die Vollendung der zehnjährigen Dauer des Besitzes muß vor der Zustellung des Beschlusses eingetreten sein.

Die stark hakatistisch angehauchte „Voss. Ztg." weint der fliehenden Aussicht, die Polen mit der Enteignung gründlich maltraitieren zu können, schon einige Tränen nach. Sie erklärt: „Man mag über die Polenvorlage denken wie man will, einig aber werden sich Freund und Feind darüber sein, daß die Herrenhauskommission der Regierung ein Schicksal bereitet hat, das sie nicht verdient hat. Die Kommission durfte die Vorlage radikal verneinen, wenn sie über den Eingriff in das Privatrecht nicht hinauskommen konnte, das Ei des Gesetzes aber auszublasen und dann das leere Kalkrund mit dem Hohne zurückzugeben: „Da ist die Vorlage; jetzt seht zu, was Ihr daraus macht!" das durfte sie nicht."

Der „Hann. Cour." tröstet sich, gestützt auf die geringere Mehrheit bei der zweiten Beratung in der Kommission, damit, daß bis zur endgültigen Entscheidung „noch viel geschehen" kann. Sicher wird es an der nötigen Bearbeitung der Herrenhäusler hinter den Kulissen nicht fehlen. Am 26. Februar soll die Vorlage im Plenum beraten werden.

### Wahlrechtsdemonstrationen.

Wie ein Telegramm aus Solingen meldet, fanden dort am Sonntag Abend abermals sozialdemokratische Wahlrechtskundgebungen statt. Die Demonstranten zogen vor das Rathaus, wo sie Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht ausbrachten. Als die Menge hier auseinandergetrieben war, begab sie sich nach dem Gewerkschaftshause, welches geräumt und geschlossen wurde. Mehrere Personen wurden verhaftet.

### Die Abgeordneten-Immunität.

Unsere Genossen in der bayerischen Abgeordnetenkammer haben einen Antrag eingebracht: Die Kammer wolle beschließen, es sei die königliche Staatsregierung aufzufordern, im gegenwärtigen Landtag einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Verfassungsurkunde dahin erweitert, daß gegen kein Mitglied des Landtages während der Dauer der Verhandlungen desselben ohne Genehmigung der betreffenden Kammer eine Strafverfolgung eingeleitet oder fortgesetzt werde. Der Antrag bezweckt, die bayerischen Abgeordneten in dieser Beziehung mit den Reichstagsabgeordneten gleichzustellen.

### Er lehnt sich nicht auf.

Der Münchener Korrespondent des „B. T." ist von dem Landtagsabgeordneten Pfarrer Graudinger zu folgender Erklärung ermächtigt: „Die Blättermeldung, Pfarrer Graudinger habe das Verbot des Erzbischofs von Bamberg, in der Schulfrage mit der liberalen Partei zusammenzugehen, ablehnend beantwortet, ist völlig aus der Luft gegriffen."

Der Herr Pfarrer will sich also „löblich" unterwerfen.

### Mittelständlerische Dreistigkeit.

Der deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag hat vor kurzem an die Zweite badische Kammer das Ersuchen gerichtet, darauf hinzuwirken, daß Beamten, und zwar aktiven wie zur Ruhe gesetzten, die Beteiligung an Konsumvereinen von den zuständigen Dienstbehörden untersagt werden soll, falls durch die Tätigkeit dieser Vereine eine Schädigung der Erwerbsinteressen anderer Bevölkerungskreise herbeigeführt wird. Weder in der Kommission noch in der letzten öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer fand dieser Wunsch des deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages irgendwelche Gegenliebe. Der Antrag der Kommission, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, wurde vielmehr nahezu einstimmig angenommen. Die Kammer ging dabei von dem Gedanken aus, daß zu einer weitergehenden Verschärfung des bisherigen Beamtenrechts keinerlei Gründe vorliegen.

Bemerkenswert ist, daß aus badischen Geschäftskreisen heraus bisher noch keine Wünsche zu der Beteiligung von Beamten an Konsumvereinen geäußert worden sind. Ebenso wenig wurde bisher ein Fall bekannt, daß Beamte aus der Beteiligung an der Leitung von Konsumvereinen wirtschaftliche Vorteile ziehen. Aber die berufsmäßigen „Retter des Mittelstandes" kümmern sich gar nicht darum, ob ihre „Schützlinge" den Kampf gegen die Konsumvereine wünschen oder nicht, ob sie sich geschädigt fühlen oder nicht. Sie haben sich nun einmal ein Schema zurecht gemacht, wonach die Konsumvereine den Mittelstand ruinieren, und diesem Schema gemäß „arbeiten" sie. Zweck hat es zwar nicht, aber ein richtiger Mittelständler hat schon eine Freude daran, wenn er sich über Konsumvereine und ähnliche Dinge aufregen kann.

### Aus der Schweiz.

r. Als eine schwere Kompromittierung des schweizerischen Asylrechts stellt sich nachträglich noch der Fall Kilatschitzki dar. Kilatschitzki ist jener russische Student, der wegen Beteiligung an der Ermordung des Warschauer Eisenbahndirektors Iwanow in Zürich verhaftet und auf Verlangen der russischen Regierung infolge bundesgerichtlichen Entscheides von der Schweiz an Rußland ausgeliefert worden war. In der am 31. Januar in Warschau stattgefundenen Gerichtsverhandlung gegen Kilatschitzki ergab sich zur Evidenz, daß es sich im Falle Iwanow um einen rein politischen Mord handelte, da derselbe ein Agent der russischen Polizei war, ihr „politisch verdächtige" Beamte auslieferte usw. Kilatschitzki wurde auch von der Anklage nicht direkt des Mordes, sondern nur der Begünstigung desselben durch Ueberlassen seines Zimmers für die Vorbereitungen zur Tat und als Zuflucht nach derselben beschuldigt. Sein Verteidiger, der Advokat Pinsecki, konstatierte, daß der Fall einen rein politischen Charakter trage, daß deshalb die Auslieferung seitens der Schweiz nicht hätte erfolgen dürfen und daß, da die Auslieferung nur wegen eines angeblich gemeinen Verbrechens erfolgte, der Angeklagte freigesprochen werden müsse, eventuell könnte er nur zu einer milden Strafe verurteilt werden. Das Gericht erkannte auf 6 Jahre Zwangsarbeit — eine harte Strafe! Wir wünschten, es müßten sie jene schweizerischen Bundesrichter in Lausanne absitzen, die in so leichtfertiger Weise die Flüchtlinge den russischen Henkern ausgeliefert haben. Bei solcher Handhabung des Asylrechts durch das oberste Gericht des Landes bleibt nur noch die schöne Erinnerung an dasselbe zurück und haben alle Ausländer, die sich wegen politischer Vergehen in die Schweiz flüchten wollen, mit dieser Tatsache zu rechnen.

Die sozialdemokratische Partei im Kanton Aargau sammelt gegenwärtig Unterschriften für ein Initiativbegehren, betreffend die Einführung der Proportionalwahl der Kantonsvertreter und der Gemeinderäte. Es handelt sich dabei um eine Abänderung der Kantonsverfassung. Die katholische Partei unterstützt das Initiativbegehren.

Die Arbeitslosigkeit wächst. So sind in der Stadt Zürich vom 18. Dezember bis 21. Februar 1546 Erwachsene und 1496 Kinder von der städtischen Arbeitslosenkommission mit einem Aufwand von 13 286 Franks unterstützt worden. Weiter wird von Arbeitslosigkeit aus Basel, Bern, St. Gallen, Rorschach, Arbon, Genf &c. berichtet.

### Wahlrechtsdeputationen in Dänemark.

Die Deputation der sozialdemokratischen Frauenwahlrechtsvereinigung und die gewerkschaftlichen Arbeiterinnen-Organisationen haben am letzten Donnerstag auch den Ministerpräsidenten Christensen besucht, um über seine Stellung zur Forderung des staatsbürgerlichen Frauenwahlrechts Aufklärung zu erhalten. Seine Antwort lief darauf hinaus, daß die Frauen vorerst zufrieden sein sollten, wenn sie nun das kommunale Wahlrecht bekämen. Die Deputation war natürlich anderer Meinung und erklärte, es herrsche im ganzen Lande allgemeine Unzufriedenheit darüber, daß über die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung Dänemarks keine Spur von Einfluß auf die Angelegenheiten des Staates hat. Der Minister fragte dann ironisch, ob den Frauen denn nichts an dem kommunalen Wahlrecht gelegen sei? Die Genossinnen antworteten, daß sie selbstverständlich auch auf dieses Wahlrecht großen Wert legten, daß es aber nur halbe Gerechtigkeit sei, und daß deswegen die Forderung des politischen Wahlrechts nicht zurückgestellt werden dürfe. Schließlich erklärte der Minister, er wolle zur Zeit nur für das kommunale Wahlrecht arbeiten. Seine private Meinung sei jedoch, daß den Frauen auch das volle politische Wahlrecht zukomme, einfach deswegen, weil sie Menschen seien.

Am selben Tage wurde die Deputation der sozialdemokratischen Jugendvereinigung vom Ministerpräsidenten empfangen. Ihre Hauptforderung ist die Herabsetzung des Wahlrechtsalters, wie sie der sozialdemokratische Verfassungsänderungsentwurf neben dem Frauenwahlrecht fordert. Auch dieser Deputation gegenüber berief sich der Ministerpräsident darauf, daß das kommunale Wahlrecht nun an erster Stelle auf der Tagesordnung stehe. Er sei nicht dafür zu haben, andere Streitfragen in die Debatte zu werfen. Wenn einmal die Frage des Wahlrechtsalters vor ihrer Lösung stehe, sei er selbst dafür, es mit dem Mündigkeitsalter gleichzusetzen. Die bestehende Altersgrenze für das politische Wahlrecht (30 Jahre) sei auch seiner Meinung nach zu hoch.

### Grausame Justiz.

Die Angst vor dem Antimilitarismus spornt die französische Justiz zu drakonischer Strenge an. In voriger Woche stand der Redakteur Collongy von der „Vie Sociale" in Nancy wegen Beleidigung der Armee und der Aufreizung der Soldaten zum Ungehorsam vor den Geschworenen dieser Stadt. Die genannten Vergehen soll er durch den Abdruck eines Artikels der „Guerre Sociale" begangen haben, der die Regimenter belobte, die sich während des Winzeraufstandes widersetzig gezeigt hatten. Der Verfasser des Artikels, Merle, ist seinerzeit in Paris zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Collongy bekam wegen des Abdrucks zwei Jahre Gefängnis und 100 Frcs. Geldstrafe zudiktiert! Der mitangeklagte verantwortliche Redakteur war zur Verhandlung nicht erschienen und wurde darum in contumaciam zur Maximalstrafe von neun Jahren Gefängnis und zu einer Geldbuße von 3000 Frcs. verurteilt.

### Marokko.

Wie es scheint, wollen die Franzosen an der Taktik festhalten, den Sultan Abdul Asis gegen den Sultan Mulay Hafid auszuspielen. Eine Note der Agence Havas besagt: Die marokkanische Staatsbank (ein französisches Institut) hat einmütig beschlossen, daß El Mokri (Abgesandter des Abdul Asis) der von ihm verlangte Vorschuß von 2½ Millionen Franks gewährt werde, der ausschließlich zur Bezahlung des Soldes für die marokkanischen Garnisonen in den Häfen bestimmt ist. Dieser Beschluß ist gefaßt worden mit Rücksicht auf die Interessen der Fremden, die unter etwaigen lokalen Unruhen leiden könnten, falls die scherifischen Truppen keine Soldzahlung erhielten. Die Staatsbank sorgt für die europäischen Interessen in Marokko, die sie zu vertreten hat, und hält es für ihre Pflicht, jeder Gefahr vorzubeugen. Der Beschluß der Bank kann von der französischen Regierung, welche mit Spanien den Auftrag erhalten hat, für die Sicherheit der marokkanischen Häfen zu sorgen, nur mit Genugtuung begrüßt werden.

Den Pariser Blättern zufolge wird ein Teil des von der marokkanischen Staatsbank dem Sultan Abdul Asis gewährten Darlehns zur Ausrüstung einer Mahalla von 1500 bis 2000 Mann dienen, womit der Sultan versuchen würde, Fez wieder in seinen Besitz zu bringen.

Wie verlautet, soll Mulay Hafid vor einigen Tagen an den französischen Konsul in Casablanca einen Brief gerichtet haben, worin erstens die französische Regierung ersucht wird, sich in den Kampf zwischen ihm und seinen Bruder nicht einzumischen, und zweitens betont wird, wie nützlich die Zurückziehung der französischen Truppen aus Casablanca sein würde.

Das spanische Ministerium des Aeußern veröffentlicht eine Note, in der die Gründe dargelegt werden, die zu der Besetzung von Mar Chica Anlaß gaben: Die Nichtachtung des Vertrages von 1894 durch den Machsen, die Notwendigkeit, die feindlichen Riff-Stämme zu verhindern, innerhalb der Grenzen des spanischen Territoriums ihre Streitigkeiten zum Austrag zu bringen, und vor allem die Notwendigkeit, dem Schmuggel an der Küste ein Ende zu bereiten. Die Note wiederholt, daß die Maßnahme eine provisorische sei und daß die spanische Regierung sie rückgängig machen werde, sobald der Machsen seinen Verpflichtungen nachkomme.

Von der spanischen Regierung wurde beschlossen, eine halbe Brigade Jäger nach Marokko zu schicken, von der das erste Bataillon von Algeciras abreisen wird; das zweite Bataillon wird sich heute einschiffen.

### Ein kleines Kolonialabenteuer.

Die portugiesische Regierung hat die Entsendung von 300 Mann der Garnison von Lissabon zur Verstärkung der eingeborenen Truppen in Guinea beschlossen, um die Unterdrückung der dort ausgebrochenen Unruhen zu beschleunigen.

### Von der englischen „Strafexpedition" in Indien.

Aus Peschawar, 16. Februar, berichtet ein Telegramm: Wie General Willcocks meldet, erreichte das Expeditionskorps gestern Abend Walai, einen Ort im Bazartale, wo es zu einem Zusammenstoß mit den Zakkakhels kam. Diese waren durch das unerwartete Erscheinen der Engländer augenscheinlich so überrascht worden, daß sie es verabsäumt hatten, eine sehr starke Stellung oberhalb Walai, die jetzt in Händen der Engländer ist, zu besetzen. Auf englischer Seite ist ein Mann tot, einer schwer verwundet.

### Gewerkschaftshetze in den Vereinigten Staaten.

Wie aus New-Orleans gemeldet wird, erhob die Grand-Jury des Bundesgerichts Anklage gegen die Vertreter fast aller Gewerkvereine New-Orleans wegen Verletzung des Shermannschen sogenannten Antitrustgesetzes.

Zur Erklärung sei bemerkt, daß die Grand Jury eine nach Art der Geschworenenbank zusammenberufene Körperschaft ist, die zu entscheiden hat, ob ein Fall vor den ordentlichen Geschworenen abzuurteilen ist oder nicht. Die Verfolgung geschieht in dem vorliegenden Falle wegen „Verletzung der Handelsfreiheit", nach Maßgabe des kürzlich ergangenen Erkenntnisses des obersten Bundesgerichtshofs, wonach Gewerkvereine, die eine Verrufserklärung gegen die Waren eines Unternehmers erlassen haben, für den dreifachen Betrag des Schadens diesem gegenüber haftbar sind.

Das neueste Vorgehen des Bundesgerichts ist nur ein Glied in der langen Kette der im Unternehmerinteresse erfolgten Vergewaltigung der Arbeiter durch die Justiz. Die von den Kapitalisten abhängigen, oft auch direkt bestochenen Richter finden bei jeder Aktion der Arbeiter, die den Kapitalisten unbequem wird, einen Haken, um anzugreifen. Die bei großen Streiks üblichste Methode ist die des „Einhaltsbefehls"; d. h. der Richter verbietet einfach bei schwerer Strafe den Führern der Arbeiter, diese oder jene Maßregel zu ergreifen, etwa Streikposten auszustellen oder vor Zuzug zu warnen. Die so zur Untätigkeit Gezwungenen mögen dagegen prozessieren; das kann jahrelang dauern, und inzwischen ist der Streik längst entschieden.

Wie gesagt, diese Manöver sind alt und bekannt; dann und wann tritt ein neuer Kniff hinzu, aber das Prinzip bleibt dasselbe: Unterdrückung der Arbeiter trotz aller schönen Gesetze und Verfassungsbestimmungen, auf die Kapitalisten und Richter in schönster Eintracht pfeifen. Dennoch hat sich das Gros der amerikanischen Arbeiterklasse noch nicht von der süßen angelsächsischen Gewohnheit der Schwanzpolitik, des Stimmviehspielens für die Kapitalisten, emanzipieren können. Jetzt wird aus Amerika telegraphiert:

„In New-York, Chicago und anderen Städten erheben sich Stimmen für die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei."

Diese „selbständige Arbeiterpartei" würde nach allen bisherigen Erfahrungen sofort der Tummelplatz der Drahtzieher der beiden großen kapitalistischen Parteien und ein Herd neuer politischer Korruption werden. Ist es den Gewerkschaftsführern ehrlich darum zu tun, daß die Arbeitersache im Bundes- und in den Staatsparlamenten energisch vertreten und den käuflichen Richtern auf die Finger geklopft werde, so bleibt ihnen der einfache und klar vorgezeichnete Weg, den Gewerkschaftsmitgliedern den Anschluß an die sozialistische Partei zu empfehlen.

# Tages-Bericht.

Montag, den 17. Februar.

## Hamburg.

**Zur Stichwahl im 45. Bürgerschaftswahlbezirk.**

Die Zentralwahlkommission macht bekannt: Bei der Wahl eines Abgeordneten zur Bürgerschaft im 45. Bezirke der Allgemeinen Wahlen am 14. Februar d. J. hat keiner der Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit erreicht, es ist daher eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten Herren Claus Berthold Umland und Robert Wächtler, welche die meisten Stimmen erhalten haben, vorzunehmen.

Diese Stichwahl ist vom Senate unterm 17. Januar d. J. auf **Freitag, den 21. Februar d. J.,** angesetzt worden. Das Wahllokal: **Großneumarkt 21, bei A. Heitmann, wird von 9 bis 6 Uhr** geöffnet sein.

Die Zentralwahlkommission macht hierbei auf folgendes aufmerksam: Zur Ausübung des Wahlrechtes sind nur diejenigen Bürger befugt, welche am Tage der Hauptwahl (14. Februar d. J.) in der Wählerliste eingetragen standen (§ 16 Abs. 2 des Wahlgesetzes in der Fassung vom 18. Januar 1904). Vor Abgabe des Stimmzettels hat der Stimmende seinen Namen den anwesenden Mitgliedern der Wahlkommission anzugeben und, falls er ihnen nicht persönlich bekannt ist, sich über seine Person auszuweisen. **Nur Stimmzettel mit dem Namen eines der beiden Stichwahlkandidaten sind gültig.** Jeder Wähler hat seinen Stimmzettel, nachdem dieser verdeckt gestempelt worden, persönlich in den verschlossenen Zettelbehälter zu legen. Der Stimmzettel muß von weißem Papier, ohne äußere Kennzeichen und derart zusammengefaltet sein, daß der auf ihm verzeichnete Name verdeckt ist. Stimmzettel, welche diesen Erfordernissen nicht entsprechen, werden zurückgewiesen (§ 21 des Wahlgesetzes).

Im „Fremdenblatt" ladet der „Kommunalpolitiker" des Blattes, Dr. Arthur Obst, Vorstandsmitglied des Vereins der Freisinnigen Volkspartei in Hamburg, also einer der „geistigen Führer" der Vereinigten Liberalen, schon seine Stichwahlweisheit ab. Bezugnehmend auf unsere Auslassung, daß die Vereinigten Liberalen, nachdem sie der Sozialdemokratie fortgesetzt vorgeworfen hätten, daß sie die reaktionären Wahlrechtsumstürzler gestärkt habe, indem sie bei Stichwahlen nicht für die Vereinigten Liberalen eingetreten ist, jetzt zeigen können, wie sie den Wahlrechtsumstürzlern gegenüberständen, daß sie, wenn sie auch nicht für den Sozialdemokraten stimmen, doch auch nicht für den Wahlrechtsumstürzler eintreten könnten, schreibt dieser „Kommunalpolitiker":

„Wir können die Logik des „Echos" nicht einsehen. Wir sind der Meinung, daß, nachdem die Sozialdemokratie dafür gesorgt hat, daß im Landgebiete die Freunde der Wahlrechtsverschlechterung infolge der Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Wähler gesiegt haben und zwar überall da gesiegt haben, wo es sich um Kandidaturen der Vereinigten Liberalen handelte, werden sie jetzt nicht verlangen können, daß die Vereinigten Liberalen, nachdem sie jenen Fußtritt erhalten haben, sich nun verbeugen und danken mit den Worten: „Jetzt werden wir Euch helfen durch Stimmenthaltung." Der ganze Ton, in dem bisher der Wahlkampf auf seiten der Vereinigten Liberalen und auf seiten der Anhänger der Linken geführt worden ist, war darauf gestimmt, daß bei einer eventuellen Stichwahl die bürgerlichen Parteien zusammengehen sollten. Es würde aber heißen, indirekt der Sozialdemokratie zum Siege verhelfen, wenn man jetzt für Wahlenthaltung votieren wollte. Wir sind daher der Meinung, daß die Vereinigten Liberalen ihre Wähler jetzt auffordern sollten, für Herrn Wächtler zu stimmen, denn außer dem Wahlgesetz gibt es in unserem kommunalen Leben auch noch einige andere Punkte, um die es sich handelt und in denen uns Herr Wächtler doch wesentlich näher steht als ein Vertreter der Sozialdemokratie. Wir sind daher der Meinung, daß es Pflicht der Vereinigten Liberalen ist, am Freitag, 21. Februar, für Herrn Wächtler zu stimmen. Nicht für den Herrn Wächtler, der Anhänger der Wahlrechtsverschlechterung ist, sondern für den Herrn Wächtler, der in anderen Fragen liberalen Anschauungen zu huldigen versprochen hat."

Wir müssen gestehen, daß wir die Logik des auchliberalen „Kommunalpolitikers" des „Fremdenbl." noch nie eingesehen, daß wir seine Logik stets für ebenso konfus gehalten haben, wie sie sich jetzt wieder präsentiert. Also weil die Sozialdemokraten nicht für die „Freunde der Wahlrechtsverschlechterung" eingetreten sind, allerdings auch nicht für die Vereinigten Liberalen, da diese wie der „Kommunalpolitiker" des „Fremdenbl." ja auch jetzt ganz deutlich beweist, höchst unsichere Kantonisten sind, müssen die Vereinigten Liberalen für die Freunde der Wahlrechtsverschlechterung stimmen! Das ist eine so kuriose Logik, daß sie wert wäre, in ein Kuriositätenkabinett aufgenommen zu werden. Um sich solch eine Sorte von Logik anzueignen, braucht man wahrhaftig keine akademische Bildung und keinen Doktortitel zu besitzen. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Die Sozialdemokraten haben es abgelehnt, bei Stichwahlen für die Vereinigten Liberalen zu stimmen, weil sie kein Vertrauen zu den Vereinigten Liberalen haben. Daß dieser Mangel an Vertrauen durchaus gerechtfertigt ist, das beweist das jetzige Verhalten der Vereinigten Liberalen in Bergedorf, die sich mit den Wahlrechtsverschlechterern verbündet haben; das beweist ferner das oben gekennzeichnete Verhalten des „liberalen" Fremdenblatt"-Kommunalpolitikers, der direkt zur Unterstützung der Wahlrechtsverschlechterer auffordert!

Die Sozialdemokratie verlangt und erwartet nun auch gar nicht, daß die Vereinigten Liberalen bei der Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten eintreten sollen. Sie ist aber der sehr zutreffenden Ansicht, daß die Vereinigten Liberalen in ihrem eigenen Interesse nicht für einen ausgeprägten Wahlrechtsumstürzler eintreten dürfen!

Der „Fremdenblatt"-Kommunalpolitiker sagt zwar, es gebe außer dem Wahlgesetz noch andere Punkte im kommunalen Leben, in denen Herr Wächtler den Liberalen näher stehe, als die Sozialdemokratie. Das ist sicherlich zutreffend. Aber der schlaue Kommunalpolitiker könnte doch wissen, daß die Fraktion der Vereinigten Liberalen in der Bürgerschaft lediglich durch ihre Gegnerschaft gegenüber dem Klassenwahlgesetz zusammengekommen ist, daß also die Gegnerschaft gegen die Wahlrechtsverschlechterung die Hauptgrundlage ihrer Existenz bildet. Wenn der Kommunalpolitiker des „Fremdenblatt" jetzt den Vereinigten Liberalen anrät, diese Gegnerschaft gegen das Klassengesetz als etwas Nebensächliches zu betrachten und die sonstigen Berührungspunkte mit Herrn Rob. Wächtler als die Hauptsache, dann mutet er den Vereinigten Liberalen zu, sie sollen sich selbst umbringen, sie sollen Selbstmord verüben. Denn mit der Gegnerschaft gegen das Klassenwahlgesetz und mit der entschiedenen Bekämpfung der Wahlrechtsumstürzler schwindet die Existenzberechtigung der Vereinigten Liberalen vollständig!

Wir warten mit großem Vergnügen darauf, ob die Vereinigten Liberalen den parteigenössischen Rat ihres „Kommunalpolitikers" beim „Fremdenblatt" befolgen und sich selbst um die Ecke bringen werden. Aber vielleicht gibt es bei den Vereinigten Liberalen doch noch schlauere Köpfe als den „Fremdenblatt"-Weisen, dessen sinnlose Logik zwar derjenigen des waschlappigen Reichsliberalismus entspricht, aber doch nicht nach dem Geschmack mancher Jungliberalen sein dürfte, die etwas anderes vorstellen wollen, als die Liberalen gewöhnlichen Schlages, wenn auch die Vereinigten Liberalen im allgemeinen stark mit dem saft- und kraftlosen „Fremdenblatt"-Liberalismus durchsetzt sind.

Zur Stichwahl im 45. Bezirk nahm am Sonnabend der Bezirksverein Winterhude des Liberalen Vereins Stellung. Herr Heimsoth stellte die Anfrage, wie sich die Vereinigten Liberalen zu der am Freitag, 21. Februar, stattfindenden Stichwahl stellen würden. Herr Parteisekretär Haupt antwortete, daß er über das Verhalten der Vereinigten Liberalen noch keine Fühlung mit dem Vorstande genommen habe. Seine persönliche Meinung sei, daß die Vereinigten Liberalen nur einem Kämpfer gegen das jetzige Wahlrecht ihre Stimme geben könnten. Aus der Versammlung heraus wurde angeregt, eine entsprechende Resolution zu fassen. Folgende Resolution wurde gegen eine Stimmenthaltung angenommen: „Die Versammlung des Bezirks Winterhude des Liberalen Vereins erwartet vom Vorstande des Liberalen Vereins, daß er, getreu seinem Programm, sich in der Stichwahl des 45. Bezirks für die Wahl des Kandidaten der Sozialdemokratie als Gegner der Wahlrechtsverschlechterung erklärt."

Das klingt anders, als die Obstweisheit des „Fremdenblatt".

Eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Wählerversammlung findet am Mittwoch, 19. Februar, Abends 8½ Uhr, in Stanges Klub- und Ballhaus am Zeughausmarkt statt. Freie Diskussion wird stattfinden.

**Unterstützung des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke.** Der Senat beantragt die Mitgenehmigung der Bürgerschaft dazu, daß dem Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke für die Jahre 1908—1910 eine Staatsunterstützung von jährlich M. 500 gewährt und der Betrag der Unterstützung für 1908 mit M. 500 nachträglich in Art. 143 des Staatsbudgets eingestellt werde.

**Unterstützung der hiesigen Baugenossenschaft für Guttempler-Logenhäuser.** Der Senat beantragt die Mitgenehmigung der Bürgerschaft dazu, daß der hiesigen Baugenossenschaft für Guttempler-Logenhäuser für die Jahre 1908 bis einschließlich 1912 eine Staatsunterstützung von jährlich M. 4000 gewährt und der Betrag der Unterstützung für 1908 mit M. 4000 nachträglich in Art. 143 des Staatsbudgets eingestellt werde.

**Die neue Senatsverordnung über den Schutz der an Hochbauten beschäftigten Arbeiter** gegen Gefahren für Leben und Gesundheit ist in Nr. 22 des Amtsblattes vom Sonntag, den 16. Februar, veröffentlicht worden. Die Verordnung ist mit dem 15. Februar in Kraft getreten. Wir bringen dieselbe vollständig zum Abdruck.

**Aenderung des Konzessionsvertrages der Billwärder Industriebahn-Aktiengesellschaft.** Der Senat ersucht die Bürgerschaft um ihre Mitgenehmigung dazu, daß die Finanzdeputation ermächtigt werde, in Abänderung der bestehenden Bestimmung des Konzessionsvertrages der Billwärder Industriebahn-Aktiengesellschaft für eine von der Gesellschaft in Höhe von M. 600 000 aufzunehmende Prioritätsanleihe die Garantie für eine 4prozentige Verzinsung zu übernehmen.

**Professor Dr. Reye tritt in den Ruhestand.** Am 1. April dieses Jahres wird der langjährige Leiter der Irrenanstalt Friedrichsberg, Professor Dr. Daniel Wilhelm Reye sein Amt niederlegen, um in den Ruhestand zu treten.

**Aus der Theaterwelt.** Deutsches Schauspielhaus. Die ersten Vorstellungen der fünfaktigen Komödie „Der Diamant" von Friedrich Hebbel in der Baron Bergerschen Inszenierung sind für Dienstag, Mittwoch und Freitag angesetzt. Donnerstag geht „Die Ernte" in Szene. Sonnabend gelangt „Medea" und Sonntag Abend „Das Recht auf Liebe" zur Wiederholung. — Thalia-Theater. Dienstag werden Freytags „Journalisten" gegeben; für Mittwoch ist „Panne" angesetzt, während Donnerstag das Käthe Franck-Witt-Benefiz stattfindet. Zur Erstaufführung gelangt die Komödie „Wahrheit". — Im Schiller-Theater geht am Dienstag „Am Altar" in Szene. Mittwoch gelangt „Der Stabstrompeter" erstmalig zur Aufführung. Donnerstag wird „Hamburg an der Alster" wiederholt.

**Verlegung einer Haltestelle der Straßenbahn.** Für die Dauer der Bauarbeiten Hermannstraße, Ecke Bergstraße, wird die dort für die Richtung Rathausmarkt-Glockengießerwall fahrenden Straßenbahnzüge befindliche Haltestelle nach Ecke Paulstraße verlegt.

**Vorträge im Bildungsverein von 1845** (Böhmkenstraße 4). Herr Dr. Wichmann wird am kommenden Donnerstag, 20. Februar, 9 Uhr Abends, in einem Lichtbildervortrage Goethe als Naturforscher behandeln.

**Der wirtschaftliche Schutzverband** pflügt auch mit den Kälbern des Reichslügenverbandes; unter Kameraden ist das bekanntlich ganz egal. In den neuesten „Mitteilungen" wird die Schauermär von Brest wieder aufgewärmt. Ein angeblicher französischer Schriftsteller soll angeblich ein Buch geschrieben haben, in dem die „Schreckensherrschaft der Sozialdemokraten in Brest 1904—1908" geschildert sein soll. Wir haben bereits im „Echo" darauf hingewiesen, daß Brest keinen sozialdemokratischen, sondern einen aus bürgerlichen Radico-Sozialisten und Sozialisten sehr unbestimmter Farbe bestehenden Stadtrat hatte, der die ihm angedichtete Vergeudung und Veruntreuung der Gemeindegelder schon darum nicht bewerkstelligen

---

Reif leuchtete geisterhaft auf den Dächern, auf der Erde und den Zäunen. Im Osten erblich schwach und traurig ein einsamer Stern. Die schwarze Menge setzte sich, langsam schwarze Ringe bildend, in Bewegung und kroch die stille, lange Straße entlang, hinter dem Sarge her. So rein, so klar und schön war es droben am Himmel und so unruhig rauh unten auf der schwarzen Erde. Der Sarg wurde rasch bis zur Kirche getragen und dann langsam zum Friedhof eingeschwenkt.

Irgend jemand schrie plötzlich durchdringend und beharrlich auf. Iwolgin kam ohne Mütze, grau und wild, hinter dem Sarge hergelaufen und schrie, mit den knochigen Händen fuchtelnd:

„Halt, halt! . . ."

Der Sarg hielt wie von selbst und schaukelte unschlüssig auf einer Stelle. Iwolgin kam heran. Seine grauen Haarbüschel standen nach allen Seiten und die alten Augen waren weit aufgerissen über dem verzerrten Mund.

„Wohin?!" schrie er schwer atmend und den Sarg fassend. „Zurück! . . . Erst ermorden und dann die Enden ins Wasser?! Nichts davon, Halunken! . . . Zurück! . . . Das wollen wir denn doch noch sehen, wie . . ."

Die Menge begann dumpf zu summen und dies Summen glich der zunehmenden Brandung.

„Herr Iwolgin, für diese Worte werden Sie sich verantworten müssen . . . sehr einfach!" rief der Wachtmeister drohend und drängte sich zwischen ihn und den Sarg. „Vorwärts, Kinder, weiter!"

Iwolgin packte mechanisch seine Hand und bewegte krampfhaft die bebenden Lippen, wild die sinnlosen Augen rollend.

„Fassen Sie mich nicht an!" Der Wachtmeister riß heftig seine Hand los und seine Stimme klang beleidigt und fest.

Iwolgin jedoch faßte ihn ebenso schweigend und mechanisch am Ellenbogen und öffnete und schloß krampfhaft wie ein Fisch, als murmele er etwas, den Mund.

„Lassen Sie!" schrie der Wachtmeister wütend.

„Sie haben sie gemordet . . . selbst gemordet . . ." murmelte Iwolgin endlich, „und Sie trifft die Schuld . . . denn Sie wissen . . ."

„Was weiß ich?" schrie der Wachtmeister seltsam und übermäßig frech, als ärgere ihn etwas. „Was heißt da . . . Ist das Ihre Sache? . . . Polizist, nimm ihn fest! . . ."

Der dunkelblonde, blasse Bauer nahm Iwolgin schüchtern bei der Hand.

„Brüder, was soll denn das heißen?" rief jemand in der Menge mit trauriger Unentschlossenheit.

„Laß los, was faßt Du ihn an! . . . Mörder! . . . Kinder, nicht begraben lassen . . . Den Prokuror her . . . A—ah . . . Nicht lassen!" tönten schrill und halblaut verschiedene Stimmen, und plötzlich kam etwas in Bewegung, flutete zurück und drang von neuem vor.

Der Wachtmeister schrie irgend etwas aus voller Kraft, aber er war nur eine Note in dem Chaos der brüllenden Stimmen. Der Sarg schwankte heftig und senkte sich schnell auf den Boden der Menge herab.

(Fortsetzung folgt.)

# Theater und Musik.

**Schillertheater.** „Am Altar" betitelt sich ein „Zeitgemälde" in 5 Akten von Paul Blumenreich, das am Sonnabend zum ersten Male in Szene ging. Paula Rieger, das verdienstvolle Mitglied des Schillertheaters, hatte ihren Ehrenabend. Daß die Benefiziatin mit der Wahl gerade dieses Stückes einen glücklichen Griff getan hat, dürfte kaum behauptet werden. Es behandelt den Konflikt, in dem ein junger Priester, bei dem eine frühzeitige Dressur zu diesem Berufe das eigene Denken nicht zu ersticken vermochte, mit der „allein selig machenden" Kirche, dem Katholizismus, gerät und schließlich abtrünnig wird. Das ist ein Thema, aus dem sich ein dramatisches Werk voll anklagender Wucht und Größe schaffen ließe. Aber dazu bedürfte es einer dichterischen Gestaltungskraft, die dem Autor Blumenreich abgeht. Er vermochte den Stoff nicht zu meistern, denn was er gibt, ist nur ein mattes Abbild dessen, was man wohl hören möchte und was dem Dichter vielleicht vorschwebte. Man wird nicht warm bei der Sache, denn man ist unbefriedigt. Völlig verfehlt ist der Schluß: „sie kriegen sich"! Der ehemalige Priester gewinnt das Mädchen seiner Liebe und außerdem empfiehlt sich noch ein Pärchen als Verlobte. Einen geschmackloseren Abschluß hätte das Stück nicht erhalten können!

Gespielt wurde im ganzen recht flott. Die Hauptrollen lagen in Händen der Herren Kruszynski, Mewes, Langhofer, Bauer und der Damen Mallowan und Rieger. Letztere spielte die Cuni recht ansprechend, eine Rolle allerdings, die nicht geeignet ist, das volle Können der Künstlerin zu zeigen. Herr Kruszynski hatte das Stück mit anerkennenswertem Geschick in Szene gesetzt. Dringend zu wünschen ist, daß einzelne Darsteller sich einer größeren Textsicherheit befleißigen.

Der Benifiziatin wurden zum Schlusse die üblichen Ehrungen in reichem Maße zu teil.

# Kunst, Wissenschaft und Leben.

**Nedderdütsch Sellschopp.** In der letzten Arbeitsversammlung sprach Herr John Eimers über Joh. Friedrich Dücker. Dücker, der durch seine zahlreichen pädagogischen Schriften bekannt gewordene Rektor in Altona, hat sich auch mit gutem Erfolge als plattdeutscher Dichter versucht. Er hat einen Novellenband unter dem Titel: „Söte Ecken" herausgegeben. Er versteht es im allgemeinen gut, in diesen Geschichten die alten kernigen Bauerngestalten seiner dithmarsischen Heimat vor uns lebendig zu machen. Seine Charaktere sind zugleich Typen, die die Eigenart seines Volkes widerspiegeln. Darin liegt seiner Kunst Bedeutung und Tiefe. Wenn die Lektüre der Novellen trotzdem nicht immer einen ganz reinen Genuß gewährt, so liegt das daran, daß manches in ihnen zu hochdeutsch empfunden ist. Auch die häufige Anwendung von hochdeutschen Vokabeln stört. Doch mag es nicht immer Unkenntnis der plattdeutschen Sprache sein, die den Dichter dazu führt. Sein Dialekt hat bereits viele hochdeutsche Bestandteile in sich aufgenommen. — Von einer gewissen Bedeutung für die süddeutsche Sprache sind zwei seiner Schulbücher: „Aufgaben zu mündlichen und schriftlichen Sprachübungen" und der Kommentar zu diesem: „Material zu unmittelbaren Sprachübungen". Beide Bücher haben eine weite Verbreitung gefunden und nehmen insofern eine eigenartige Stellung unter den Sprachlehrbüchern ein, als sie versuchen, das Hochdeutsche durch das Plattdeutsche zu lehren. Die Kinder müssen beide Sprachen vergleichen und die Unterschiede feststellen. Zwar kommt es Dücker dabei einzig und allein auf das Hochdeutsche an; das eine steht aber fest, daß die Kinder dabei auch ihre plattdeutsche Muttersprache gründlich kennen gelernt haben.

Die Schulbücher werden zur Zeit wohl noch wenig gebraucht. Der Dichter Dücker aber wird gern gelesen, und es wäre gewiß im Interesse der niederdeutschen Sprache zu erwünschen, daß er trotz seines Alters auch seine bisher noch unveröffentlichten dichterischen Arbeiten herausgebe. Nach dem Vortrage las Herr Fr. Reincke die Dückersche Novelle: „Bur Rasch un sin Afkat."

**Ein Revolutionsdrama.** Am Brünner Stadttheater gab es Sonnabend, 15. d. M., eine recht interessante Uraufführung. Gegeben wurde „Der Kessel" („Kotjol"), das vieraktige Schauspiel eines in jungen Jahren verstorbenen Studierenden der Medizin, des Russen Michael Theofonitsch Andrejanoff, der außerdem noch zwei Dramen, einen Novellenband und zwei Romane hinterlassen haben soll. Das Stück zeigt in seinem Aufbau wie in der gewandt gesteigerten Führung des Dialoges starken Sinn für alle bühnenmäßigen Wirkungen, ohne jedoch deshalb irgendwie in wohlfeile Effektmacherei zu verfallen. Die Hand des Dichters Andrejanoff aber verrät sich in der zartabgetönten Zeichnung eines jungen Mädchens und eines revolutionären Studenten, deren schmerzhaft-müdes Liebessehnen, mit ungesuchter Einfachheit und großer Innigkeit festgehalten, sich in ergreifender Weise vom blutigen Hintergrund einer in allen Pogromschrecken erzitternden russischen Mittelstadt abhebt. — Die Aufnahme der Neuheit war eine sehr freundliche, der Beifall ein starker und wohlverdienter.

konnte, weil ihm sonst sofort der Präfekt dazwischen gefahren wäre. Aber was hat der „Schutzverband" mit der Wahrheit, mit den Tatsachen zu tun? Gar nichts! Und selbst wenn irgendwo in Frankreich unklare, noch in den bürgerlichen Eierschalen steckende Menschen, die sich Sozialisten nennen, Unsinniges oder Verwerfliches getan hätten, was ginge das die deutsche Sozialdemokratie an? Beiläufig — wir haben in Deutschland eine Stadt, auf deren Verwaltung die Sozialdemokraten maßgebenden Einfluß haben; das ist Mülhausen i. E. Und dort hat der aus dem Regierungsdienst herübergekommene Bürgermeister amtlich erklärt, wie sehr er erfreut sei über die praktischen und der Gesamtheit nützlichen Anregungen und Beschlüsse des sozialdemokratischen Gemeinderats. Vielleicht erkundigt sich der Schutzverband statt in Brest einmal in Mülhausen über die kommunale Praxis der Sozialdemokratie.

**Die Auktion bei dem „Wachsbleich-Möller"** nahm heute Vormittag in dem Hause Esplanade 43 ihren Anfang. Gestern von 11 bis 3 Uhr war die Wohnung zur Besichtigung der zur Auktion gelangenden Gegenstände freigegeben. Der Andrang war ein ganz enormer. Teils waren es Kauflustige, die sich eingefunden hatten, der größte Teil bestand aber aus Neugierigen. Tausende von Menschen sammelten sich in der Esplanade an und drängten nach dem Hauseingange. Die Polizei hatte von vornherein Sicherheitsmaßregeln getroffen. Die postierten Schutzleute erwiesen sich aber als viel zu schwach. Mehrfach mußte Verstärkung gefordert werden, so daß schließlich etwa 15 Schutzleute Ordnung vor dem Hause zu halten versuchten. Die Beamten hatten keinen leichten Stand. Das Haus wurde geradezu gestürmt. Es sollen in der Esplanade etwa 5000 bis 6000 Menschen versammelt gewesen sein. Heute war der Andrang ebenfalls recht groß, jedoch nicht annähernd so wie gestern. Die Auktion wird voraussichtlich noch zwei Tage in Anspruch nehmen. — Auch die Versteigerung des Hausstandes des Mitinhabers des mit 15 Millionen Mark in Konkurs geratenen Bankhauses Haller, Söhle u. Co., Söhle hatte unzählige Kauflustige herangezogen. Für den gesamten Hausstand einschließlich der kostbaren Gemälde und des zu einer gewissen Berühmtheit gelangten Söhleschen Silberschatzes wurden kaum M. 100 000 erzielt, während der reelle Wert nahezu auf eine halbe Million geschätzt wird. Der erwähnte Silberschatz wurde stückweise verkauft.

**Feuermeldungen.** Sonnabend Abend 6 Uhr brannte im Neubau Brauerknechtgraben 34 Feuerholz; um 7 Uhr war Jungfernstieg 5 Schornsteinbrand; um 8 Uhr brannte Eiffestraße 206—208 Unrat; ein Atelierbrand beschäftigte Zug 9 der Wehr in der Nacht zum Sonntag um 2 Uhr am Eppendorferweg 37 eine Stunde; um 4½ Uhr Sonntag Morgen war Hammerbrookstraße 91 ein Ladenbrand. — Gestern Nachmittag um 3¾ Uhr war in der Hammerbrookstraße 115 ein Küchenbrand ausgebrochen, der von Zug 6 in kurzer Zeit beseitigt war. — Nachmittag um 5½ Uhr war Viktoriastraße 28 Schornsteinbrand.

## Hafen und Schifffahrt.

**w. Kollisionen, Havarien und Schiffsnachrichten usw.** Der Schiffsverkehr in der vergangenen Woche stellte sich wie folgt. Es passierten Cuxhaven ankommend 169 Dampfer, 14 Fischdampfer und 5 Segelschiffe; ausgehend 141 Dampfer, 11 Fischdampfer und 5 Segelschiffe. Im Hamburger Hafen lagen heute Mittag 179 Dampfer und 38 Segelschiffe, im Altonaer Hafen 21 Schiffe, im Harburger Hafen 33, im Glückstädter Hafen 3 Schiffe und bei Krautsand 1 Schiff. Durch den Nordostseekanal passierten 52 Seedampfer. — Der englische Dampfer „Bruno", der mit dem Dampfer „Anna" in Kollision war, ist an der Werft von Blohm u. Voß provisorisch repariert worden und ist dann von hier nach Hull abgegangen. Dort soll der Dampfer gründlich repariert werden. — Der norwegische Dampfer „Castor", der mit bedeutenden Seeschäden hier eintraf, ist nach seiner Entlöschung von hier nach Malmö abgegangen. Dort soll die Reparatur des Schiffes erfolgen. — Der Hamburger Dampfer „Rhodopis", der im Hansahafen mit dem Leichter „Ukermann 11" in Kollision war, ist von hier abgegangen. — Der dänische Dampfer „Rita", der mit Schraubenschaden nach hier kam, ist bei Blohm u. Voß wieder in stand gesetzt und heute nach Aarhus abgegangen. — Der dänische Dampfer „Estern Snarre", der auf seiner letzten Reise bei Randers auf Grund fest war und Bodenschaden erlitt, ist nach der Werft von H. C. Stülcken Sohn verholt worden, woselbst er im Dock vier neue Bodenplatten erhält. — Der Fischdampfer „Cuxhaven", der mit bedeutenden Kollisionsschäden nach hier kam, ist auf der Werft von H. Brandenburg repariert worden. Der Dampfer soll baldigst auf eine neue Fangreise ausgehen. — Der Fischdampfer „Senator Refardt" war bei St. Pauli mit dem dänischen Dampfer „St Erich" in Kollision, wobei der Fischdampfer ziemlich bedeutenden Schaden erlitt. Letztgenannter Dampfer ist nach der Werft von H. Brandenburg zur Reparatur verholt worden. — Der Hamburger Dampfer „Ludwig", der mit dem Fischdampfer „Gustav Platzmann" in Kollision war, ist nach erfolgter Reparatur auf der Werft von H. C. Stülcken Sohn von hier nach Königsberg abgegangen. — Der Hamburger Dampfer „Olivia" geriet aufkommend im Sandtorhafen bei Anlegen an Kai gegen einen Streichpfahl, der abbrach. Der Dampfer scheint keinen Schaden erlitten zu haben. — Der Hamburger Dampfer „Varzin" der Deutsch-Australischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft, der auf seiner letzten Reise Feuer im Schiff hatte, soll nach seiner Entlöschung hier an einer Werft repariert werden. — Der Segler „Catharina", der von hier nach Kolding abging, hatte auf der Ostsee sehr schlechtes Wetter zu bestehen. Das Schiff hat hierbei erheblichen Schaden erlitten, so daß es im Tau eines Schleppdampfers nach Kiel zurückgeschleppt werden mußte. — Der Führer des Dampfers „Barcelona", der heute Morgen vom Mittelmeer hier eintraf, meldet, daß er am 13. d. auf 49° 36' N. und 9° 40' W. die Hamburger Bark „Okeia" auf der Reise nach hier angesprochen habe. — Der Führer des Dampfers „Nyanza", der heute Morgen nach hier kam, hat auf 49° 30' N. und 13° W. das englische Schiff „Nile" angesprochen. — Der Führer des Dampfers „Celtic King", der von Savannah hier ankam, hat auf 49° 5' N. und 18° 29 W. das englische Schiff „N. L. T. D." und dann das französische Schiff „J. C. S. T." angesprochen. An Bord dieser Schiffe alles wohl. Die Schiffe wünschen gemeldet zu werden.

**w. Die Leiche eines Mannes** ist beim St. Pauli Markt im Wasser treibend geborgen und nach der Leichenhalle des Hafenkrankenhauses gebracht worden. Nähere Angaben über die Leiche sind nicht gemacht worden.

**w. In Lebensgefahr** schwebte der Schiffer H. Koch, indem er in den Zollkanal stürzte. Der Mann konnte gerettet werden, wurde auf der Hafenwache 2 mit einem Rettungsanzuge versehen und kam dann nach dem Hafenkrankenhause.

**w. Diebstahl im Hafen.** Auf dem Dampfer „Pergamon" entwendete man dem Obersteward, als er in seiner Kammer schlief, seine goldene Uhr nebst Kette sowie M. 120. Der Dieb konnte noch nicht ermittelt werden.

**w. Auf der Reise gestorben.** Auf dem Dampfer „Nyanza" ist auf der Reise von Mobile nach hier der dritte Maschinist gestorben. Die Leiche des Mannes ist nach Seemannsbrauch im Meer bestattet worden.

**w. Mit einem Truppentransport** traf der Hamburger Dampfer „Admiral", von Südwestafrika kommend, hier ein. An Bord des Dampfers befanden sich 3 Offiziere und 16 Mann. Die Leute wurden am Petersenkai gelandet und reisten dann mit der Bahn nach Berlin ab.

**w. Eine Brieftaube** ist auf einem im Segelschiffhafen liegenden Oberländer Kahn eingefangen und der Polizei zugestellt worden. Dem Tier ist der linke Fuß angeschossen. Es hat um dieses Bein einen Aluminiumring, auf welchem sich ein Adlerkopf mit Krone und folgende Zahlen befinden: 0.1210—05,68.

**w. Zwei Kohlenelevatoren** läßt die Hamburg-Amerika-Linie auf der Werft von H. Brandenburg und J. H. N. Wichhorst erbauen. Auf der Werft von H. Brandenburg ist der Unterbau fertig und bereits zu Wasser gelassen worden. Auf der Werft von Wichhorst wird der Unterbau in einigen Tagen zu Wasser gelassen.

**w. An dem St. Pauli Fischmarkt** trafen die Fischdampfer „Meteor" mit 22000 und „Orion" mit 16000 Pfund Seefischen ein. Außerdem sind 115000 Pfund Fische mit der Bahn an dem Fischmarkt eingetroffen.

**w. Rückwanderer von Amerika.** Mit den englischen Dampfern „Lutterworth" sind 382, mit „Lincoln" 342 und mit „City of Bradforth" 430 Rückwanderer von Amerika über Grimsby nach hier gekommen. Die Leute sind mit der Bahn nach ihrer Heimat abgereist.

**w. Verkaufte Schiffe.** Der Schleppdampfer „Pauls u. Blohm", der kürzlich mit dem Fährdampfer „S. Hinrichsen" in Kollision war und gegenwärtig auf der Werft von H. C. Stülcken Sohn repariert wird, ist an den Kapitän G. von der Lieth verkauft worden. — Die Frachtdampfer „Florian Heyne", 1897 aus Eisen erbaut und 1860 Netto-Registertons groß, „Hermine Hessenmüller", 1897 erbaut, 1922 Netto-Registertons groß und „Robert Heyne", 1894 erbaut, 1786 Netto-Registertons groß, sind von der Reederei Heyne u. Hessenmüller an die Reederei Aug. Bolten, Wm. Müllers Nachfl. übergegangen.

## Altona und Umgegend.

*** Eine Protestversammlung gegen den Vereinsgesetzentwurf** fand gestern Nachmittag in der „Johannesburg" in Blankenese statt. Dieselbe war von etwa 150 Personen besucht. Nach einem längeren und mit Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Krüger-Hamburg wurde die bekannte Protestresolution einstimmig angenommen.

*** Der Sozialdemokratische Verein für Sülldorf-Rissen** hielt gestern Abend im Lokale des Gastwirts v. Appen in Sülldorf eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Laufkötter über die Grundanschauungen des Sozialismus (zweiter Vortrag) sprach. Er behandelte besonders die planvolle Gütererzeugung und die gerechte Güterverteilung und wies die Durchführbarkeit des Sozialismus nach. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. — Zu Kandidaten für die Gemeindevertretung (dritte Klasse) in Rissen und Sülldorf wurden die Genossen Gustav Lorenzen (Rissen) und D. v. Appen (Sülldorf) bestimmt.

*** Ein Erfolg der Kritik in einer Vereinsversammlung.** In einer Mitgliederversammlung des Verbandes der Hafenarbeiter, Sektion der Speicher- und Getreidearbeiter, wurden Klagen über Mißstände im städtischen Speicher an der Großen Elbstraße 39 erhoben. Es wurde bemängelt, daß die Klosettanlage ungenügend und bei Hochwasser nicht erreichbar sei, die Treppen seien dunkel und nur mit Gefahr zu passieren, auch sei der Frühstücksraum nicht heizbar. Infolgedessen haben sich die Kämmereikommission und die Baukommission mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Kämmereikommission hat die Beleuchtung der Treppen und die Heizung des Frühstücksraumes abgelehnt, weil das Sache des Mieters sei. Dagegen hat die Baukommission die Herstellung einer Spülklosettanlage als notwendig anerkannt. Sie beantragt zu der Herstellung bei den städtischen Kollegien M. 900.

**Die Polizeibehörden, die Zeugnisse über die sittliche Führung der Militärpflichtigen** auszustellen haben, nehmen bisweilen in solche Zeugnisse auch die geringfügigsten Polizeistrafen auf. In anderen Fällen werden nur die nach der Verordnung des Bundesrats, betreffend die Einrichtung von Strafregistern und die wechselseitige Mitteilung der Strafurteile, in den Strafregistern geführten Strafen angegeben. Durch einen Runderlaß des Ministers des Innern werden die nachgeordneten Polizeibehörden im Interesse eines gleichmäßigen Verfahrens angewiesen, Polizeistrafen, abgesehen von den in den Strafregistern vermerkten, in die Führungszeugnisse nicht aufzunehmen.

*** Eine gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Kollegien** findet am Donnerstag Abend statt. Die Tagesordnung ist sehr umfangreich. Vor der gemeinschaftlichen Sitzung hält das Stadtverordnetenkollegium eine Sitzung ab.

*** Eine bedeutende Einnahmequelle für die Stadt Altona** bilden die Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werke, welche die Stadt in eigener Regie betreibt. Nach dem Budget für das Geschäftsjahr 1908/09 sollen die Werke einen Ueberschuß von M. 1 447 998,90 abwerfen gegen M. 1 372 615,39 im laufenden Jahre.

*** Wegen Untreue** wurde von der Altonaer Kriminalpolizei ein Schlachtergeselle verhaftet. Er soll seinem in Hamburg wohnenden Meister M. 218 veruntreut und das Geld in leichtsinniger Weise verausgabt haben.

*** Von seinem eigenen Wagen überfahren** wurde heute Nachmittag Ecke Schützenstraße und Friedhofstraße der in der Langenfelderstraße 3 wohnende Kutscher Kleinke. Ein Rad des Wagens ging ihm über beide Beine hinweg, wobei er sich erhebliche Quetschungen zuzog. Der Verunglückte wurde durch die Sanitätskolonne der Feuerwehr nach dem städtischen Krankenhause gebracht.

*** Hütet die Kinder.** Gestern Vormittag wurde ein fünfjähriges Mädchen in der Hochstraße in St. Pauli von einem Mann, der einen Schlapphut trug, angelockt. Der Mensch begab sich mit dem Kinde nach Altona. Die Eltern, die durch die Spielkameraden der Kleinen aufmerksam gemacht wurden, befanden sich in der größten Sorge. Erst am Abend kehrte die Kleine zurück und erzählte den Eltern, daß der fremde Mann ihr Süßigkeiten und eine Puppe, die sie noch bei sich hatte, gekauft habe. Er sei dann mit ihr in einen Hausflur gegangen und habe sich sehr unanständig benommen. Dann sei er mit ihr in die elektrische Bahn gestiegen und habe sie mit in seine Wohnung genommen. Dort habe er sie entkleidet, sie ins Bett gelegt und Handlungen mit ihr vorgenommen, die nicht näher zu beschreiben sind. Später sei der Mann mit ihr wieder fortgegangen und habe sie laufen lassen. Nach den Erzählungen des Kindes handelt es sich um einen ganz gefährlichen Burschen. Ein Nachbar, der von dem Vorfall unterrichtet war, begab sich sofort nach der Polizeiwache beim Ernst Drucker-Theater und machte Anzeige, doch schenkte man ihm merkwürdigerweise kein Gehör, weil es nach Ansicht des Beamten nicht seine, sondern Sache des Vaters des Kindes sei, Anzeige zu erstatten.

*** Ein bedrohliches Feuer** entstand in der Nacht auf Sonntag in dem Optikerladen Schulterblatt 119. Das Feuer verbreitete sich über den ganzen Raum und verschiedene hochwertige Instrumente wurden zerstört bezw. beschädigt. Die Feuerwehr gab aus einem Rohr Wasser und löschte das Feuer in etwa einer Stunde. Die Entstehungsursache des Feuers ist nicht bekannt geworden.

*** Wegen Sittenverbrechens** wurde ein in der Sedanstraße wohnender Arbeiter verhaftet. Er soll sich gegen seine 12jährige Pflegetochter vergangen haben.

*** Die Peterstraße soll wieder eine Bordellstraße werden.** Früher waren in der genannten Straße viele öffentliche Bordelle, doch wurden diese vor etlichen Jahren, angeblich aus Sittlichkeitsrücksichten, aufgehoben. Seitdem wird das, was dort früher mit Genehmigung der Polizei getrieben wurde, in viel schlimmerer Weise im geheimen getrieben. Die Polizei ist, wie behauptet wird, diesem Treiben gegenüber machtlos. Wenngleich sie auch täglich aus Sittlichkeitsgründen (und was damit zusammenhängt) Verhaftungen vornimmt, so wird die Zahl derer, die in der Peterstraße die in Frage kommenden Sittlichkeitsparagraphen des Strafgesetzbuches verletzen, nicht kleiner. Auf wiederholtes Drängen soll jetzt die Polizei geneigt sein, die Einrichtung von öffentlichen Häusern in der Peterstraße wieder freizugeben. Tritt dieses ein, so bedeutet das ein großes Geschenk für verschiedene Hauswirte, denn damit werden ihre Häuser bedeutend im Werte steigen.

*** Blinder Feuerlärm.** Gestern Abend wurde die Feuerwehr alarmiert, weil im Belle-Alliance-Theater Feuer entstanden sein sollte. Als die Feuerwehr dort erschien, stellte es sich heraus, daß es sich nur um blinden Lärm handelte.

*** Wegen Erregung öffentlichen Aergernisses** wurde gestern ein Matrose vom Fischdampfer „Dr. Ehrenbaum" verhaftet. Er soll sich auf dem Fischmarkt Kindern gegenüber in schamloser Weise gezeigt haben.

*** Unten gibt's nichts.** Aus dem Unterstützungsfonds für Gerichtsbeamte im Oberlandesgerichtsbezirk sind zwölf Land- und Amtsgerichtssekretäre, davon 11 in Altona, mit je M. 80 bis M. 100 bedacht worden. Die unteren Beamten mit geringeren Gehältern — die Hülfsgerichtsdiener z. B. bekommen monatlich nur M. 75 — haben keinen Pfennig erhalten. Natürlich sind diese Leute darüber sehr ungehalten.

*** Verhaftet** wurden gestern Abend in geheimen Kneipen in der Großen Freiheit und in der Kleinen Freiheit sechs männliche und sechs weibliche Personen wegen verschiedener Straftaten. Einer von den männlichen Verhafteten hatte zwei Uhren im Stiefel versteckt, wo man sie auf der Polizeiwache vorfand. Er scheint die Uhren gestohlen zu haben.

## Aus den Altonaer Gerichten.

*** Ein großer Gauner** ist der Arbeiter Vogt, der vor dem Landgericht wegen Urkundenfälschung und Betrugs angeklagt war. Der Bursche machte Bekanntschaft mit einem Metallarbeiter in Itzehoe und gerierte sich als Vertreter einer Bank in Gera. Er stellte letzterem vor, ob er nicht Lust hätte, Bevollmächtigter der genannten Bank zu werden, welcher Posten sehr einträglich sei. Allerdings müsse er eine Kaution in Höhe von M. 750 leisten. Der Metallarbeiter hatte große Lust zu dem Posten, doch konnte er nur M. 300 als Kaution aufbringen. Vogt wußte Mittel und Wege, indem er den Vorschlag machte, daß der Metallarbeiter einen Wechsel über M. 450 unterschreibe. Er strich die M. 300 ein und der Metallarbeiter unterschrieb den von Vogt gefälschten Wechsel. Zum Glück machte der Metallarbeiter sofort seinem Werkführer von der Geschichte Mitteilung und dieser erklärte sogleich, daß es Schwindel sei. Sofort wurde Anzeige erstattet und Vogt geriet in Haft. Das Geld wurde noch für den Betrogenen gerettet. Es stellte sich dann noch heraus, daß Vogt, der ein vielfach vorbestrafter Mensch ist, sich auch zum Nachteil eines Schneiders der Urkundenfälschung schuldig gemacht hat. Der Angeklagte wurde zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

# Deutscher Reichstag.

108. Sitzung.

Berlin, 17. Februar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Kraetke.

Die zweite Beratung des Postetats wird beim Titel: Gehalt des Staatssekretärs fortgesetzt.

**Wiedeberg** (Z.): Bei den Telephonarbeitern ist, wie wir gern anerkennen wollen, seit 1904 eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten; aber eine Arbeitszeit über zehn Stunden sollte überhaupt nicht vorkommen, und allmählich sollte die Verwaltung zu einer neunstündigen Arbeitszeit für die Telegraphenarbeiter kommen. Auch die Lohnverhältnisse der Telegraphenarbeiter sollten angesichts der bestehenden Teurung aufgebessert werden. Auch der Wunsch der Telegraphenarbeiter, daß bei ihrer Anstellung als Beamte ihre Dienstzeit als Arbeiter für die Besoldung und Pension angerechnet wird, ist sehr berechtigt und sollte erfüllt werden. Mit der Verfügung behufs Errichtung von Arbeiterausschüssen bei den Telegraphenarbeitern ist ein alter Zentrumswunsch erfüllt. Daß der nationalliberale Redner sich mit der geheimen Wahl bei diesen Ausschüssen einverstanden erklärt hat, freut mich; hoffentlich tritt nun auch die nationalliberale Partei in Preußen für die geheime Wahl zum preußischen Abgeordnetenhaus ein. (Sehr gut! im Zentrum.)

Ich möchte jetzt etwas über die Maschinenwärter sagen. Ihre Zahl ist nicht sehr groß. Sie steigen in neun Jahren von M. 3,50 bis M. 4,10; sie haben den berechtigten Wunsch nach Aufbesserung und wünschen zugleich Beamtenstellung zu haben. Ich bitte den Staatssekretär, diese Wünsche zu berücksichtigen. — Den Vorwurf, den der Abg. Lattmann gegen das bayerische Zentrum am vorigen Sonnabend erhoben hat, es sei nicht sparsam, weise ich zurück. Mit Unrecht hat auch Abg. v. Treuenfels die Haltung des Zentrums im Falle Schellenberg in Gegensatz zu bringen gesucht zu der im Falle des Pfarrers Grandinger in Bayern; diese beiden Fälle sind ganz unvergleichbar. Dr. Schellenberg ist kein Beamter; Grandinger dagegen unterstützt die gegen die Kirche gerichteten Bestrebungen und dagegen mußte die kirchliche Behörde einschreiten. (Sehr richtig! im Zentrum.)

**Eichhorn** (SD.): Ich möchte zunächst auf das Briefgeheimnis eingehen. Mein Kollege Singer hat hier einen Fall vorgetragen, den ich aus eigener Anschauung nicht kenne. Der Herr Staatssekretär hatte aber keine Veranlassung, sich darüber zu entrüsten, so lange es möglich ist, daß das Briefgeheimnis bei der Post tatsächlich verletzt wird. Unsere Vorwürfe richten sich nicht gegen die Postbeamten, sondern wogegen sich Singer gewendet hat, ist das Bemühen von Polizeispitzeln, sich der Postbeamten zu bedienen und sie zur Verletzung des Briefgeheimnisses zu bewegen. Der Staatssekretär hätte erklären sollen, daß er den Fall untersuchen wird, dagegen war es überflüssig hier künstlich Entrüstung zu zeigen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In den letzten Jahren sind mehrere Fälle von der Verletzung des Briefgeheimnisses hier zur Sprache gekommen. Am 19. Januar 1904 brachte der frühere Abg. Haase den Fall einer russischen Studentin zur Sprache, der gegenüber der Briefträger zugestanden hatte, er habe sich von einem Spitzel überreden lassen, den Brief zu öffnen, und nur, weil er bat, ihn nicht um seine Stellung zu bringen, ist er damals nicht zur Anzeige gebracht worden. Dem Fall konnte nicht widersprochen werden, und der damalige Minister des Innern, Herr v. Hammerstein, hat im Preußischen Abgeordnetenhause zugestanden, daß an Briefträger, die in Charlottenburg nach einem Hause der Pestalozzistraße Briefe zu bestellen hatten, sich Leute herangedrängt hätten, um sie zur Auslieferung der Briefe zu bewegen; er fügte hinzu, die Postboten hätten auf Befragen angegeben, sie hätten keinen Anhalt dafür, daß jene Leute Polizeispitzel seien. (Lachen b. d. Soz.) Wenn einer der sogen. Achtgroschenjungens sich an einen Briefträger heranmacht, um ihn zur Verletzung des Briefgeheimnisses zu veranlassen, so wird er ihm natürlich nicht sagen, daß er ein Polizeiagent ist. Auch im Januar 1905 sind von dem damaligen Abg. Kunert, unter Vorlegung von Akten, Fälle von Verletzungen des Briefgeheimnisses angeführt worden, bei denen die Oberpostdirektion Cassel die Verletzung selbst zugestanden hatte. Nun könnte man sagen, das sind einzelne Fälle. Gewiß, und ich gebe auch zu, daß ein Brief mitunter ohne Absicht beschädigt werden kann. Aber wir haben aus einer ganzen Reihe von Wahrnehmungen alle Ursache, mißtrauisch zu sein, wenn wir Briefe in schlechtem Zustande erhalten, und speziell in dem vom Kollegen Singer angeführten Fall steht fest, daß die Verletzung des Briefes innerhalb der Sphäre der Post stattgefunden hat. Angesichts solcher Dinge wäre es besser gewesen, der Staatssekretär hätte hier erklärt, er werde dem Fall nachgehen. Wir wollen uns freuen, wenn es nach dieser Richtung hin besser wird, als es früher der Fall war. Solange freilich der Staatssekretär unserer Partei gegenüber auf dem Standpunkt der borniertesten polizeilichen Auffassung steht, solange kann man ihm auch zutrauen, daß er stillschweigend duldet, wenn derartige Verletzungen des Briefgeheimnisses gegen Sozialdemokraten vorkommen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr Kollege Hamecher hat behauptet, durch unsere Auffassung seien die Postbeamten beleidigt. Er hatte ein natürliches Interesse, seine Kollegen, die unteren Postbeamten, zu verteidigen; aber er sollte einmal die Geschichte seiner eigenen Partei studieren. Der verstorbene Abg. Liebknecht hat einmal Fälle von Verletzungen des Briefgeheimnisses hier zur Sprache gebracht, und das Zentrum hat sich damals lebhaft an der Diskussion beteiligt — es handelte sich freilich um die Bespitzelung des Kardinals Ledochowski und des Abgeordneten v. Schorlemer-Alst. Schorlemer-Alst führte an, daß zwei Postbeamte zugegeben hätten, sie seien angwiesen worden, auf Briefe von ihm zu achten. (Hört! hört! b. d. Soz.) In der Zeit des Kulturkampfs, wo Sie Staatsfeinde waren, hatten Sie also unter denselben Erscheinungen zu leiden, wie wir heute. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Nun ein Wort zum Fall Schellenberg. Ich hätte an sich keine Veranlassung, auf diesen Fall noch einmal einzugehen, da bereits von anderer Seite hinreichend nachgewiesen worden ist, daß der Staatssekretär in diesem Falle die Gesinnungsfreiheit und Meinungsfreiheit des Staatsbürgers mißachtet hat, wenn nicht der Staatssekretär sich in seiner Verteidigung in merkwürdige Widersprüche verwickelt und seine Stellung zur Sozialdemokratie in sehr scharfer Weise präzisiert hätte. Der Staatssekretär hat ausgeführt, daß, so lange die sozialdemokratische Partei den Staatseinrichtungen feindlich gegenüberstehe, Sozialdemokraten als Beamte nicht geduldet werden könnten. Nun steht aber fest, daß Dr. Schellenberg überhaupt kein Beamter und überhaupt kein Sozialdemokrat war. Er hat in der Stichwahl für uns gestimmt, genau so, wie etwa der Herr Staatssekretär diesmal auf Grund des Blockabkommens für den freisinnigen Kandidaten gestimmt hat, ohne daß er doch dabei wird behaupten wollen, daß er ein freisinniger Mann sei. (Heiterkeit.) Der Staatssekretär hat bestritten, daß Dr. Schellenberg überhaupt gemaßregelt worden sei. Das ist ein müßiger Streit um Worte: seine Kündigung und seine Entlassung sind jedenfalls auf das Geschwätz der Kellnerin und die perfide Denunziation über seine Abstimmung bei der Reichstagswahl herbeigeführt worden. Die Reichspostverwaltung sollte zu vornehm sein, um einem Manne, der mit ihr im Vertragsverhältnis steht, mit solchen Mitteln beizukommen, obendrein einem Arzt, dessen parteipolitische Gesinnung doch mit seiner Kunst nicht das Mindeste zu tun hat. Auch ein sozialdemokratischer Arzt kann ja recht gut die Postbeamten von den Krankheiten heilen, die durch die Anstrengungen des Berufes bei ihnen entstehen müssen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Schließlich hat am Sonnabend der Staatssekretär noch ausgeführt, er habe dem Dr. Schellenberg kündigen müssen, weil er nicht jedem Beamten habe sagen können: „Dr. Schellenberg ist gar kein Sozialdemokrat; es ist kein Makel an ihm." Damit hat sich der Staatssekretär eine ganz unerhörte Bemerkung gegenüber meiner Partei erlaubt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er hat indirekt die Behauptung ausgesprochen, daß jeder Sozialdemokrat mit einem Makel behaftet sei. Wir haben 3¼ Millionen sozialdemokratischer Wähler in Deutschland, von denen uns ein großer Teil mit Leib und Seele zugetan ist und treu zu uns hält. Alle diese Staatsbürger hat Herr Krätke in unerhörter Weise beleidigt, als er sagte, daß sie mit einem Makel behaftet seien. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber einer solchen Ausdrucksweise wäre jede parlamentarische Bezeichnung viel zu milde. Ich finde für diese Bezeichnung einer großen parlamentarischen Partei kein anderes Wort, als daß es eine Unverschämtheit war. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf **Stolberg**: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zur Ordnung.

**Eichhorn** (SD.) fortfahrend: Gerade der Staatssekretär in seiner Stellung sollte sich doch solche Aeußerungen besser überlegen. Der Staatssekretär hat rund heraus erklärt, er dulde Sozialdemokraten in der Postverwaltung nicht. Wenn er diese Drohung wahr machen wollte, so würden wohl bald der Postbetrieb und viele Staatsbetriebe still stehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben in den Reihen der unteren Postbeamten und der Staatsarbeiter eine Menge treuer und braver Anhänger, und die Art, wie der Staatssekretär die Sozialdemokratie charakterisiert hat, wird nicht dazu beitragen, daß es weniger werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem aber sollte sich der Staatssekretär hüten, diesen Grundsatz des Terrorismus, den man uns immer zum Vorwurf macht, für die Staatsbetriebe einzuführen, und wo er den Einfluß hat, jeden zu boykottieren und jedem den Brotkorb höher zu hängen, der nicht seiner Meinung ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten; Zuruf rechts: Das tun Sie!) Nein, wir tun das nicht! In nicht wenigen Genossenschaften und Ortskrankenkassen, in denen unsere Anhänger die Mehrheit haben, sind eine ganze Menge von Beamten angestellt, die unsere politischen Gegner sind. Ich war selbst Vorsitzender einer Ortskrankenkasse, deren Beamten zum großen Teil antisemitisch waren. Damals stand der Antisemitismus in Sachsen noch in Blüte, aber niemals ist es uns eingefallen, gegen diese Beamten wegen ihrer politischen Gesinnung das Geringste zu unternehmen. Nicht von uns, sondern von unseren Gegnern und vom Staate wird Gesinnungsschnüffelei und Terrorismus getrieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie sollten sich aber hüten, diese Politik weiter zu verfolgen, sonst könnte der Spieß einmal umgedreht werden. Wenn die Sozialdemokratie, wie es doch kommen wird und muß, mehr Einfluß gewinnt, wohin würde es dann führen, wenn sie jeden Andersdenkenden mit der Hungerpeitsche bestraft. Alle Parteien sollten diesen krassen Terrorismus verurteilen, und gerade die Rechte sollte es schon aus politischer Klugheit tun, um nicht ihr Schlagwort vom sozialen Frieden Lügen zu strafen. Denn diese Praxis muß zu einer Verschärfung der sozialen Kämpfe führen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich wende mich nun den postalischen Einrichtungen zu. Bei der politischen Rückständigkeit des Herrn Staatssekretärs ist es nicht zu verwundern, wenn die Postbureaukratie auch in den wichtigen Verkehrseinrichtungen rückständig ist. Ueber das Fiasko der Erhöhung des Ortsportos ist ja schon eingehend gesprochen worden. Erstaunlich war es, daß Herr Lattmann sich diesen Beschwerden angeschlossen hat, während doch seinerzeit seine Parteigenossen von der Regierung selbst eine Reform der Portosätze verlangt haben, die auf eine Erzielung von Mehreinnahmen hinausläuft. Man vergißt immer wieder, daß die Erhöhung der Portosätze fast stets zu einem Rückgang der Einnahmen führt, während umgekehrt eine Verbilligung der Portosätze die Einnahmen erhöht. Wenn man die Postanweisungsgebühr von 10 ₰, die heute nur für Beträge bis M. 5 gilt, auf Beträge von M. 10 und M. 20 ausdehnen würde, so würden die Einnahmen mindestens gleich bleiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Besonders rückständig muten in der heutigen Zeit die Erschwerungen im Zeitungswesen an, die längst hätten beseitigt werden müssen. Wenn aber auch wirklich einmal eine Verkehrserleichterung zu größeren Einnahmeausfällen führen sollte, so muß immer wieder der Gesichtspunkt betont werden, daß die Post dem Verkehr zu dienen hat und nicht eine milchende Kuh für die Finanzen sein soll. — Ich muß jetzt auf die Angelegenheit des früheren Schalterschlusses in Pforzheim noch einmal zurückkommen. Der Herr Staatssekretär hat meinem Parteigenossen Singer erwidert, nach genauen Ermittelungen handle es sich dort um Artikel, die so stark begehrt seien, daß die Industrie bis zum letzten Augenblick arbeite. Diese Mitteilungen mögen dem Herrn Staatssekretär von interessierten Fabrikanten zugegangen sein, sie treffen aber nicht das objektiv Richtige. Ich habe schon in der Budgetkommission das Geheimnis dieser Mißstände in Pforzheim verraten. Es handelt sich dort um keine Augenblicksarbeit, aber die zahlreichen kleinen Unternehmer, welche die dortige hochentwickelte Industrie aufweist, zeichnen sich durch besondere Rücksichtslosigkeit den Arbeitern gegenüber aus. Wie mir Arbeiter mitgeteilt haben, liegen die Postsendungen bereits am Mittag fertig im Bureau, aber es wird den Arbeitern nicht gestattet, sie schon im Laufe des Nachmittags zur Post zu tragen. Die Fabrikanten haben verboten, die Sendungen früher zu frankieren und mit Begleitadressen herauszugeben, als kurz vor 8 Uhr. Die Absicht der Unternehmer ist dabei lediglich, die Arbeiter in raffinierter Weise jeden Tag 1 bis 1½ Stunden länger zu beschäftigen. Wie ich mich selbst überzeugt habe, stehen in den Pforzheimer Postämtern kurz vor 8 Uhr Hunderte von Arbeitern mit einer großen Masse von Paketen, die dann manchmal bis 10 Uhr auf die Abfertigung warten müssen, während die Türen der Post schon um 8 Uhr geschlossen werden. Das ist ein Unfug, dem die Postverwaltung schon längst hätte ein Ende machen müssen, indem sie einfach um 8 Uhr nicht nur die Türen, sondern auch die Schalter schließen läßt. Der Oberpostdirektor in Karlsruhe hat einer Deputation erklärt, er würde gern den Schalterschluß um 8 Uhr in Pforzheim einführen, wenn er die Gewißheit hätte, von Berlin aus nicht rektifiziert zu werden. Die Pforzheimer Handelskammer hat sich selbstverständ[lich] gegen den früheren Schalterschluß ausgesprochen. In ihr sitzen ja die Fabrikanten, denen dann die Ausbeutung der Arbeiter in der geschilderten Weise unmöglich gemacht würde. Ich erwarte eine bündige Erklärung vom Herrn Staatssekretär, damit auf Grund dieser Erklärung die Karlsruher Oberpostdirektion für einen früheren Schalterschluß in Pforzheim sorgt. — Nach den Aeußerungen des Herrn Staatssekretärs soll ein unbedingtes Bedürfnis dazu vorliegen, eine neue Kategorie akademisch gebildeter Postbeamten zu schaffen. In dieser Behauptung liegt eigentlich eine Zurücksetzung, eine Beleidigung der bisherigen Beamten. Die inneren Beweggründe dieser Personalreform scheinen wir allerdings ganz wo anders zu liegen. Die Erwerbsverhältnisse werden auch für die besitzenden Kreise der Bourgeoisie immer schwieriger, und bei der Ueberfüllung des Rechtsanwalts- und Aerztestandes will man neue Posten für minderbefähigte Söhne der Bourgeoisie schaffen, die, ohne gezwungen zu sein, ein Staatsexamen zu machen, nachdem sie ein paar Jahre lang das Korpsburschenwesen durchgemacht haben, in diese bevorzugten Stellen hineinlanciert werden sollen. Was dabei herauskommen soll, ist nicht abzusehen, denn es wird ja nur ein mehrjähriges akademisches Studium und nachher die üblichen Prüfungen für die Post verlangt, während von einer Abschlußprüfung der akademischen Bildung nicht die Rede zu sein scheint.

Ich will nun mit einem Wort noch auf die Besoldungsverhältnisse eingehen. Wir haben nicht nötig, das Wettrennen mitzumachen, das jetzt in der Gehaltsfrage allenthalben stattfindet. Noch lange, ehe Sie die Wichtigkeit der Beamtenstimmen bei den Wahlen erkannten, hat unsere Partei die Interessen der Beamten, unbekümmert darum, wie die Beamten stimmen, wahrgenommen. Hierbei sind wir viel eher aufgestanden, als Sie. Was jetzt von Ihnen geschieht, ist nur Wiederholung dessen, was wir seit zehn Jahren getan haben. (Zuruf rechts: Wie überall!) Ja, überall haben wir es getan. Wenn Sie, Herr Kollege Wagner, die alten Reichstagsakten von 1867 an studieren wollten, und unsere Anregungen mit ihren Anträgen und denen des Zentrums vergleichen, so werden Sie die verblüffende Aehnlichkeit all dieser neueren Anträge mit unseren alten Anträgen sehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nur mit dem einen Unterschied, daß Sie die Anträge stets noch stark verwässert haben. Ueberall sind wir vorangegangen in der Frage der Landbriefträger, in der Frage der Unterbeamten, in der Frage der mittleren Beamten, die ja das Besoldungsgesetz mit besonders schmerzlicher Sehnsucht erwarten. Auf die Frage, wann dies Gesetz kommt, ist eine bestimmte Antwort ja nicht gegeben. Der Herr Unterstaatssekretär Twele sagte nur, die Sache liege bei Preußen, und es hänge mehr oder minder von Preußen ab, wann das Gesetz an den Reichstag kommen werde. Man hat schon gesagt und mit Recht, warum denn auf Preußen so besonders Rücksicht genommen wird. Auch der badische Landtag ist jetzt dabei, Beamtenbesoldungen zu regeln. Warum soll man also gerade auf Preußen warten. Das scheint uns auf einer Verschleppungstaktik zu beruhen. Uns scheint die Besoldungsregelung dringend notwendig, namentlich im Hinblick auf die eingetretene Teurung. Wenn man sagt, es fehlt an Mitteln, denn die Finanzreform kann doch nicht zu stande kommen, oder wenn man sagt, man will die notwendigen Summen durch eine Anleihe beschaffen, so will ich doch daran erinnern, daß die Herren, welche sowohl die Schuld an der Teurung als auch den Vorteil von ihr haben durch die Zölle, nun auch in ihre Tasche greifen und direkte Steuern bewilligen sollten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber kommen muß die Besoldungsvorlage, und auch wir verlangen, daß man die berechtigten Wünsche der Beamten erfüllt und die Vorlage möglichst rasch bringt. Wir erwarten dabei eine allgemeine Aufbesserung der Gehälter, welche den unteren Beamten genau so zu gute kommt wie den mittleren.

Ich will nun die Bemerkung des Staatssekretärs über den Verkehr der Beamten zu den Abgeordneten streifen. Es sind Fälle erwähnt worden, wo Beamte wegen einer Kritik des Staatssekretärs bestraft wurden. Etwas hochmütig sagte er, beleidigen könnten diese Beamten ihn nicht, aber sie dürften ihn nicht herabsetzen, und deshalb müßten sie bestraft werden. Einen etwas sonderbaren Standpunkt nahm er ein, indem er verlangte, die Beamten sollten nicht früher mit den Abgeordneten verkehren, als bis ihr Fall durch die Postverwaltung entschieden sei, und begründend fügte er hinzu, man sollte bei der Beurteilung solcher Beschwerden doch auch etwas Sachkenntnis haben. Nun, es gab eine Zeit, wo ein General an die Spitze der Postverwaltung gestellt wurde (Sehr gut! bei den Soz.), der aus einem militärischen Leben, aus seinem Privatleben und aus seinen Skatabenden mit gewissen hohen Herren keine Sachkenntnis für das Amt mitbrachte. (Heiterkeit.) So viel Sachverständigkeit als der Herr Postgeneral hatte, als er an die Spitze der Postverwaltung trat, werden wohl auch die Abgeordneten noch haben, wenn Beamte mit Beschwerden an sie herantreten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie übrigens die Postverwaltung über Beschwerden der Beamten denkt, zeigt eine Verfügung der Oberpostdirektion Chemnitz. Es heißt dort, daß seit einiger Zeit die Wahrnehmung gemacht worden sei, daß Klagen und Beschwerden von Beamten untereinander und gegen Vorgesetzte ungewöhnlich oft vorkommen. Dann wird der Ton der Beschwerden gerügt und weiter wird gesagt, hieraus ist leider zu schließen, daß unter dem Personal ein Geist des Widerstrebens und der Unverträglichkeit Platz gegriffen hat. Dem Rechte der Beschwerdeführung, das niemand beschränkt werden soll, entspricht die Pflicht, dieses Recht nicht zu mißbrauchen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was die Oberpostdirektion unter Mißbrauch des Beschwerderechts versteht, sagt sie an einer anderen Stelle: es ist selbstverständlich, daß das Interesse der Disziplin im Auge zu halten ist. Jeder Verstoß gegen die Dienstzucht wird mit allem Nachdruck geahndet werden. Gegen Beamte, welche eine förmliche Beschwerdesucht zeigen, wird in Zukunft unnachsichtlich eingeschritten werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine solche Verfügung hat doch nur den Zweck, die Beschwerden zu unterdrücken. Ein Beamter, der eine solche Verfügung erhält, wird es sich sehr überlegen, ob er sich irgendwie beschweren soll. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie können aus diesem Fall ersehen, was das Verlangen des Staatssekretärs auf sich hat, die Beamten sollten sich nicht an die Abgeordneten wenden, sondern Vertrauen zu ihm haben. Wir werden selbstverständlich nach wie vor keinen Beamten zurückweisen, der zu uns kommt und uns seine Beschwerden vorträgt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich wende mich nun zu der Frage der Unterbeamten. Es handelt sich hier um das System der gehobenen Stellen, gegen das wir uns schon mehrfach ausgesprochen haben. Lediglich eine Art Günstlingswirtschaft wird damit geschaffen und Unzufriedenheit unter den Beamten erregt. Man hat den Eindruck, daß die Postverwaltung nach dem Grundsatz: Teile und herrsche! die Absicht hat, einen Teil der Beamten abzusondern, um sich auf ihn auf alle Fälle zu Angebereien und ähnlichen Diensten verlassen zu können und dann durch die gehobenen Stellen zu belohnen. Eine förmliche Korruption und Günstlingswirtschaft ist dadurch eingerissen, die vielleicht von der Postverwaltung beabsichtigt war. Jetzt soll das etwas gebessert werden durch Einführung einer Prüfung. Doch wird das recht wenig nützen, denn die Prüfung ist so leicht — von den Unterbeamten bei ihrer ganz geringen Entlohnung kann man eben auch nicht eine schwere Prüfung verlangen — die Prüfung ist also so leicht und allgemein, daß sie eben alle Unterbeamten bestehen werden, und da bleibt es dann wieder von der Gunst und Befürwortung der einzelnen Vorgesetzten abhängig, wer in eine der verfügbaren gehobenen Stellen kommen soll. Man soll mit derartigen odiösen Wohltaten einhalten, vielmehr an eine allgemeine Hebung der Unterbeamten denken und sie alle gleichmäßig gutstellen und berücksichtigen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine Aufbesserung der Arbeitsbedingungen überhaupt ist dringend notwendig. Freilich bestritt der Staatssekretär dem Abg. Singer gegenüber, daß die Arbeitsverhältnisse schlecht seien. Er konnte aber nicht bestreiten, daß mehr als 22 pZt. aller Beamten mehr als 10 Stunden Dienst tun. Er konnte nicht bestreiten, daß besonders der Dienst bei der Briefbestellung einen ganz außerordentlichen Umfang annimmt. Es fehlt hier eben an Aushülfe. Was hilft es denn den Leuten, daß sie alle 3 bis 4 Wochen einen freien Sonntag haben, wenn sie dafür an den anderen Sonntagen übermäßig angestrengt werden. Dann verzichten sie lieber auf den freien Sonntag. Dem kann man durch Schaffung der nötigen Aushülfe abhelfen, indem man den Beamten nicht zumutet, die Arbeit für fehlende und erkrankte Kollegen mitzutun. Aushülfspersonal, das man anstellen könnte, gibt es genug. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ferner hat der Staatssekretär bestritten, daß viel gestraft wird, und hat nachzuweisen gesucht, daß die Strafen in den letzten Jahren zurückgegangen sind. Aber die Höhe der Strafen hat er nicht mitgeteilt. So lange er es zuläßt, daß jemand, der einmal im Verbandsorgan ein freies Wort geschrieben hat, mit der Einziehung eines Monatsgehaltes bestraft

wird (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), so lange können wir nicht glauben, daß er ein Gegner von Strafen ist, zumal er hier sagte: Ich strafe nicht gern, aber wenn ich strafe, strafe ich streng.

Das zeigt, daß seine Ausführungen über das Nachlassen der Strafen nur leere Redensarten sind. — Ein Zeichen für die mangelnde soziale Fürsorge der Post sind vor allem die ungemein niedrigen Löhne. In der Verfügung, betreffend die Verhältnisse der Telegraphenarbeiter, ist ausdrücklich hervorgehoben worden, daß die Löhne bemessen werden sollen nach den im Bezirk geltenden Arbeitslöhnen, weiter solle Rücksicht genommen werden auf die von der Eisenbahnverwaltung gezahlten Löhne und obendrein sollten die Löhne nicht im Mißverhältnis stehen zu den Tagegeldern der Vorarbeiter. Der Herr Staatssekretär sollte mehr dafür sorgen, daß die Betriebe der Post Musteranstalten werden. Er hat wiederholt betont, daß er den Beamten und Arbeitern der Post das Koalitionsrecht nicht zugestehen wolle. Wir halten dies für ungerechtfertigt, jedenfalls hat er dann aber die doppelte Pflicht, die Beamten und Arbeiter so gut wie möglich zu stellen. Ich habe hier ein paar Gerichtsverhandlungsberichte über Prozesse gegen Postboten, die infolge schlechter Bezahlung sich zu Unterschlagungen hatten verleiten lassen. In einer Verhandlung hat der Richter ausdrücklich ausgesprochen, daß eine solche schlechte Bezahlung indirekt ein Anreiz zu solchen Vergehen sei. (Zuruf rechts: Wo ist da die Logik?) Da soll keine Logik drinstecken, wenn ein schlecht bezahlter Beamter sich an den Wertgegenständen vergreift, die ihm durch die Hände laufen, und wenn der Richter dann in der schlechten Bezahlung einen mildernden Umstand für sein Vergehen erblickt! Sie (nach rechts) können sich natürlich niemals in die Lage eines solchen Beamten versetzen, der von der bittersten Not auf den Weg des Verbrechens getrieben wird. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.) Bei Löhnen von ℳ 2,40 macht sich die Postverwaltung selbst zum Mitschuldigen solcher Verbrechen. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.) Angesichts solcher Löhne und der langen Dienstzeit kann man sich nicht wundern, wenn die Gesundheitsverhältnisse der Postbeamten besonders schlecht sind. Aus der eigenen Statistik der Postverwaltung geht hervor, daß von 178 904 Unterbeamten 74 511 erkrankt sind. Ein solcher Prozentsatz von Erkrankungen kommt wohl in keiner anderen Verwaltung und in keinem Privatbetriebe vor. Der freisinnige Herr Eickhoff hielt es für notwendig, besonders zu betonen, daß er ein Streikrecht der Postbeamten nicht anerkennen könne. Er hätte nicht notwendig gehabt, sich deswegen durch allerhand Kunststücke vor ein paar anderen Rednern das Wort zu verschaffen, wir wissen auch so, wie er dazu steht. Wir aber müssen mit allem Nachdruck verlangen, daß man den Staatsbeamten und Angestellten ihr Koalitionsrecht nicht verkümmert. Die Zuchthausvorlage, in der den Eisenbahnern und Postbeamten dies Recht genommen werden sollte, ist vorerst nicht Gesetz geworden und wird es hoffentlich auch nicht. Die Arbeiterausschüsse, gegen die wir gewiß nichts einzuwenden haben, haben nur dann Wert, wenn ihre Grundlage, das Recht der freien Vereinigung, den Beamten und Arbeitern gewährt wird. Bessere Verhältnisse werden erst eintreten, wenn in dieser Beziehung Wandel geschaffen wird und wenn wir nicht mehr solche Aeußerungen von Kurzsichtigkeit und Parteigehässigkeit hören, wie die des Herrn Staatssekretärs in den letzten Tagen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Paasche**: Sie können nicht dem Herrn Staatssekretär Parteigehässigkeit und Kurzsichtigkeit vorwerfen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich rufe Sie zur Ordnung.

Staatssekretär **Kraetke**: Der Herr Vorredner hat versucht, die Beschuldigung, die seitens des Herrn Singer gegen die Postbeamten wegen Nichtachtung des Briefgeheimnisses ausgesprochen war, zu rechtfertigen. Seine Ausführungen können aber nichts daran ändern, daß ich diese Beschuldigung nach wie vor als leichtfertige Verdächtigung bezeichnen muß. Herr Eichhorn hat sich wieder nur ganz allgemein ausgedrückt und hat auf frühere Fälle verwiesen. Am 19. Januar 1904 hatte Herr Haase in längerer Rede ausgeführt, daß Postbeamten zur Verletzung des Briefgeheimnisses verleitet worden seien. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Richthofen antwortete darauf, ihm sei nicht das Geringste von solchen Fällen bekannt, er gebe anheim, die Sache beim Postetat wieder zur Sprache zu bringen. Mitte Februar wurde dann der Postetat beraten. Ich führte am 22. Februar unter Hinweis auf die Bemerkung des Frhrn. v. Richthofen gegenüber der Beschuldigung des Abg. Haase vom 19. Januar aus, ich hätte bis jetzt gewartet, daß von den Herren nun derartige Fälle von Verleitung zur Verletzung des Briefgeheimnisses vorgebracht werden würden. Das sei nicht geschehen. (Hört! hört! rechts.) Ich konstatierte weiter, daß nach den angestellten Ermittlungen sich kein Anlaß zu einer derartigen Beschuldigung ergeben hätte. Am 27. Februar kam Herr Haase auf die Sache zurück. Man hätte erwarten sollen, daß er nun die schwere Beschuldigung gerechtfertigt und die Beamten genannt hätte, die bei russischen Studenten das Briefgeheimnis verletzt hätten. Herr Haase führte aus: „Ich habe in meiner Rede nicht die Postverwaltung angegriffen und nicht verlangt, daß die Postverwaltung die Beamten, welche den Lockungen der Spitzel unterlegen sind, zur Rechenschaft zieht, sondern ich habe gefordert, daß den Spitzeln, die die Postbeamten zur Verletzung des Briefgeheimnisses zu verleiten suchen, das Handwerk gelegt werde. Der Herr Staatssekretär hat selbst zugegeben, daß in der Pestalozzistraße in Charlottenburg die Postboten mehrfach sogar unter in Aussichtstellung von Belohnungen nach Adressen gefragt worden sind, worauf sie die Auskunft verweigert haben." Man hätte doch erwarten sollen, daß die Herren für ihre Verdächtigungen der Postbeamten nun die Beweise vorbrachten und die betreffenden Beamten nannten. (Zuruf bei den Sozialdem.: Wir wollen nicht die Beamten beschuldigen, wir wenden uns gegen das Spitzelsystem! Lachen rechts.) Herr Singer hat von Verletzung des Briefgeheimnisses gesprochen. Damit hat er die Postbeamten beleidigt und ich muß verlangen, daß er die Namen nennt. (Sehr gut! rechts.) Es ist doch lächerlich, wenn Sie sagen, es sei festgestellt, daß Briefträger gefragt worden sind. Dann bin ich auch ein Spitzel, denn es kommt doch sehr leicht vor, daß man einen Briefträger auf der Straße fragt, wo jemand wohnt. — Wenn der Herr Vorredner uns Unduldsamkeit gegen Andersdenkende vorgeworfen hat, so ist das ganz unberechtigt. Wenn er meint, seine Partei wäre duldsamer, so erinnere ich Sie an das Wort eines Ihrer Führer: Wer nicht pariert, fliegt hinaus! (Lachen bei den Sozialdemokr. Sehr gut! rechts.) Was die vom Herrn Vorredner angeführte angebliche Aeußerung eines Richters in einem Prozeß gegen einen Postboten wegen Unterschlagung anlangt, so ist sie mir nicht bekannt. Ich müßte das als ein recht leichtes Urteil bezeichnen, das nicht genügend die Tatsachen berücksichtigt. Die jungen Leute bei der Post sind doch meist unverheiratet oder haben keine große Familie. Sollte das doch einmal der Fall sein, so greift die Postverwaltung stets mit Unterstützungen ein. Ich halte es für ganz unberechtigt, daß hier von der Tribüne erklärt wird, schlechte Bezahlung berechtige zu Unterschlagungen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich bin stolz darauf, daß die große Mehrzahl der Postbeamten sich zu solchen Taten nicht verleiten läßt. (Bravo! rechts.)

Frhr. **v. Gamp** (RP.): Herr Singer hat behauptet, daß die sozialdemokratische Korrespondenz systematisch kontrolliert würde. (Singer: Jawohl.) Herr Eichhorn sprach heute von den Ausnahmefällen. Daß Briefe verspätet ankommen, beweist keine Ueberwachung; wir machen täglich diese Erfahrung. Ich habe drei Jahre hintereinander Briefe an einem Geheimrat ähnlichen Namens fälschlich bekommen, habe sie aufgemacht, wieder eingesteckt und an den richtigen Empfänger geschickt. Auch Briefe, die schlecht gummiert waren und mit Briefmarkenrändern verschlossen waren, bekommen wir häufig. Also die Beschuldigungen des Herrn Singer waren zum mindesten recht leichtfertig. Die Herren hätten die Verpflichtung, das Material dem Herrn Staatssekretär zur Untersuchung zur Verfügung zu stellen. Das ist keine Denunziation, das ist Ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit. (Sehr gut! rechts.) Den Fall Schellenberg hätte die Sozialdemokratie am wenigsten Ursache gehabt vorzubringen; sie ist selbst am wenigsten tolerant gegen ihre Angestellten und das vom Herrn Staatssekretär zitierte Wort stammt von Herrn Bebel. Die Angehörigen einer Partei, die die Grundlagen des Staates negiert, kann die Staatsverwaltung nicht dulden. (Bravo! rechts. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Dann möge er uns alle hinauswerfen!) Ja, das geht leider nicht. (Große Heiterkeit.) Warum gehen die Herren nicht in die Kolonien, ich bin durchaus dafür, daß ihnen irgend ein Landstrich zur Verfügung gestellt wird. (Singer: Warum stellen Sie uns nicht einmal erst endlich Ihr versprochenes Gut zur Verfügung? Große Heiterkeit.) Wenn Sie mir Garantie geben, daß Sie es rationell betreiben, sollen Sie es haben! (Erneute Heiterkeit.) Redner spricht sich des weiteren für vermehrte Beschäftigung von Frauen im Postdienst aus. Die Heruntersetzung des Ortsportos für Postkarten hat ja das gewünschte Ergebnis nicht gehabt; aber in einigen Jahren wird die Zweipfennig-Postkarte ganz vergessen sein; einer Wiederherabsetzung des Portos können wir nicht zustimmen. Der Gedanke der Telephonreform scheint mir sehr gesund. Daß in Berlin zehnmal täglich Briefe bestellt werden, erscheint mir zu viel; der Staatssekretär möge doch erwägen, ob das notwendig ist. Ebenso ist es wohl nicht nötig, die Briefe mit Stempeln über die Zeit ihrer Bestellung zu versehen; auch dadurch könnte Arbeit erspart werden. Bezüglich der billigen Ausnahmepostkarten, die mein Kollege Linz angeregt hat, hat der Staatssekretär ihn mißverstanden; Herr Linz, der an der Spitze eines Vereins von 5000 Mitgliedern steht, meinte, die Postverwaltung könnte mit solchen Vereinen Abkommen über ein Pauschalquantum treffen. Der Anregung des Abg. Lattmann, betreffend Einführung eines Ein-Kilo-Pakets, bitte ich keine Folge zu geben; denn dies würde in erster Reihe den Warenhäusern zu Gute kommen.

Den Standpunkt des Staatssekretärs gegenüber den Beamtenorganisationen teilen wir; die privaten Interessen des Beamten müssen den allgemeinen Interessen nachstehen. Wir haben volles Vertrauen zum Staatssekretär, daß er den Beamten mit Wohlwollen entgegentritt. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident **Paasche** teilt mit, daß über die Resolution von Gamp und Genossen (RP.), welche die Einstellung von Ostmarkenzulagen in den Etat verlangt, namentliche Abstimmung vom Grafen Hompesch (Z.) beantragt ist; die namentliche Abstimmung wird morgen stattfinden.

**Hug** (Z., auf der Tribüne unverständlich) scheint zunächst in längeren Ausführungen für die Einführung eines Postscheckverkehrs einzutreten.

Dr. **Böhme** (WVg.): Der Sozialdemokrat Stadthagen hat einmal gesagt, die Sozialdemokraten müßten noch ruppiger werden. Sie scheinen das beherzigt zu haben. Und Stadthagen kann dem Abg. Eichhorn, dem Vertreter des südwestdeutschen Revisionismus dankbar die Hand schütteln. (Heiterkeit). Die Wünsche der Telegraphenarbeiter auf Einrechnung ihrer Dienstzeit, wenn sie Beamten werden, sind sehr berechtigt; auch auf die vielfach ungenügende Bezahlung, namentlich der Vorarbeiter, möchte ich hinweisen.

**v. Oertzen** (RP.) befürwortet eine Petition von Militäranwärtern um Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter.

**Duffner** (Z.) tritt für die Verbilligung des Portos bei Blindenschriften ein. In seinen weiteren Ausführungen bleibt der Redner auf der Tribüne unverständlich.

**Lehmann**-Wiesbaden (SD.) Im Mittelpunkt der Debatten über die Abhängigkeit der Arbeiter hat ein Fall gestanden, der großes Aufsehen erregt hat, und Sie werden es von dem Vertreter des Ortes, in welchem der Fall vorgekommen ist, begreiflich finden, daß er darauf zurück kommt. Ich will versuchen, die widersprechenden Erklärungen des Staatssekretärs auf eine kurze Formel zu bringen. Der Staatssekretär sagte, die Postverwaltung kümmere sich nicht darum, wie die Beamten wählen, aber weil er zufällig Kenntnis davon bekommen habe, wie Dr. Schellenberg gewählt habe, habe ihm gekündigt werden müssen, weil es sonst zu Irrungen bei den Unterbeamten gekommen wäre. Aber auch bei einem Beamten steht dem Staatssekretär nicht das Recht zu, ihn wegen seines Wählens zu entlassen. Sie (nach rechts) sagen, der Beamte hat dem König den Treueid geleistet und hat ihm deshalb Gehorsam zu leisten. Der Treueid verlangt lediglich, daß der Beamte die Gesetze und die Verfassung beachtet; die Verfassung aber gibt ihm das Recht, zu wählen wie er will, und daher verstößt derjenige gegen die Verfassung, der ihn hieran hindert. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Hat etwa der Deutsche Kaiser den Befehl erlassen, daß kein Beamter sozialdemokratisch wählen dürfe? Ein solcher Befehl würde ein Uebergriff sein, der im Widerspruch mit der Reichsverfassung steht. Würde also selbst ein solcher Befehl ergangen sein, so müßte man gegen ihn verstoßen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diesen Standpunkt haben früher auch bürgerliche Parteien eingenommen. Als der Staatsminister v. Podbielski erklärte, er dulde keinen sozialdemokratischen Beamten, hat der Führer des Zentrums Dr. Lieber mit Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß sozialdemokratische Agitation seitens der Beamten nicht zu dulden sei, daß dagegen die sozialdemokratische Gesinnung der Beamten den Staatssekretär nichts angehe. Würde man übrigens selbst bei einem politischen Beamten diesen Standpunkt der Verwaltung als berechtigt zugeben — wir tun das nicht, sondern bekämpfen ihn auch da — so träfe das doch keineswegs bei der Post zu; das Reichspostamt ist kein politisches Amt, sondern hier wird ein großes Wirtschaftsgebiet verwaltet. Mit demselben Recht, mit welchem die Reichspostverwaltung es sich herausnimmt, ihren Beamten bestimmte Wahlen vorzuschreiben, könnten auch die Grubenbarone von ihren Arbeitern verlangen, diejenigen Kandidaten zu unterstützen, die ihnen genehm sind. Unter solchen Umständen müssen wir es uns zweimal überlegen, bevor wir einer solchen Staatsregierung größere Machtmittel in die Hände geben, da hier die Staatsgewalt mißbraucht wird, um die Beamten zu Heloten zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was der Staatssekretär verlangt, ist unwürdig eines deutschen Mannes. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist darauf hingewiesen worden, daß der Staatssekretär sich als echter Bureaukrat gezeigt hat. Einen Beweis dafür hat Dr. Böhme erbracht, der ja sonst der Regierung nicht feindlich gesinnt ist, da er ja dem Block angehört. Dr. Böhme erwähnte unter den Bestimmungen für die Arbeiterausschüsse die Bestimmung, daß sie aufgelöst werden und neu zu bilden sind, wenn ungeeignete Personen hineingewählt sind. Solche Arbeiterausschüsse sind natürlich nur Dekoration. Auf die schweren Angriffe, einen Staatsbürger gemaßregelt zu haben, weil er von seinem politischen Wahlrecht Gebrauch gemacht hat, hat der Staatssekretär keinen irgendwie durchschlagenden Grund angeführt. Auch die bürgerlichen Parteien sollten sich deshalb nicht damit zufrieden geben. Denn durch das Verhalten des Staatssekretärs werden die Beamten viel mehr beleidigt, als durch irgendwelche Vorwürfe, die wir ihnen etwa machen könnten. Würden wir glauben, eine Majorität dafür zu finden, so würden wir beantragen, das Gehalt des Staatssekretärs abzulehnen. (Heiterkeit im Block.) Wenn Sie von den bürgerlichen Parteien Mut hätten, so müßten Sie einem solchen Antrage zustimmen. Ein solcher Staatssekretär dürfte keine 24 Stunden im Amte bleiben. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

**Eichhorn** (SD., persönliche Bemerkung): Der Herr Staatssekretär hat wieder gesagt, wir hätten die Postbeamten mit unseren Bemerkungen über die Verletzung des Briefgeheimnisses beleidigt. Ich habe aber wörtlich gesagt: „Es ist uns nicht eingefallen, insbesondere auch meinem Freunde Singer nicht, die Postbeamten etwa beleidigen zu wollen. Wogegen wir uns wandten, sind die Machinationen der Polizeispitzel, die Postbeamten zur Verletzung ihrer Dienstpflichten zu bewegen." — Ebenso unrichtig ist die Behauptung des Herrn Staatssekretärs, ich hätte indirekt die schlecht bezahlten Beamten aufgefordert, sich durch Unterschlagungen schadlos zu halten. Davon kann natürlich keine Rede sein. Ich habe lediglich ausgeführt, daß ein Richter in einer Urteilsbegründung den Lohn von ℳ 2,40 pro Tag für einen Postboten als Milderungsgrund für Unterschlagungen dieses Beamten angeführt hat.

Die Abstimmung über die Resolutionen, auch die namentliche Abstimmung wird bis zur dritten Lesung verschoben.

Präsident Graf **Stolberg**: Nach der letzten Rede müssen wir ja wohl über das Gehalt des Herrn Staatssekretärs besonders abstimmen. (Heiterkeit rechts.)

Das Gehalt wird bewilligt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Abgg. Schrader und Dohrn von der Freisinnigen Vereinigung.

Eine Reihe weiterer Titel wird debattelos erledigt.

Beim Kapitel Besoldungen kommt

**Erzberger** (Z.) auf die Audienz der Postdirektoren beim Staatssekretär zurück. Bevor die Direktoren zur Audienz zugelassen wurden, hatte man sie bereits vier Monate ohne Bescheid gelassen. Da kann ihnen wohl niemand verdenken, daß sie sich mit ihren Wünschen an die Abgeordneten wandten. Den Ausführungen meines Freundes Hamecher über die Verhältnisse der Postdirektoren hat der Herr Staatssekretär leider wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Wir müssen aber solche Wünsche hier vorbringen, da es nach dem, was neuerdings verlautet, noch gar nicht sicher ist, daß die Beamtenvorlagen in dieser Session kommen. (Hört! hört!) Man sagt, sie kommen erst, wenn der neue Schatzsekretär ernannt ist. Wer weiß aber, ob der schon geboren ist. (Heiterkeit.) Redner wendet sich des weiteren eingehend gegen die Absicht, das akademische Studium zur Vorbedingung für den Eintritt in die höhere Postkarriere zu machen.

Staatssekretär **Kraetke**: Ich habe in der Budgetkommission die Postdirektoren als tüchtige Leute gelobt. Die Audienz hat also auf meine Schätzung dieser Herren nicht eingewirkt. Das Vorgehen der Herren, daß sie sich trotz der Audienz an die Herren Abgeordneten gewandt haben, halte ich nach wie vor für nicht richtig. — Daß die neue Karriere erschwerend wirken wird auf die Auswahl der Kandidaten zum höheren Postdienst, ist zuzugeben. Aber die immer wachsenden Anforderungen, die der höhere Dienst stellt, machen eine breitere wirtschaftliche Grundlage erforderlich.

**Ahlhorn** (Hosp. d. FVpt.) tritt für einen erweiterten Erholungsurlaub der Postbeamten ein.

Staatssekretär **Kraetke** betont, daß die Urlaubsverhältnisse ständig verbessert werden.

**Gröber** (Z.) erkennt an, daß für den höheren Postdienst eine akademische Vorbildung immer mehr notwendig werde, macht aber darauf aufmerksam, daß die selbstverständliche Konsequenz der erhöhten Anforderungen auch eine höhere Besoldung der Beamten sein werde.

Das Kapitel wird bewilligt.

Hierauf vertagt das Haus die **Weiterberatung** auf Dienstag, 1 Uhr.

Schluß 6¼ Uhr.

## Vereine und Versammlungen.

**Schlachter.** Versammlung am 12. Februar bei Vorwohle. Boy erstattete den Jahresbericht für 1907. Aus demselben ging hervor, daß die Ortsverwaltung einen guten Schritt vorwärts gegangen ist. Der Vorsitzende erklärte, daß wir uns hiermit aber noch nicht zufrieden geben könnten, sondern unsere ganze Kraft für die Organisation einsetzen müßten. Nach einer längeren Debatte wurde gegen 5 Stimmen beschlossen, den Lokalbeitrag beizubehalten. Fischer erstattet hierauf den Kartellbericht. Ueber die Sonntagsruhe wurde eine längere Diskussion geführt und beschlossen, falls die Meister keine Aenderung schaffen, wir dafür schon sorgen werden. Den Kollegen, die Sonntags die Zeit dazu haben, wurde empfohlen, ihre Augen auf die Kundschafter zu richten, und jeden Uebertretungsfall zur Anzeige zu bringen. Wie es mit dem Logis der Schlachtergesellen aussieht, zeigt folgender Fall bei Turner, Belleallianceſtraße. Dort schlafen noch zwei Gesellen in einem Bett, außerdem ist in dem Zimmer kein Fenster vorhanden. Die „Allgem. Fleischer-Zeitung" versucht, die Schuld über die Vorkommnisse bei Wulf, Hoheluftchaussee, dem Zentralverband in die Schuhe zu schieben, was ihr jedoch nicht gelungen ist. Sie faselt von einem Entgegenkommen des Herrn Wulf dem Zentralverband gegenüber, was jedoch gar nicht der Fall ist, da trotz mehrmaligem Vorstelligwerden seitens unseres Verbandes nichts erreicht worden ist. Wohl hat Herr Wulf seinen Gesellen versprochen, ihnen Ueberstunden zu zahlen, bis jetzt aber hat er es nicht eingehalten. Die „Allgemeine" täte wohl besser, sich in ihrem eigenen Kreise umzusehen, sie braucht ihre Blicke zum Beispiel nur nach Schwerin oder Duisburg zu richten. Es wurde von mehreren Rednern erwähnt, daß viele Meister ja die Lehrlinge zum Stehlen anlernen, und einige Beispiele hierüber angeführt. Nachdem noch auf die Krankenkassenwahlen und die in der nächsten Woche in Altona stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht worden war, schloß Zwerner die Versammlung.

**Schlachter, Hamburg.** Am 15. Februar fand bei Vorwohle, Neustädterstraße, die Monatsversammlung statt. Der Geschäftsleiter erstattete den Jahresbericht. Aufgenommen wurden 528 Mitglieder; abgereist, zum Militär, in andere Berufe übergetreten sind 214 Mitglieder; die jetzige Mitgliederzahl beträgt 813. Die Fluktuation war leider eine sehr große. Es fanden im verflossenen Jahre 31 Vorstandssitzungen, 12 Mitgliederversammlungen, 3 öffentliche Versammlungen statt. Die Einnahmen und Ausgaben des Hauptvorstandes betrug für das 4. Quartal ℳ 1912,45. Der Kassenbestand der Ortsverwaltung war am Schluß des Jahres ℳ 2146,85. Eine unwesentliche Debatte rief die Beibehaltung des Lokalbeitrages hervor und wurde ein diesbezüglicher Antrag gegen 4 Stimmen angenommen. Dann wurde noch angeführt, daß bei dem Schlachtermeister Turner, Belleallianceſtraße, die Gesellen mit 2 Mann in einem Bett schlafen müssen. Der Geschäftsleiter wurde beauftragt, bei dem betreffenden Meister Remedur zu schaffen.

## Neueste Nachrichten.

(Telegramme des Wolffschen Bureaus.)

**Berlin,** 17. Februar. Abgeordnetenhaus. Zur Beratung steht ein Antrag Schiffer (NL.) und Fischbek und Genossen (F.), betreffend das Ergebnis der letzten vom Handelsminister eingeleiteten Untersuchung über die Vorbildung der Fortbildungsschüler und die Stellung des Unterrichtsministers zu diesem Ergebnis. Schiffer (NL.) führt aus, die Anträge seien in der Hauptsache die Wiederaufnahme einer vorjährigen Aktion. Der vorjährige Antrag sei unerwartet schnell ohne eingehende Verhandlung einer Kommission überwiesen worden. Um heute einen solchen Vorgang nicht abermals zu erleben, beantrage er schon jetzt Verweisung des vorliegenden Antrages an eine Kommission, bitte aber, über die Frage der weiteren geschäftlichen Behandlung erst nach Schluß der Diskussion abstimmen zu lassen. Es herrsche allgemein die Ansicht vor, daß in unserer Volksschulausbildung erhebliche Mängel enthalten seien, auf die gerade die Mängel im Fortbildungsschulwesen zurückzuführen seien. Um sie zu beseitigen, müsse man deshalb beim Volksschulunterricht beginnen. Kultusminister Holle erwidert: Die Erhebungen über das Fortbildungsschulwesen sind nicht ohne weiteres bei den Volksschulen zu verwerten. Die Erhebungen seien nur Stichproben. Ferner haben die Fortbildungsschulen mit einem sehr verschiedenartigen Schülermaterial zu rechnen. Das Problem für diese Schulen, einen einheitlichen Lehrplan und eine einheitliche Lehrmethode aufzustellen, werde sich nicht lösen lassen. Immerhin werde es die Hauptaufgabe bleiben müssen, das Niveau der Volksschule zu heben. In Betracht komme hauptsächlich bei der Volksschule Entlastung des Lehrerstandes, Herabsetzung der Frequenz der Klassen und Verbesserung der Unterrichtsmethode. Ganz würden sich die Mängel aber niemals beseitigen lassen. Abg. Ditfurth (K.) kann nicht anerkennen, daß auf Grund des vorliegenden Materials über die Fortbildungsschulen auf irgendwelche Mängel im Volksschulwesen geschlossen werden könnte. Jedenfalls dürfte die Volksschule nicht mit Stoff überlastet werden und der Unterricht dürfe sich nicht in Details verlieren. Kesternich (Z.) verneint, daß die Volksschule schlechter geworden sei, wenn auch noch manches zu bessern sei. Vor allem müsse der Lehrermangel beseitigt werden. Durch den Lehrermangel werde hauptsächlich der Lehrerwechsel gefördert. Zu erwägen sei; ob nicht zu Gunsten der drei Grundpfeiler der Volksschulen „Lesen, Schreiben und Rechnen" der Unterricht in den anderen Fächern einzuschränken sei. Die Hauptsache bleibe, daß alle Bekenner des Christentums Schulter an Schulter für die Volksschule kämpfen, ohne daß die Seele des Kindes schon durch konfessionelle Kämpfe vergiftet werde. Rzesnitzek (Fk.) erklärt, seine Freunde wären mit Verbesserungen auf dem vom Minister angedeuteten Wege einverstanden. Redner spricht sich für eine Verbesserung der Lehrerbesoldung, sowie Herabsetzung der Klassenfrequenz aus. Er befürwortet im weiteren Verlauf seiner Ausführungen eine Revision der allgemeinen Bestimmungen. Der Unterricht müsse auf eine breitere praktische Grundlage gestellt und die Kinder mehr mit den bürgerlichen Verhältnissen vertraut gemacht werden. Redner empfiehlt auch Förderung des Haushaltungsunterrichts für Mädchen, sowie eine genaue Abgrenzung der Befugnisse der einzelnen Schulaufsichtsbehörden. Kultusminister Holle führt aus, alle Anregungen würden gern geprüft werden. In Zukunft müßten die Lehrer in stärkerem Maße bei der Besetzung der Kreisschulinspektorstellen berücksichtigt werden. Die Lehrer der Präparandenanstalten und Seminare bedürften der Besserstellung in der Besoldung. Eine Dienstanweisung für die Rektoren würde demnächst erscheinen. Bezüglich der Lehrmethode sei eine Anweisung ergangen, eine tunlichste Bewegungsfreiheit der Lehrer zu gewähren. Der Minister betont schließlich, daß die Verhältnisse der Lehrer gehoben werden müßten. Das, was unsere Volksschulen geleistet haben, wäre ein Verdienst der Lehrer. Althoff (FVp.) verlangt vor allem eine Reform der inneren Organisation und der Lehrmethode der Volksschule. Ernst (FVg.) bezeichnet eine Revision des Volksschullehrplans als erforderlich und geht auf mehrere Einzelfragen ein. Hackenberg (NL.) rechtfertigt die Stellung des Antrages. Heckenroth (K.) dankt dem Minister für seine heutige Erklärung. Die Arbeit der Volksschule müsse von der Familie unterstützt werden. Glattfelder (Z.) tritt für eine Hebung des Lehrerstandes ein. Darauf wird der Antrag an die Unterrichtskommission verwiesen. Es folgt die Beratung des Antrages Bachmann (NL.) und Genossen, die Regierung zu ersuchen, Staatsmittel bereitzustellen, um besonders befähigten Volksschülern in größerem Umfang als bisher die weitere Ausbildung zu ermöglichen. Kultusminister Holle wies zunächst auf die schon jetzt für die Zwecke des Antrages bereitgestellten Mittel hin, gab aber zu, daß immer noch etwas geschehen könnte. Nur sei die Auswahl der zu Unterstützenden schwierig. Rzesnitzek (Fk.) beantragt Verweisung des Antrages an die Unterrichtskommission. Derselbe wird darauf der Unterrichtskommission überwiesen. Sodann wurde die zweite Beratung des Kultusetats bei dem Abschnitt „Elementarunterrichtswesen" fortgesetzt. Hierzu liegen mehrere Anträge auf Erhöhung der Ostmarkenzulage der Lehrer und Lehrerinnen in Posen und Westpreußen vor. Kultusminister Holle hält die Gewährung erhöhter Zulagen durch diesen Etat für nicht angängig und lehnte die vom Abg. Krüger-Marienburg, auch für die nicht gemischtsprachigen Bezirke gewünschten Zulagen ab. Die ganze Frage der Erhöhungen werde sich erst bei der Besoldungsfrage erledigen lassen. Natürlich werde eine Erhöhung eintreten müssen. Czarlinski (Pole) spricht sich gegen die Anträge aus. Nachdem hierauf die anderen Antragsteller ihre Anträge zurückgezogen hatten, wurde der Antrag v. Oldenburg, in ganz Posen und Westpreußen Zulagen zu gewähren, an die Kommission verwiesen, der auch die Vorlage, betreffend die Beamtenbesoldung überwiesen wird. Morgen, 11 Uhr: Fortsetzung der zweiten Beratung des Kultusetats. Schluß nach 4¼ Uhr.

**Berlin,** 17. Februar. Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte wurde heute Mittag in Anwesenheit von 7000 Personen, auch Podbielskis, im Zirkus Busch eröffnet.

**Berlin,** 17. Februar. Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte nahm einstimmig folgenden Beschluß an: Eingedenk seines Grundsatzes, des Volkes und des Vaterlandes Wohl über den Streit der politischen Meinungen zu stellen, begrüßt der Bund der Landwirte die vom Reichskanzler Fürsten Bülow eingeleitete Blockpolitik als den Versuch einer Verständigung im Kampfe für die Erhaltung und Förderung der nationalen Güter. Der Bund ist bereit, hierbei mitzuarbeiten, um die nationalen Ziele zu verfolgen. Ueber den Parteien stehend, lehnt er es jedoch ab, sich von der Verfolgung seiner, die allgemeine nationale Wohlfahrt erstrebenden wirtschaftlichen Ziele irgendwie abdrängen zu lassen.

**Berlin,** 17. Februar. Kriminalkommissar Müller ist auf sein Abschiedsgesuch hin vorläufig beurlaubt worden. Sein Verhalten war schon am Sonnabend aufgefallen. An Müllers Stelle ist in der Friedbergaffäre Kriminalkommissar Fischer getreten. Rechtsanwalt Caro wurde gestern auf freien Fuß gesetzt.

**Breslau,** 17. Februar. (Privattelegramm.) Der am Sonnabend begonnene Ausstand der Bergarbeiter auf der Zinkerzgrube „Victoria" bei Dombrowa hat sich, wie die „Schlesische Zeitung" aus Beuthen erfährt, auch auf die über Tage beschäftigten Arbeiterinnen ausgedehnt. Von 229 Arbeitern der Vormittagsschicht sind heute 68 erschienen. Auch auf der Zinkerzgrube „Neuhof" des Fürsten Henckel zu Donnersmarck ist ein Ausstand der Arbeiterinnen ausgebrochen, von denen 160 der Arbeit fernblieben. Als Grund des Ausstandes wird Unzufriedenheit mit dem neuen Knappschaftsstatut angegeben.

**Hirschberg,** 17. Februar. (Privattelegramm.) Auf der Strecke von Hirschberg nach Boberröhrsdorf wurden, wie der „Bote aus dem Riesengebirge" meldet, heute Vormittag bei dem starken Schneesturm zwei Streckenarbeiter überfahren und sofort getötet.

**Homburg,** 17. Februar. Gegenüber einer anderslautenden Meldung des „Berliner Tageblatt" teilt der „Taunusbote" mit, daß an maßgebender Stelle von einer Agitation der Taunuskurorte gegen die geplante Taunus-Automobil-Rennbahn nichts bekannt sei.

**London,** 17. Februar. Das Reutersche Bureau meldet aus Teheran, das Parlament habe gestern die Entlassung des Ministers des Innern verlangt und dem Kabinett im allgemeinen seine Unzufriedenheit ausgesprochen.

**Portsmouth,** 17. Februar. Beim Verlassen des Hafens erhielt der Torpedobootzerstörer „Lightning" durch einen Zusammenstoß mit einer Boje ein Leck in der Seite und begann zu sinken. Durch vorläufige Verstopfung des Lecks aber wurde das Schiff gerettet und ins Dock gebracht.

**Paris,** 17. Februar. Kammer. In der Fortsetzung der Debatte über die Einkommensteuer zeigte der Finanzminister, daß die Gemäßigten ein Vorurteil gegen jede Steuerreform hätten. (Beifall.) Aynard wünschte den inquisitorischen Charakter der Vorlage gemildert zu sehen.

Die Generaldebatte über die Einkommensteuervorlage wurde beendet und der Uebergang zur Spezialdebatte mit 487 gegen 56 Stimmen beschlossen. Dann erfolgte Schluß der Sitzung.

**Petersburg,** 17. Februar. (Meld. d. Petersb. Tel.-Ag.) Die Petersburger Drahtmeldung eines auswärtigen Blattes, nach der leitende Kreise sich zur Frage eines eventuellen Krieges keineswegs ablehnend verhalten und sogar den Krieg als Ausweg aus der schwierigen inneren Lage betrachten, ist vollständig unbegründet.

**Kalkutta,** 17. Februar. Die Kolonnen des Generals Willcocks und des Oberstleutnants Roor-Keppels vereinigten sich im Vormarsch auf das Dorf Chinar. Gegen stärkere feindliche Kräfte, die von einer Höhenzuge die große Transportkolonne des englischen Expeditionskorps angriffen, ließ General Willcocks durch das Begleitdetachement dieser Kolonne einen Gegenangriff machen, den er mit Teilen der Hauptkolonne und den Geschützen unterstützte. Die Anhöhe wurde genommen. Auf englischer Seite ist ein Mann tot, zwei sind schwer verwundet.

**Johannesburg,** 17. Februar. Hier wurden in der letzten Nacht zwei heftige Erderschütterungen verspürt.

**Washington,** 17. Februar. Der deutsche Botschafter Freiherr Speck von Sternburg erklärt, daß die in Amerika veröffentlichten Nachrichten, welche das Vorhandensein eines geheimen Vertrages zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Türkei andeuten und besagen, daß Deutschland durch seine Weigerung, die für Macedonien in Aussicht genommene Reformmaßregeln zu unterstützen, in Europa Beunruhigung errege, der Wahrheit nicht entsprechen. Deutschland werde im Einklang mit dem Mürzsteger Programm Oesterreich-Ungarn und Rußland volle Unterstützung gewähren und tue sein möglichstes, um die in der Frage der Bahnkonzessionen auf dem Balkan hervorgetretene Spannung zu beseitigen, wobei es anscheinend den besten Erfolg habe.

**Pittsburg,** 17. Februar. Das Wasser des Allighanystromes fällt langsam. Ueber 20 000 Mann sind infolge des Hochwassers beschäftigungslos geworden und vermehren so die bisher große Anzahl der Arbeitslosen. Tausende Menschen flüchten in die zweiten Stockwerke der Häuser. Die Lebensmittel gelangen durch Polizeibeamte in Booten zur Verteilung. Niedrige Schätzungen beziffern den durch das Hochwasser angerichteten Schaden auf zwei Millionen Dollars.

## Briefkasten.

(Als Merkzeichen, unter dem die Antwort erfolgen soll, ist ein Buchstabe und eine Ziffer anzugeben.)

**W. M. B.** Ein solcher Verein besteht. Näheres erfahren Sie vielleicht bei Herrn Gustav Tuch, Große Allee 7.

**G. 12.** Oberflächliche, vermöge ihres Sitzes nicht hinderliche Narben von erlittenen Verletzungen und Operationen schließen die Fähigkeit zum Dienst mit der Waffe nicht aus.

**J. H. 13.** 1. Besten Dank; das Gedicht ist nicht druckreif. 2. Die Schulpflicht endet mit dem Ende des Schuljahres, in das die Vollendung des 14. Lebensjahres fällt.

**M. 1885.** Das diesbezügliche österreichische Gesetz ist uns leider nicht bekannt. Vielleicht erhalten Sie in der Kanzlei des österreichisch-ungarischen Konsulats, Schlüterstraße 2, geöffnet von 9½—1 Uhr, die gewünschte Auskunft. Sollte dies nicht der Fall sein, dann wenden Sie sich an die „Arbeiter-Zeitung", Wien VI/1, Mariahilferstraße 89.

**C. J. 1908.** Beide Fragen können wir leider nicht beantworten.

**L. G.** Die Wahl ist noch nicht erfolgt.

**A. W. 56.** Kommen Sie einmal in unsere Sprechstunde.

**F. B. 61.** Wir glauben nicht, daß diese Münze einen besonderen Wert hat. Erkundigen Sie sich einmal bei einem der auf Seite 230 im III. Abschnitt des Adreßbuches aufgeführten Münzhändler.

**Eine Unwissende.** Kommen Sie in unsere Sprechstunde.

**Eine Mutter.** Sprechen Sie gelegentlich einmal in der Redaktion vor.

**J. B. 33.** Ihr Kind muß bis zum Ende des Schuljahres die Schule besuchen.

**Eimsbütteler Chaussee 99.** Sie haben keinen Anspruch auf Erstattung der Beiträge.

**Christian 50 a.** Sie müssen sich an den Vorsteher eines Postamtes wenden.

**H. D.** Das ist gestattet.

**P. 80.** Die Polizei hat ja leider das Recht, ohne Angabe von Gründen Ausländer auszuweisen. Ob sie in diesem Falle auch davon Gebrauch machen wird, ist aber fraglich.

## Angeordnete Aufgebote.

**Standesamt Nr. 1.**

Carl Johann Friedrich Malchow mit Sophie Marie Elisabeth Scheper. — Hermann Heinrich Hansen mit Elsa Minna Emma Möller. — Celso Enrico Fanti mit Frieda Kubelck. — Eduard Iwan Wilhelm Müller mit Frieda Anna Johanna Wulf.

Hamburg, den 15. Februar 1908.

**Standesamt Nr. 2.**

Johann Hinrich Kock mit Catharina Magdalena Doris Berkau. — Ferdinand Otto Georg Butiny mit Pauline Louise Bertha Ende. — Friedrich Wilhelm Koch mit Anna Albertine Adele Lobert. — Albert Reinhold Kaltwasser mit Maria Auguste Hartmann. — Albert Eberleh mit Anna Kettner.

Hamburg, den 14. Februar 1908.

**Standesamt Nr. 20.**

Otto Erdmann Richard Berghaus mit Josephine Emilie Sierakowsky. — Friedrich Wilhelm Johann Gustav Lier mit Auguste Dorothea Nicolaisen. — Johannes Reuter mit Anna Elise Vetter. — William George Franz John Teglau mit Charlotte Georgine Wilhelmine Frederichs.

Hamburg, den 15. Februar 1908.

**Standesamt Nr. 21.**

Jakob Friedrich Bruhn mit Auguste Mathilde Rauhut. — Max Stieper mit Ida Cathinka Behrens.

**Standesamt Nr. 21a.**

Ernst Heinrich August von Gehlen mit Anna Maria Magdalena Rosemeier. — Carl Julius Heinrich Franck mit Wilhelmine Christiane Friederike, verw. Koscheda, geb. Boss. — Julius Heinrich Robert Schultz mit Marie Caroline Henriette, verw. Klingenstein, geb. Braasch. — Ludwig Ferdinand Waldemar Riedel mit Erna Marie Meier. — August Friedrich Carl Walter mit Margarete Auguste Theodore Stelter.

**Standesamt Nr. 22.**

Markus Heinrich Martin Christiansen mit Hedwig Anna Elisabeth Grimm. — Arnold Carl Heinrich Schossing mit Metta Maria Koppelmann. — Ernst Richard Ranisch mit Martha Anna Sophia Theresia, geb. Möller, verw. Asmussen. — Wilhelm August Heinrich Lemcke mit Martha Minna Anna Eisenhardt. — Carl Bernhard Ludwig Topp mit Maria Margaretha Bostel.

**Standesamt Nr. 23.**

Samuel Paca mit Gottliebe Pawellet. — Hermann Otto Schaffrath mit Anna Luise Maria Johannsen. — Friedrich Wilhelm Ludwig Eduard Otto Bobzin mit Martha Herrmann. — Carl Otto Wolf mit Luise Frieda Marie Schmetzdorf. — Hermann Wilhelm Heinrich Schmidt mit Frieda Helene Juliane Marie Liste. — August Eduard Porschke mit Johanna Peters. — Johann Gustav Blank mit Marie Minna Emma Wolff. — Johannes Henkel mit Maria Magdalena Ley. — Maximilian Ludwig Rudolf Georg Hellmich mit Anna Marie Louise Griggas. — Hermann Heinrich Diedrich Brolmeier mit Marie Caroline Adolphine Grüttner.

Hamburg, den 14. Februar 1908.

## Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Hamburg (Deutsche Seewarte).

**Witterungsübersicht vom 17. Februar.**

Im südlichen Teile des gestern Morgen vom hohen Norden bis nach dem Mittelmeer reichenden, fast ganz Europa bedeckenden Tiefdruckgebiets hatte unser Bezirk bei etwas böigen westlichen Winden nordwestlicher Herkunft meist kühleres Wetter mit wechselnder Bewölkung und nach etwas stärkeren nächtlichen Regenfällen vielfach noch etwas Regen; die Temperatur stieg auf 5—7 Grad und sank Nachts auf 1—2 Grad und stellenweise bis auf den Gefrierpunkt. Heute Morgen ist das Wetter wenig verändert mild und wolkig bei leichten bis mäßigen nordwestlichen Winden.

Während sich das genannte Tiefdruckgebiet ostwärts verlagert hat, ist ein neues Tiefdruckgebiet vom Ozean schnell herangeschritten und bedeckt bereits die Britischen Inseln; ein trennender Keil hohen Drucks reicht nordwärts über die Nordsee nach Südnorwegen.

Unter dem Einfluß des neuen Tiefdruckgebiets ist mildes, ziemlich trübes Wetter mit lebhafteren, zunächst nordwestlichen Winden und der Eintritt von Regenfällen zu erwarten.

**Aussicht für die Witterung am 18. Februar.**

**Nach starkem Anwachsen des Windes veränderlich, mehrfach Regenfälle; ziemlich starke Westwinde; mild.**

**Meteorologische Beobachtungen.**

W. Campbell & Co. Nachfolger.

Hamburg, 17. Februar, Mittags 12 Uhr.

| Thermometer (°C.) Mittags | Maximum | Minimum | Barometer (mm) | Wind | Atmosphäre |
|---|---|---|---|---|---|
| + 5,4 | + 9,8 | + 3,3 | 760,0 | NW | wolkig |

**Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg**

am 18. Februar:

Flut: 2 Uhr 15 Min. | Ebbe: 6 Uhr 45 Min.

## Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Versammlungen, von denen uns Kenntnis gegeben wird.

Vereine:

Dienstag, den 18. Februar, Abends 8½ Uhr: **Oeffentliche Frauenversammlung in Schiffbeck**, bei A. Reithwisch. — **Bildhauer**, im Gewerkschaftshause. — **Distrikt Uhlenhorst**, bei Linke, Mühlenkamp 41. — **Fabrikarbeiter**, im Gewerkschaftshause. — **Sozialdemokratischer Verein für den zweiten Wahlkreis**, bei Vorwohle, Neustädterstraße 41/43. — **Hafendistrikt**, bei Henning, Niedernstraße 79. — Abends 9 Uhr: **Freie Turnerschaft von Barmbeck-Winterhude**, bei Bukowiecki, Mühlenkamp 34. — **Buchbinder**, im Gewerkschaftshause.

Krankenkassen:

Dienstag, den 18. Februar, Abends 8½ Uhr: **Sterbekasse „Brüderschaft am Stadtdeich"**, bei Hannemann, Baukstr 51/53.

Mittwoch, den 19. Februar, Abends 8½ Uhr: **Gr. Vereinskrankenkasse (E. H. 220)**, bei Osterhof, Langestraße 50, Altona. — **Gr. Arbeiterkrankenkasse „Victoria"**, bei Seidel, Gr. Rosenstraße 32/36.

# Erste Beilage zum Hamburger Echo Nr. 41.

Dienstag, den 18. Februar 1908.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

## Nachweislich viel Geld.

In den letzten beiden Tagen ist uns wieder eine Fülle von mündlichen und schriftlichen Beschwerden von Personen zugegangen, die auf Darlehnsangebote, die in hiesigen kapitalistischen Zeitungen — „Fremdenblatt“, „General-Anzeiger“, „Neue Hamburger Zeitung“ — inseriert waren, hineingefallen sind. Es handelt sich nicht nur um die Familie Brandt und ihre verschiedenen Agenten, in deren geschickt ausgeworfenem Netz die bedauernswerten Leute — übrigens zumeist Angehörige des sogenannten kleinen gewerbetreibenden Mittelstandes — hängen geblieben sind, sondern auch um eine ganze Reihe anderer Geldnegocianten hier und auswärts, die durch ein Heer von Agenten, worunter sich teilweise auch wieder Angehörige der Familie Brandt befinden, Jagd machen auf vertrauensselige Leute, die sich vorübergehend in Geldverlegenheit befinden und durch Aufnahme eines kleinen Darlehns ihr Geschäft und ihre Existenz zu bessern hoffen. Das Material, das uns vorliegt, zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie ungeheuer groß der Krebsschaden sein muß, der in diesen Zuständen liegt. Wie groß und einträglich das Geschäft sein muß, das die Geldausbieter machen, kann man schon daran ersehen, daß sie täglich oder fast täglich in den verschiedenen bürgerlichen Zeitungen die ja außerordentlich teuren Inserate erscheinen lassen. Und gewiß ist die Summe, die sie für diese Inserate ausgeben, sehr viel geringer als die, die sie von ihren Opfern in so müheloser Weise vereinnahmen. Denn umsonst macht man derartige Geschäfte ganz gewiß nicht.

Aus der Fülle von Fällen, die uns heute wieder zugegangen sind, möchten wir einige recht charakteristische hier noch einmal darstellen. Ein Mann X. wünschte ein Darlehn von M. 200. Er mußte bei einem Agenten von Emil Brandt erst einmal die übliche Gebühr erlegen, dann bei Emil Brandt selbst und erhielt schließlich, obwohl er einen mit M. 3000 versicherten schuldenfreien Hausstand als Sicherheit und einen Sohn, der seit 10 Jahren in fester Stellung ist und M. 3000 Jahresgehalt bezieht, als Bürgen anbot, keinen Pfennig Darlehn. Freilich wurde ihm das Darlehn erst dann endgültig verweigert, als er die Aufforderung Emil Brandts, sich für ihn als Agent zu etablieren, der ihm Darlehnsucher zuführen sollte, energisch zurückwies. Man sieht, daß Emil Brandt jederzeit auf Vergrößerung des Geschäfts bedacht ist. Je mehr Zutreiber, je mehr Verdienst!

Ein anderer Fall: Ein Mann Y. wünschte ein Darlehn von M. 700 zur Etablierung eines Geschäfts, zu dessen Ankauf sein eigenes Vermögen nicht reichte. Er fiel auf eine Annonce im „General-Anzeiger“ hinein und ging zu Eduard Brandt, Kielerstraße 25. Dort mußte er erst einmal M. 10,50 bezahlen, wobei ihm Eduard Brandt sagte: Bürgen brauche er für das Darlehn nicht. Dann erhielt er von Emil Brandt, Ausschlägerweg 32, die Mitteilung: Herr Eduard Brandt, Vertreter in Hamburg, habe ihn, Emil Brandt, mit der Erledigung beauftragt. Im Prinzip sei er geneigt, das Darlehn zu gewähren, Y. solle nur sofort M. 5 für Einholung der Auskunft usw. einbezahlen. Das geschah. Doch er erhielt die Antwort, daß er das Darlehn nicht erhalten könne, da er für M. 1400 nicht gut sei. Dabei hatte er nur M. 700 verlangt. Nach einigen Tagen hatte Y. sich einiges Geld von einem Bekannten verschafft, so daß er nun nur noch M. 450 brauchte. Diese wollte er nun wenigstens von Emil Brandt sich zu verschaffen suchen. Er ging also wieder zu demselben. Zuerst mußte er wieder M. 5 bezahlen. Dann wurde er aufgefordert, einen Bürgen zu bringen. Er brachte einen Bürgen, einen hiesigen Handwerksmeister. Doch nun erhielt er die Mitteilung, daß auch das Darlehn von M. 450 nicht gegeben werden könne, weil der Bürge nicht gut sei für M. 900. Als Y. nochmals vorstellig wurde, sagte ihm Emil Brandt: er solle ein Darlehn von M. 450 haben, wenn auch die Frau des Bürgen mit Bürgschaft leiste. Aber auch dann könne er das Darlehn nur auf drei Monate haben und gegen Wechsel und müsse außer 6 pZt. Zinsen an Emil Brandt auch noch 3 pZt. für dessen Bemühungen zahlen. Das waren wieder Bedingungen, auf die der Darlehnssucher nicht eingehen konnte und von denen man von vornherein annehmen mußte, daß er nicht darauf eingehen konnte. Bemerkenswert bei diesem Falle ist auch noch, daß Emil Brandt sich 3 pZt. für seine Bemühungen berechnen wollte, obwohl doch in allen Inseraten immer ausdrücklich Darlehn von „hiesigem Selbstgeldgeber“ angekündigt werden. Eine Wendung, die eigentlich in jedem Falle eine bewußte Unwahrheit — oder um in der Sprache des § 263 Strafgesetzbuches zu reden: die Vorspiegelung einer falschen oder Unterdrückung einer wahren Tatsache — enthält, denn alle die Agenten des Emil Brandt sind keine „Selbstgeber“, sondern sie schicken eben die Darlehnssucher, nachdem sie sie gerupft haben, an den angeblichen Geldgeber Emil Brandt. Und gerade diese Unwahrheit ist es, wie uns von vielen Opfern versichert wird, die die Leute veranlaßt, zu den Inserenten zu gehen, um von ihnen ein Darlehn zu erbitten. Ein Moment, das auch für die Staatsanwaltschaft nicht ganz ohne Interesse sein dürfte.

In einigen Fällen ist es den Darlehnssuchern gelungen, ihr Geld oder einen Teil desselben von Brandt zurück zu erhalten. So erhielt ein Tischler, der an Emil Brandt M. 21 einbezahlt hatte, diese zurück, als er ihm nach der Verweigerung des Darlehns arg zusetzte. Ein Zigarrenhändler, der M. 3 an Eduard Brandt gezahlt hatte, erhielt M. 1,50 zurück. Derselbe Zigarrenhändler wandte sich dann an einen Agenten Warnke, Steindamm 17, part., der ihm M. 2 abnahm und ihn dann an einen Zigarrenhändler auf St. Pauli als den angeblichen Geldgeber schickte. Bei dem sollte der Geldsucher wiederum einen Betrag einzahlen. Als er sich dessen weigerte, wurde er vertröstet. Nach einigen Tagen, während welcher er den angeblichen Geldgeber vergeblich persönlich zu sprechen versucht hatte, suchte er an ihn zu telephonieren, aber er erhielt keinen Anschluß. Als er sich bei der Telephon-Aufsicht nach dem Grunde erkundigte, wurde ihm die Mitteilung, daß der Angerufene seine Telephongebühren nicht bezahlt habe und deshalb vom Telephonamt gesperrt sei. Und solche Leute bieten Darlehn aus. Wer sich da noch nicht über die Natur dieser Geschäfte klar ist, dem ist nicht zu helfen. Aber die bürgerlichen Blätter, die nicht genug schimpfen können über die Sozialdemokratie, die den Mittelstand vernichten wolle, bringen noch täglich derartige Inserate weiter und machen sich dadurch zu Mitschuldigen der Ausplünderer.

Uebrigens hat nun auch Brandts Agent, Fritz Wolff, gemeint, an uns schreiben zu müssen. In einem langen Briefe teilt er uns mit, daß er auf Grund bestimmter Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Führung seines Geschäfts berechtigt sei. Ob auch nach dem Wortlaut des Strafgesetzes, möchten wir bezweifeln. Jedenfalls soll dafür gesorgt werden, daß die Staatsanwaltschaft diese Frage einmal prüft.

## Parteinachrichten.

**Jr. Jules Guesde,** der seit langen Jahren schwer leidend ist, zieht sich auf ärztliches Anraten für ein Jahr von jeder Teilnahme am politischen Leben zurück. Er wird dieses Jahr außerhalb Frankreichs verbringen. Genosse Guesde, der bereits das 62. Lebensjahr überschritten hat, ist infolge seines Leidens seit Jahren an jeder Tätigkeit fast gänzlich verhindert. Der einst glänzende Redner hat während der zwei Jahre, die er der Kammer wieder angehört, noch nicht eine Rede gehalten. Er spricht fast nur mehr auf den Jahreskongressen der Partei oder in kleinem Kreise. Wir wünschen im Interesse der Arbeiterbewegung, daß der greise Begründer und Vorkämpfer der sozialistischen Partei nach dem wohlverdienten Jahre der Ruhe mit neuen Kräften zurückkehren möge.

**Ueber den diesjährigen sozialdemokratischen Parteitag,** der bekanntlich in Nürnberg tagen wird, hat das „Berl. Tagebl.“ mitzuteilen gewußt, daß er Anfang September zusammentreten und daß die Agrarfrage den Hauptgegenstand der Beratung bilden wird. Der Karlsruher „Volksfreund“ hat diese Meldung aufgegriffen. In Wirklichkeit sind, wie der „Vorw.“ feststellt, über die Tagesordnung des Parteitages noch keinerlei Beschlüsse gefaßt.

**Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages** hat es abgelehnt, die Einladung des Ministers v. Marschall zum parlamentarischen Abend am 20. Februar anzunehmen. Vor zwei Jahren nahm sie offiziell teil. Die parlamentarische Vertretung unserer Partei handelt gewiß im Einverständnis mit der gesamten Arbeiterschaft, wenn sie sich weigert, mit den Vertretern einer Regierung außerparlamentarischen Umgang zu pflegen, die durch die Verfassungsverletzung im Fall Schäufele die schnödeste Mißachtung der Volksrechte bekundet hat.

## Tages-Bericht.

Montag, den 17. Februar.

### Hamburg.

**Achtung, zweiter Wahlkreis!** Die zu morgen (Dienstag, 18. Februar) angesetzte Mitgliederversammlung, in der Genosse Dr. Laufenberg referieren wird, findet nicht bei Springborn (vormals Tütges Etablissement), sondern bei Vorwohle, Neustädterstraße, statt, worauf wir zur Vermeidung von Irrtümern ausdrücklich hinweisen.

### Errichtung einer Marktanlage am Deichtor.

Eine umfangreiche Vorlage ist, wie schon in der Sonntagsnummer kurz erwähnt, erschienen: Der am 4. Juli 1906 wegen der Marktfrage niedergesetzte bürgerschaftliche Ausschuß hat nach fast zwanzigmonatiger Tätigkeit seinen Bericht, 32 Folioseiten umfassend, abgestattet; als Referent zeichnet Dr. Schramm. Im wesentlichen schließen sich die Vorschläge des Ausschusses den Senatsanträgen an, namentlich wird an dem Platz beim Deichtor festgehalten; M 4 282 225 rät der Ausschuß hierfür zu bewilligen. Jedoch wird eine Anzahl von Bedingungen gestellt, um deren Genehmigung die Bürgerschaft den Senat ersuchen möge. Die Ausschußanträge lauten: Die Bürgerschaft beschließt, unter Ueberreichung dieses Berichts, 1. daß für die Errichtung einer Marktanlage am Deichtor nach Maßgabe der vorgelegten Pläne, jedoch unter Ablehnung des beantragten Verwaltungsgebäudes, eines Teils der unterirdischen Kasematten und der eisernen Einfriedigungen an der Deichtorstraße, und der zwei Durchgangstunnel unter der Deichtorstraße, gemäß den Kostenanschlägen vom 11. Juni 1906 und 10. Juli 1907 der Betrag von M 4 282 225 und die durch Höherlegung der Deichtorstraße entstehenden Kosten aufgewendet und die Finanzdeputation ermächtigt werde, diesen Betrag bestmöglichst durch Anleihe zu beschaffen, unter folgenden Bedingungen: a) daß durch Höherlegung der Deichtorstraße ein gerader Durchgang von etwa 20 m Breite von dem Platze A auf den Platz B geschaffen werde; b) daß an Stelle der projektierten zwei Ueberdachungen zwei mit Wänden versehene und architektonisch ausgebildete Markthallen im Werte von M 215 280 und M 264 845 erbaut werden; c) daß entweder in der Nähe der Marktanlage zur Unterbringung der Verwaltungsräumlichkeiten (Wohnungen für zwei Marktaufseher ausgeschlossen) ein Haus gekauft oder zu diesem Zwecke Räumlichkeiten in einem Hause gemietet oder durch einen Aufbau die Verwaltungsräumlichkeiten auf der Markthalle auf Platz B untergebracht werden sollen; d) daß ein Vertrag mit dem Konsortium der Südfruchthändler nur auf der Basis abgeschlossen wird, daß auch nicht dem Konsortium Angehörige gegen anteilige Uebernahme der Kosten berechtigt sein sollen, in dem Südfruchtschuppen Waren auszustellen; e) daß eine Barkasse zum Zwecke der Kontrolle während der Zeiten des Marktverkehrs auf dem Oberhafenkanal stationiert werde; f) daß eine für den Verkauf von Pflanzen und Blumen bestimmte Halle auf dem Marktplatz oder in der Nähe errichtet werde; g) daß nach Errichtung dieser Marktanlage der Hopfenmarkt von jeglichem Handel freigehalten und auf ihm ein Schmuckplatz angelegt werde; 2. daß das für jeden Markt zu erhebende Stellgeld auf 10 ₰ für den Quadratmeter und, soweit die Waren von Wagen aus feilgeboten werden, auf 50 ₰ für Einspänner und 75 ₰ für Zweispänner festgesetzt werde; daß ferner für die mietweise Ueberlassung der unterirdischen Marktkasematten eine Gebühr von 5 ₰ für den Quadratmeter und jede angefangenen 24 Stunden zur Erhebung gelange und daß diese Sätze in den Gebührenschragen der Polizeibehörde vom 26. Mai 1905 (G. S. I. 26) eingestellt werden. Die Bürgerschaft spricht den Wunsch aus: 1. daß bei dem Bau der zwei Markthallen und Anlegung der Kasematten darauf Rücksicht genommen werde, daß die überdachten Marktflächen ohne große Bauvornahme erweitert werden könnten; 2. daß Einrichtungen getroffen werden, die es ermöglichen, daß die Aufstellung der Wagen der Zwischenhändler möglichst an allen Seiten der Plätze A und B stattfinden könne. Die Bürgerschaft ersucht den Senat um seine Zustimmung zu diesem Beschlusse.

### Ansiedlung von Fischern in Cuxhaven.

Die Bürgerschaft hat am 27. Februar 1907 den Antrag des Senats Nr. 163 vom 16. September 1904, betreffend Ansiedlung von Fischern in Cuxhaven, abgelehnt. Wie sich aus dem Bericht des zur Prüfung der Frage niedergesetzt gewesenen Ausschusses ergibt, ist von diesem die Ablehnung hauptsächlich deswegen empfohlen worden, weil damals in Cuxhaven ein Fischmarkt nicht bestand, an dem dort anzusiedelnde Fischer ihre Fänge hätten absetzen können. Nachdem inzwischen, so heißt es in dem schon kurz erwähnten neuen Senatsantrage, staatsseitig die zum Betriebe eines Fischmarktes erforderlichen Anlagen und Einrichtungen getroffen sind, die Versorgung des Marktes durch eine entsprechend große Anzahl von Fischdampfern gesichert erscheint und die Eröffnung des Betriebes schon in nächster Zeit erfolgen wird, kommt der Senat, nachdem wiederum eine Anzahl von Finkenwärder Fischern aus freien Stücken um Ueberlassung von Hausplätzen in Cuxhaven gebeten hat, auf seinen früheren Antrag zurück. Für den Antrag sprechen noch die gleichen Gründe, die schon früher angeführt wurden: Der erhebliche Zeitverlust, den der Segelfischer heute auf der langen Flußfahrt erleidet, spricht in erster Linie dafür, den Platz, an dem der Fischer seine Fänge an Land bringt, nach Cuxhaven zu verlegen. Während das Fischerfahrzeug heute während eines erheblichen Teiles der Betriebszeit lediglich Transportfahrzeug ist, würde es die jetzt für den Flußweg verwendete Zeit, sobald die Fänge schon in Cuxhaven gelöscht werden können, für den Fang ausnutzen und damit den Jahresertrag vergrößern können. Ferner kommt noch in Betracht, daß die Flußfahrt mit den kleinen Segelfahrzeugen infolge des von Jahr zu Jahr zunehmenden Schiffsverkehrs große Anforderungen an den schon durch die Anstrengungen der Fangreise ermüdeten Schiffsführer stellt. Schließlich wird es möglich sein, die in Cuxhaven gelandeten Seefische mit der Eisenbahn sehr viel schneller dem Konsum zuzuführen, als es bisher möglich war. Als Fischeransiedlung kommt wieder der schon früher empfohlene, zwischen Meyerstraße und Grodenerchaussee belegene etwa 13 000 Quadratmeter große Platz in Betracht, der in einzelne, 160 Quadratmeter große Hausplätze aufgeteilt werden soll. Der Hausplatz soll dem Fischer eigentümlich überlassen werden; in den ersten 15 Jahren soll dafür kein Entgelt, vom 16. Jahre ab eine jährliche Rente von 3 pZt. des auf M. 8 für den Quadratmeter festgesetzten Wertes des Grundstückes entrichtet werden. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus dem in der Anlage beigefügten Wortlaut der Bedingungen für die Ansiedlung. Es wird voraussichtlich in Frage kommen, einzelne der Plätze auch anderen Fischereiinteressenten unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen zu überlassen. Da sich zur Zeit noch nicht genügend übersehen läßt, welche Fälle in Frage kommen können, wird die Entscheidung darüber dem Senat überlassen werden können. Der Senat beantragt nunmehr, die Bürgerschaft wolle es mitgenehmigen: daß die Finanzdeputation ermächtigt werde, auf dem zwischen der Meyerstraße und der Grodenerchaussee in Cuxhaven belegenen Staatsgelände Hausplätze an Fischer und mit Genehmigung des Senats auch an andere Fischereiinteressenten zu übertragen; daß ein Betrag von M 20 000 zur Entschädigung von vierzig nach Cuxhaven übersiedelnden Finkenwärder Fischern nachträglich in das diesjährige Budget der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe eingestellt werde.

### Bei der Bürgerschaft eingegangene Senatsanträge.

Ein Senatsantrag wirbt für Beschaffung der Mobiliarausrüstung für das 15klassige Volksschulgebäude, Laeiszstraße 12, M 20 000. — Eine Nachbewilligung von M 10 200 für den Neubau der Volksschule Böhmkenstraße 5/6 ist erforderlich. — Ferner ersucht der Senat die Bürgerschaft, sich einverstanden erklären zu wollen, daß für die Südseite des zwischen Schulweg und Emilienstraße belegenen Teiles der Osterstraße eine Straßenlinie mit den in den §§ 103 und 105 des Baupolizeigesetzes vorgesehenen Wirkungen vorgeschrieben, auch die Verbreiterung dieses Straßenteiles zur Ausführung gebracht und der ersten Sektion der Baudeputation der Betrag von M 126 500 für Straßenbaukosten zur Verfügung gestellt und nebst den Kosten des Grunderwerbs dem Stadterweiterungs- und Grunderwerbsfonds entnommen werde. — Des weiteren ersucht der Senat die Bürgerschaft, es mitgenehmigen zu wollen, daß unter den Bedingungen der am 16. Januar d. J. von der Finanzdeputation vor der Schätzungskommission geschlossenen Verträge die auf dem Lageplan der Domänenverwaltung vom 6. Februar dieses Jahres mit Nr. 1089 bezeichnete Fläche Staatsgrund am Lerchenfeld, sowie die za. 900 Quadratmeter große Anschlußfläche an der zu verlängernden Birkenau an F. A. Riechers Söhne, und die daselbst bezeichnete, za. 400 Quadratmeter große Anschlußfläche an der zu verlängernden Birkenau an C. F. H. Wachtmann überlassen werden; daß der ersten Sektion der Baudeputation der Betrag von M 57 500 für Kosten der Verlängerung der Straße Birkenau und Anschluß derselben an die Straße Finkenau, sowie M 7500 für Verlegung des Werkstatt- und Bureaugebäudes der fünften Ingenieurabteilung, auch der Deputation für die Stadtwasserkunst der Betrag von M 1050 für Veränderung der Wasseranschlüsse der Grundstücke Oberaltenallee Nr. 16 und 18 zur Verfügung gestellt und die Finanzdeputation ermächtigt werde, die genannten Beträge dem Stadterweiterungs- und Grunderwerbsfonds zu entnehmen. — Sodann richtet der Senat das Ersuchen an die Bürgerschaft, es mitzugenehmigen: 1. daß die aus dem Grundriß vom 26. Oktober 1907 ersichtliche Straßenlinie für die Westseite der zwischen dem Neß und der Großen Bäckerstraße belegenen Strecke der Straße Brodschrangen mit den in den §§ 103 und 105 des Baupolizeigesetzes bezeichneten Wirkungen vorgeschrieben werde; 2. daß die Finanzdeputation ermächtigt werde, eine Ueberbauung der durch die beiden Eckabstumpfungen abgeschnittenen Flächen unter den näher zu vereinbarenden Bedingungen, sowie unter der Voraussetzung zuzulassen, daß der Luftraum über diesen Flächen bis zu einer Höhe von 3,5 Meter über der in der Grundstücksgrenze angewiesenen Straßenhöhe von jeder Bebauung freigehalten wird. — Eine Erwiderung des Senats, betreffend Verkauf eines Platzes an der Gärtnerstraße an den Vorstand der Markuskirche, Hoheluft, geht dahin: Auf den Antrag des Senats vom 23. Oktober v. J. hat die Bürgerschaft am 13. November v. J. beschlossen und den Senat um seine Mitgenehmigung ersucht, daß die auf dem Vermessungsriß vom 21. Juni/19. September v. J. mit Nr. 270 A I bezeichnete, 1063,4 Quadratmeter große Fläche Staatsgrund, belegen Eppendorf, Gärtnerstraße, für den Kaufpreis von M 26 585 an den Vorstand der Markuskirche, Hoheluft, überlassen werde, unter der Bedingung, daß der Käufer von der Summe des Kaufpreises gleich M 15 951 und den Rest von M 10 634 innerhalb eines Jahres bezahlt. Nachdem der Vertrag mit dem Vorstande der Markuskirche nunmehr dahin geändert worden ist, daß demselben der Platz für das Gemeindehaus unter den von der Bürgerschaft gewünschten Zahlungsbedingungen zu freiem Eigentum überlassen wird, erklärt sich der Senat dem Antrage der Bürgerschaft zustimmig, so daß jetzt ein übereinstimmender Beschluß von Senat und Bürgerschaft vorliegt.— Eine andere Vorlage geht auf Aenderungen im Beamtenetat der Münze. Der Senat ersucht die Bürgerschaft um ihre Mitgenehmigung dazu, daß unter Wegfall der Stelle des Betriebsingenieurs bei der Münze und unter Entbindung des Münzdirektors von den Pflichten eines Eichinspektors das Eichamt einem Eichinspektor als Vorsteher des Haupteichamts mit dem Gehalte der Klasse A 9 unterstellt werde; 2. bei der Münze die Stelle eines Münzmeisters der Klasse A 6 geschaffen und daß das entsprechende Gehalt mit M 3400 in das Budget der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe für 1908 eingestellt werde.

**Erlaß einer Gebührenordnung für den Fischmarkt in Cuxhaven.** Durch Beschluß vom 5. Februar d. J. hat die Bürgerschaft dem Antrage des Senats vom 16. Dezember v. J., betreffend Erlaß einer Gebührenordnung für die Benutzung des Fischmarktes in Cuxhaven, ihre Mitgenehmigung nur hinsichtlich der Bestimmungen des ersten Absatzes des Entwurfs unter 1. und der des zweiten und dritten Absatzes erteilt unter Vorbehalt der Beschlußfassung über die Ziffern 2. und 3. des ersten Absatzes des Entwurfes und unter dem Ersuchen an den Senat, diesem Beschlusse der Bürgerschaft seinerseits zuzustimmen. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Eröffnung des Fischmarktes in Cuxhaven will der Senat dieser Trennung seiner Anträge und der gesonderten Beschlußfassung über die Einzelheiten derselben seine Zustimmung erteilen. Es liegt somit bezüglich der Bestimmungen des ersten Absatzes und des Entwurfes unter 1. und der Bestimmungen seines zweiten und dritten Absatzes ein übereinstimmender Beschluß von Senat und Bürgerschaft vor.

**Errichtung eines 30klassigen Volksschulgebäudes nebst Zeichensaal und Turnhalle am Bullenhuserdamm.** Auf Grund Beschlusses von Senat und Bürgerschaft vom 30. April/9. Mai 1906 ist ein am Bullenhuserdamm belegener Platz in einer Größe von 4000 Quadratmetern für den Bau eines 30klassigen Volksschulhauses angekauft worden. Die Pläne für diesen Neubau, dessen alsbaldige Herstellung mit Rücksicht auf die Zunahme der Bevölkerung im Billwärder Ausschlag geboten erscheint, liegen jetzt vor und haben die Billigung sämtlicher beteiligten Behörden gefunden. Die Gesamtkosten des Gebäudes belaufen sich auf M. 497 000. Der Senat hat dem Entwurf seine Zustimmung erteilt und beantragt, indem er die Baupläne und den Kostenanschlag der Baudeputation auf der Kanzlei der Bürgerschaft niederlegt, die Bürgerschaft wolle es mitgenehmigen, daß nach Maßgabe der vorgelegten Baupläne, vorbehältlich kleinerer bei der Ausführung der Arbeiten sich als zweckmäßig ergebenden Aenderungen, der Neubau eines 30klassigen Volksschulgebäudes nebst Zeichensaal und Turnhalle im Billwärder Ausschlag am Bullenhuserdamm mit einem Kostenaufwande von M. 365 000 für das Schulgebäude nebst Turnhalle, M. 68 500 für tiefere Fundierung, M. 24 500 für Geländeaufhöhung und Nebenanlagen und M. 32 500 bezw. M. 6500 für die Ausrüstung des Schulgebäudes bezw. der Turnhalle errichtet werde und daß diese Beträge als untereinander nicht verschiebbare Posten mit M. 300 000 in das Budget der Baudeputation, Sektion für den Hochbau und das Ingenieurwesen, für 1908 und mit M. 197 000 in dasselbe Budget für 1909 eingestellt werden.

**Beschreibung einer Zentralmarktanlage am Deichtor** ist der Titel einer von Ernst Müller, M. d. B., verfaßten Broschüre, die soeben im Verlage von Otto Meißner hierselbst erschienen ist. Sie enthält das Projekt, das der Verfasser dem betr. bürgerschaftlichen Ausschusse überreicht hat. Der Ausschuß hat eine ablehnende Haltung eingenommen.

o. **Die sanitären Einrichtungen** in den hiesigen Feilenhauerbetrieben sind außerordentlich mangelhafte. Weil alle Hinweise in der Fachpresse nichts gefruchtet haben, so hat sich der Metallarbeiterverband im vorigen Jahre an die Gewerbeinspektion gewandt, um wenigstens die schauderhaftesten Zustände zu beseitigen. Dies wurde auch zugesagt, ein Resultat ist jedoch bisher noch nicht zu verzeichnen.

o. **Auf dem Wege zur Einsicht?** Die am Sonnabend und Sonntag hier abgehaltene Gaukonferenz des Gaues Nordwest des Textilarbeiterverbandes war nicht polizeilich überwacht. Das wäre natürlich auch hier ebenso total überflüssig gewesen, wie es überall ist. Lägen nicht die eigenartigen Aeußerungen des Polizeirats Roscher aus jüngster Zeit vor, der allen Ernstes die dringende Notwendigkeit solcher Vergeudung von Zeit und Arbeitskraft der Beamten und der Groschen der Steuerzahler zu „beweisen“ suchte, man könnte versucht sein, anzunehmen, daß unsere Polizei endlich eingesehen hätte, daß sie auf dem falschen Wege wandelte. Aber es wird wohl nur ein Zufall sein, daß kein Polizeibeamter da war.

o. **Die Schneidermeister** rechnen mit einem Lohnkampf in diesem Frühjahr. Sie fordern ihre Kundschaft auf, ihre Aufträge schon jetzt aufzugeben, da es fraglich sei, ob sie zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt werden könnten.

**Nur ringfreie Milch.** Die im „Feensaal“ abgehaltene Generalversammlung des Zentralvereins der selbständigen Milchhändler in Hamburg und Umgegend hat beschlossen, keinen neuen Vertrag mit dem Milchring abzuschließen, vielmehr verpflichtet sich der Verein, fortan nur ringfreie Milch zu beziehen.

**Vorlesungswesen der Oberschulbehörde.** Dienstag, 18. Februar 1908. Rechts- und Staatswissenschaften. Amtsrichter Dr. Matthaei: Grundzüge des Arbeiterversicherungsrechts: Die Leistungen der Unfallversicherung. Die Aufbringung der Mittel. Der Rechtsweg. Von 8—9 Uhr im Hörsaale B des Johanneums. Einlaßkarten nicht erforderlich. — Rechtsanwalt Dr. Sarling: Konversatorium des bürgerlichen Rechts. Für Juristen. Von 7—9 Uhr im Hörsaale A des Johanneums. — Professor Dr. Rathgen: Moderne Handelspolitik. Für Kaufleute. Von 9—10 Uhr im Hörsaale A. Einlaßkarten erforderlich. — Literatur und Sprachwissenschaften. Dr. Benno Diederich: Hamburger Dichter unserer Zeit: Otto Ernst. Von 8—9 Uhr in der Aula des Wilhelmgymnasiums. Einlaßkarten nicht erforderlich. — Physik. Professor Dr. Classen: Besprechung neuerer naturphilosophischer Richtungen (Häckel, Ostwald, Mach, Boltzmann, Poincaré). Von 8—9 Uhr im großen Hörsaale der Staatslaboratorien an der Jungiusstraße. Einlaßkarten nicht erforderlich. — Professor Dr. Classen: Experimentalphysik, für Lehrer und Lehrerinnen. Von 2—3 Uhr im Physikalischen Staatslaboratorium. — Prof. Grimsehl: Praktische Uebungen für den physikalischen Unterricht. Von 7½—9½ Uhr in der Oberrealschule auf der Uhlenhorst. Teilnehmerkreis geschlossen. — Zoologie. Dr. Dräseke: Vergleichende Anatomie des Hirnstammes der höheren Säugetiere. Im Anschluß hieran Einführung in die allgemeine Kenntnis des menschlichen Hirnstammes. Mit Demonstrationen von Präparationen und Vorführung von Lichtbildern. Erster Vortrag: Der Hirnstamm der höheren Säugetiere. Von 8—9 Uhr im großen Hörsaale des Naturhistorischen Museums, Steintorwall. Einlaßkarten nicht erforderlich. Professor Dr. Michaelsen: Zoologisches Praktikum für Lehrer. Von 1½—3½ Uhr Kirchenallee 47, II. Professor Dr. Ahlborn: Zoologische Uebungen für Lehrer und Lehrerinnen. Von 5—7 Uhr im Realgymnasium. Teilnehmerkreis geschlossen. — Botanik. Professor Dr. Klebahn: Niedere Kryptogamen: Rostpilze. Von 6—7 Uhr im Hörsaale des Botanischen Gartens. Einlaßkarten nicht erforderlich. Professor Dr. Voigt: Untersuchen und Bestimmen pflanzlicher Rohstoffe des Handels. Für Kaufleute. Von 7½—9 Uhr im neuen Institutsgebäude an der Jungiusstraße.

**Im Submissionswege ist übertragen worden:** Lieferung der Ausrüstungsgegenstände für die Mechanikerarbeiten in dem Neubau eines Verwaltungsgebäudes für das Waisenhaus an C. Flügge, F. Butzke u. Co. Akt.-Ges. für Metallindustrie, Filiale Hamburg; Lieferung von Mobiliar aus Eichenholz einschließlich aller Beschläge für das Generalzolldirektionsgebäude an Holzindustrie Pirna, Friedrich Hengst, Pirna.

**Städtisches Leihhaus St. Pauli,** Herrenweide 27, Eingang Reeperbahn 155. Fortsetzung der Auktion am Donnerstag, 20., und Freitag, 21. Februar d. J. Zum Verkauf kommen die in der Zeit vom 1. August 1906 bis Ende Januar 1907 versetzten und weder eingelösten noch prolongierten Preziosen, Gold- und Silbersachen. Die Auktion beginnt 9½ Uhr Morgens.

**Im Berufe seinen Tod gefunden** hat der Fensterputzer Klau. K. war in der Tornquiststraße mit dem Putzen der Scheiben an einem Hause im dritten Stock beschäftigt, als er das Gleichgewicht verlor und kopfüber in die Tiefe stürzte. Mit schweren Verletzungen schaffte man den Unglücklichen ins Eppendorfer Krankenhaus, wo er Sonnabend Nacht seinen Leiden erlag.

**Ein schrecklicher Unglücksfall mit tödlichem Ausgang** ereignete sich Sonnabend Nachmittag auf der Vulkan-Werft. Dort war an einem Drahtseil eines Flaschenzuges eine Last von 33 000 Kilo zum Herabwinden bereit, als während die Last frei in der Luft schwebte, das Drahtseil riß und die Last mit donnerähnlichem Krach zu Boden fiel. Die Last selbst traf glücklicherweise keinen der untenstehenden Arbeiter, aber das oben im Flaschenzug gerissene Drahtseil sauste, durch die Last mit einem ungeheuren Schwung gezogen, zu Boden und schlug einem Arbeiter beide Beine glatt ab. Ohnmächtig wurde der Bedauernswerte von seinen Kollegen vom Platz getragen und mittels Tragbahre dem Hafenkrankenhause zugeführt, wo man jedoch nur seine Leiche ablieferte. Der auf so schreckliche Weise ums Leben Gekommene hat, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, seinen Geist aufgegeben.

**Unglücksfall mit tödlichem Ausgang.** Am Sonnabend Abend kurz vor 8 Uhr lief am Neuen Pferdemarkt ein älterer Mann gegen einen dort haltenden Straßenbahnwagen. Der Mann fiel so unglücklich auf einen Kantstein, daß er bewußtlos liegen blieb. Mittels Krankentransportwagens wurde der Verunglückte dem Hafenkrankenhaus zugeführt, wo vom Arzt ein Schädelbruch konstatiert wurde. In der Nacht vom Sonntag auf Montag hat der Schwerverletzte seinen Geist aufgegeben. Der Verstorbene wurde als ein Kaufmann aus der Grindelallee rekognosziert.

**Zwei Schadenfeuer** beschäftigten in den frühen Morgenstunden am Sonntag die hiesige Wehr. Bei beiden Bränden war das Feuer zu spät bemerkt, als es schon große Verwüstungen angerichtet hatte. So am Alten Steinweg 61, Hinterhaus links, in einem, nur zu Geschäftszwecken dienenden dreistöckigen Fachwerkgebäude. Im ersten Stock, wo sich die Tischlerei von W. Schröder befindet, scheint das Feuer zum Ausbruch gekommen zu sein. Bei Ankunft des dritten Zuges war der erste Stock total ausgebrannt. Da das ganze Haus, welches mit seinem Inventar dem Feuer reichliche Nahrung bot, ein gewaltiges Flammenmeer bildete und die Nachbarhäuser bedrohte, wurde Zug 2 und 1 zur Hülfeleistung requiriert. Unter Leitung des Brandinspektors Krebs wurde das Feuer energisch aus drei Rohren bekämpft. Trotz der emsigen Tätigkeit und des schnellen Eingreifens der Wehr war es nicht möglich, das Feuer vom dritten Stockwerk, wo eine Tischlerwerkstatt von der Firma W. Kratzsch betrieben wird, fernzuhalten. Das große Holzmaterial wie auch die eigenartige Bauart boten dem Feuer neue Nahrung. Nach harter einstündiger Arbeit konnte der Brandinspektor Zug 1 zum Abrücken signalisieren, dem Zug 2 nach Verlauf einer Stunde folgte. Zug 3 hatte noch mit Nachlöschen und Aufräumungsarbeiten bis um 7½ Uhr zu tun und konnte dann unter Zurücklassung zweier Leute als Brandwache, welche um 10 Uhr Morgens eingezogen wurde, ins Depot abrücken. — Die beiden Tischlereien von Schröder und Kratzsch, sowie die Lackierwerkstatt von Keiner haben fast alles verloren, Material, bestellte Arbeit, Reparaturen rc. Eine im Parterre belegene Schlosserei von Vogelhaupt hat nur geringen Wasserschaden. Die im ersten Stock befindliche Tischlereifirma hat einen Teil des Stockwerkes an die Firma Dick, Gr. Burstah 29, abgegeben, die dort eine Schuhwaren-Reparaturwerkstatt im Betrieb hat. Hierher hatte das Feuer nicht gelangen können, da die Wehr von hier aus das Feuer bekämpfte.

Während die Feuerwehr unter Leitung des Brandinspektors Krebs noch am Alten Steinweg beschäftigt war, erging die Meldung von einem gefährlichen Dachstuhlbrand in den Colonnaden 50—54. Dort war in einem massiven fünfstöckigen Wohnhaus auf bis jetzt unaufgeklärte Weise ein Feuer zum Ausbruch gekommen, welches in kurzer Zeit den ganzen Dachstuhl vernichtete und auch die im 5. Stock belegenen mansardenartig gebauten Wohnungen in Mitleidenschaft zog. Da das Feuer erst um 6¼ Uhr, zu einer Zeit, wo am Sonntag Morgen fast alles schläft, bemerkt wurde, hatten die Mannschaften des ersten Zuges die Verantwortung, für die Rettung der schlafenden Hausbewohner zu sorgen, die, teilweise nur mit einem Hemd bekleidet, ins Freie gelangten. Viele benutzten eine nach dem Hofe führende eiserne Nottreppe. Aus 4 Rohren wurde das Feuer bekämpft, mit dem Ergebnis, daß es auf seinen Herd beschränkt wurde. Am meisten hat die im fünften Stock belegene Mansardenwohnung der Famile Bocholdt gelitten, wo das Feuer wohl seinen Herd fand. Der dort liegende Fußboden ist bis zur Deckenschalung des vierten Stockwerkes durchgebrannt. Die anderen Wohnlichkeiten haben mehr oder weniger gelitten. Um 10 Uhr kehrte der Zug unter Belassung einer Brandwache ins Depot zurück.

**Glücklich abgelaufen.** Der Sohn des Delikatessenhändlers Kaphengst, Düsternstraße, geriet am Sonntag Nachmittag gegen 5 Uhr unter den Wagen der elektrischen Straßenbahn. Man konnte den Jungen aber unversehrt unter dem Wagen herausholen. Der Schaffner des betreffenden Wagens führte den Jungen dem Vater zu. Der Unfall ereignete sich an der Stadthausbrücke.

**Einen Selbstmordversuch** machte ein Mann in einer Wirtschaft an den Vorsetzen. Nachdem er einen Grog getrunken, begab er sich nach dem Abort, um dort, nachdem er von innen zuriegelte, mehrere Male zu schießen. Als man die Toilette betrat, kam der Mann mit dem Revolver auf einen herbeigeholten Schutzmann zu und erklärte, die Absicht gehabt zu haben, Selbstmord zu begehen, dieses Vorhaben nun jedoch nicht mehr ausführen wolle, da er gesehen, welche Wirkung die Schußwaffe hat. Der Mann will vor einigen Tagen von auswärts gekommen und jetzt ohne Mittel sein, weshalb er den Selbstmordversuch machte. Er wurde vorläufig zur Wache sistiert.

**Verhaftet wurde ein längst gesuchter Telephonschwindler,** ein 34 Jahre alter Kutscher. Sein Manöver bestand aus einem vertraulichen telephonischen Gespräch, in dem er sich mit Wirten in Nähe von Güterabfertigungen einließ, und stets eine große angesehene Firma nannte, welche angeblich mit dem Wirt telephonisch verbunden, denselben ersuchte, einen von der telephonierenden Firma unterwegs befindlichen Kutscher, der mit dem Geld zur Abholung von Rollgütern zu kurz kommt, mit einigen Mark unter die Arme zu greifen, der Kutscher würde es in einigen Stunden zurückzahlen. Selbstredend war alles Schwindel, und bei einem neuen derartigen Versuch ist es nun gelungen, den Urheber, welcher stets von den Wirten das Geld als von der Firma gesandt „erliehen“, festzunehmen.

**Vier jugendliche Taugenichtse verhaftet.** Die Kriminalpolizei verhaftete drei 17jährige Lehrlinge und einen 15jährigen Fabrikarbeiter, welche geständig sind, einer Frau in der Alsterdorferstraße das Portemonnaie mit M. 17 entrissen zu haben. Des ferneren sind sie überführt, in einem Kolonialwarengeschäft in der Barmbeckerstraße M. 20 aus der Ladenkasse und für za. M. 20 Schokolade gestohlen zu haben.

**Jugendliche Missetäter.** Nachdem erst vor kurzem mehrere jugendliche Burschen wegen Ladenkassendiebstahls rc. in Haft genommen, so am Sonnabend vier junge Burschen wegen Straßendiebstahls, schritt man gestern zu der Verhaftung eines zwölf Jahre alten Schulmädchens, das einem kleinen Kinde in der Schleusenstraße Geld aus der Hand riß und damit entfliehen wollte. Auf das Geschrei des beraubten Kindes nahmen Passanten die Verfolgung auf. Das verhaftete Mädchen ist geständig, schon mehrfach derartige Räubereien ausgeführt zu haben.

**Der Dieb im Stadthause.** Am Sonntag Abend um 8 Uhr kam ein unbekannter Mann in das Stadthaus und fragte nach dem Sittenressort der Kriminalpolizei. Der Portier verwies ihn nach dem dritten Stock, wohin der Fragesteller sich auch wirklich begab. Doch nicht um eine Anzeige zu machen, sondern um einen fast neuen, unbeaufsichtigt hängenden Winterüberzieher über seinen alten zu ziehen und zu entführen. Der Bestohlene, ein Polizeiassistent, hofft, dank seiner langjährigen Praxis, den Dieb zu ermitteln.

**Einbruchsdiebstähle.** In einem Ausrüstungsgeschäft, Jacobstraße 31, wurden zirka 100 Taschenmesser, Brieftaschen und diverses Unterzeug im Werte von M. 420 gestohlen. — Denselben Erfolg fanden Diebe von einem Hof des Hauses Ernst Merckstraße 16 aus, wo sie nach Zertrümmern einer Scheibe den Riegel des Fensters öffneten und dem Zigarrenimporteur Lembke einen unerbetenen Besuch abstatteten. In einem erbrochenen Schreibpult fanden die Diebe außer einigen Postwertzeichen zirka M. 15 in bar. Hiermit nicht zufrieden, eigneten sie sich aus der Kasse noch M. 168,15 an und verschwanden auf dem gekommenen Wege. — Am Heußweg 90 fiel Einbrechern außer einem goldenen Kettenarmband mit Sicherheitskette noch eine goldene Halskette, woran ein Herz mit Opal, im Werte von M. 80 in die Hände.

**Ein berüchtigter Ladenkassendieb** wurde in St. Georg in der Person eines 24jährigen Schuhmachers ermittelt und verhaftet. Er hat mit Vorliebe Bäcker-, Milch- und Fleischerläden heimgesucht. Er hatte noch einen Complicen, den man gestern in St. Pauli verhaftete.

**Diebstähle.** Vom Staatszimmerplatz Amerikakai wurden einem Rohrleger ein Paar fast neue Schaftstiefel und ein Messer, zwei Arbeitern je einen Arbeitskittel und einem Zimmermann ein Bohrer gestohlen. Ein Einschleicher wußte sich in einer Wohnung, Große Allee 4, dadurch bemerkbar zu machen, daß er einen Mufflonpelzkragen und eine silberne Dose (Filigranarbeit) annektierte. Acht Messingstangen wurden Große Allee 9 entwendet. Aus einer erbrochenen Baubude Ecke Erich- und Friedrichstraße wurden die Materialien und Handwerksgeräte im Werte von M. 50 gestohlen. Mittels Nachschlüssels wurden Hohestraße 18 aus einer Kommode M. 50 gestohlen.

**Mitgegangen — Mitgefangen.** Ein 30 Jahre alter Kommis hatte von einem befreundeten gleichalterigen Italiener ein falsches Fünf-

markstück erhalten, um das Geldstück in Zahlung zu geben. Hierbei wurde das Falsifikat als ein solches erkannt und beschlagnahmt. Der Kommis, in die Enge getrieben, gestand, das Falsifikat von dem Italiener erhalten zu haben. Nunmehr mußten beide hinter die schwedischen Gardinen.

**In Haft kamen:** ein von der Staatsanwaltschaft zu Charlottenburg steckbrieflich wegen Betruges verfolgter Präparator; ein von der Staatsanwaltschaft zu Geestemünde wegen Raubes steckbrieflich verfolgter Gelegenheitsarbeiter in der Marienstraße 60; ein wegen Diebstahls gesuchter Schlosserlehrling aus Düsseldorf; ein Fabrikarbeiter wegen Sittenvergehens; ein Erdarbeiter wegen schweren Sittenverbrechens und Kuppelei; wegen schweren Sittenverbrechens ein 49jähriger Schiffskoch; wegen Gelegenheitsdiebstahls ein Marktarbeiter; ein Heizer wegen Betruges und Urkundenfälschung; wegen versuchten Betruges ein 27 Jahre alter Heizer; ein 60 Jahre alter Marktarbeiter, der sich in einem Hotel am Klostertor einschlich, und mit Bettzeug beladen auf seinem Heimweg ertappt wurde.

**Verscheuchter Einbrecher.** In der Badestraße 31 sah ein dort konditionierendes Dienstmädchen gestern Nachmittag einen Mann mit Einpacken von Silberzeug vor dem Silberschrank beschäftigt. Das Dienstmädchen schlug Lärm, worauf der Dieb das in einem Sack gepackte Silber liegen ließ und durch die Flucht entkam. Das in dem Sack befindliche Silber repräsentierte einen Wert von M. 1000.

## Wandsbeck und Umgegend.

× **Arbeitgeberorganisationen.** Auch die ländlichen Arbeiter werden in Bälde mit einem festgeschlossenen Unternehmertum zu rechnen haben, das vor allem auch den Grundsatz zu befolgen gedenkt, streikende oder ausgesperrte städtische Arbeiter nicht einzustellen. Der Bauernverein für das mittlere Stormarn wird sich in seiner nächsten Versammlung bereits mit der Sache befassen.

× **Der Kommunalverein Ost-Wandsbeck,** in welchem bekanntlich Herr Karsten Brandt eine führende Rolle spielt, zählt 219 Mitglieder. Pastor Heyer legte in der letzten Versammlung Protest dagegen ein, daß man die Bewohner des Ostens als „Ostmärker" bezeichne, denn man habe dort keine Polen. Danach scheint der geistliche Herr die Polen auf Hakatistenmanier für minderwertig zu halten.

× **Die Wandsbecker Lederfabrik A.-G.** hat im vorigen Jahre schlechte Geschäfte gemacht, wie schon aus den vor kurzem von uns veröffentlichten Mitteilungen zu entnehmen. Während 1906 noch 7 pZt. Dividende in die Taschen der Aktionäre flossen, bekommen die Herren heuer gar nichts. Und das, obwohl man mit großer Schneidigkeit sich die Forderungen der Arbeiterorganisationen, welche die Konkurrenz anerkannte, vom Halse zu halten gewußt. Indifferente Arbeiter sind eben nicht allemal eine Gewähr für den Unternehmerprofit, das muß nicht bloß Herr Jakob Heil erfahren, das zeigt sich auch bei noch „stärkeren" Herren.

× **Medizinische Statistik.** Im Dezember v. J. gelangten zur Anzeige 85 Lebend-, 5 Totgeburten, wovon 9 unehelich, und 52 Todesfälle, was die Geburtenziffer 32,31, die Sterbeziffer 19,77 ergibt. Von den Gestorbenen waren 17, gleich reichlich 32 pZt. Kinder bis zu 1 Jahre. Die Todesursache war Masern und Keuchhusten in je 1, Diphtherie in 2, Schwindsucht in 4, akute Darmkrankheiten in 5, akute Erkrankungen der Atmungsorgane in 6 Fällen. An meldepflichtigen Krankheiten gelangten zur Anzeige Masern und Keuchhusten in je 1, Scharlach und Diphtherie in je 6 Fällen.

× **Der Baufluchtlinienplan** der verlängerten Manteuffelstraße ist förmlich festgestellt und liegt vom 17. Februar bis 2. März im Stadtbauamt zur Einsicht aus.

× **Der Bahnübergang an der Goethestraße** ist wegen Geleiseverlegungen dieser Tage mehrfach für den Fuhrwerksverkehr gesperrt, u. a. auch am Sonntag, 23. d. Mts., von 9 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Nachmittags.

× **Eine Erhöhung der Steuersätze** ist im diesjährigen Etat der Stadt Wandsbeck nicht vorgesehen, obwohl derselbe um M. 293000 höher abschließt, als der vorjährige, und zwar mit M. **2373000.**

× **Ein Kleinbahnidyll.** Hatten da dieser Tage ein hiesiger Klempnermeister und ein Harburger Reisender in den Dörfern an einer benachbarten Kleinbahn geschäftlich zu tun. Auf einer Station Fahrkarten für die Weiterfahrt lösend, schob der eine versehentlich ein als Andenken aufbewahrtes großes Zwanzigpfennigstück hin. Sofort geriet der Herr „Vorsteher" in Erregung; das sei falsches Geld. Und als gar der zweite Fahrgast statt einer Mark ein Zehnpfennigstück auf den Tisch legte, ward er ganz verwirrt. Unsere Geschäftsleute fuhren weiter, nichts Böses ahnend. Sie staunten nicht wenig, als unterwegs plötzlich ein Gendarm ins Abteil trat und sie mit aller allen Widerspruch von vornherein tötenden Bestimmtheit aufforderte, ihre Schätze vorzuweisen. Natürlich stellte sich heraus, daß sie kein falsches Geld bei sich führten. Der Stationsvorsteher hatte, wie sich herausstellte, in aller Eile dem Zugführer zugeraunt, mit was für gefährlichen Burschen er zu tun gehabt, und dieser hatte schleunigst den Hüter der Ordnung gerufen. Natürlich waren sie ziemlich kleinlaut, als sie später zur Rede gestellt wurden.

× **Die hier beschäftigten Ausländer** wurden, wie man uns mitteilt, dieser Tage auf das Meldebureau geladen, wo man ihnen eröffnete, entweder müßten sie eine M. 5 kostende Legitimationskarte lösen, die in Berlin ausgestellt wird, oder sie müßten das preußische Staatsgebiet verlassen. Da keine Bedenkzeit gegeben wurde, willigten die Leute natürlich ein.

---

**Steilshop.** Am Sonnabend, 15. Februar, fand eine von der Sozialdemokratischen Partei einberufene Volksversammlung im Lokale des Herrn Schumann, „Forsthof", statt. Es hatten sich trotz des schlechten Wetters zirka 250 Personen eingestellt. Der Referent, Genosse Struve aus Altona, kritisierte sehr eingehend das neue Reichsvereins- und Versammlungsgesetz. Hierauf sprach noch der Genosse Sobota aus Hamburg. Beiden Rednern wurde reicher Beifall zu teil. Die bekannte Resolution fand einstimmige Annahme.

**Schiffbeck.** Die Anmeldung der zu Ostern d. J. schulpflichtig werdenden Kinder für die evangelische, sowie für die katholische Schulabteilung hat in der Zeit von 10 bis 12 Uhr Vormittags Montag, den 17., Dienstag, den 18., Donnerstag, den 20., und Freitag, den 21. Februar, zu erfolgen. Die Anmeldungen werden im Rektoratszimmer, 1. Schulgebäude, Hamburgerstraße 69, entgegengenommen. Mitzubringen sind die standesamtliche Geburtsurkunde, der Tauf- und Impfschein. Für die in Schiffbeck getauften Kinder wird der Taufschein nicht verlangt.

## Hamburger Landgebiet.

**Bergedorf.** Eine große öffentliche Wählerversammlung mit der Tagesordnung: Die bevorstehende Wahl zur Bürgervertretung (Referent: H. Stubbe-Hamburg) findet heute, Dienstag, den 18. Februar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn O. Wandtke (St. Petersburg) statt. Sämtliche Kandidaten sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Unbeschränkte Redefreiheit ist selbstverständlich auch den Gegnern zugesichert.

k. **Curslack.** Eine gründliche Abrechnung mit dem Herrn Th. Heins, früher Harburg, und jetzt Sekretär des wirtschaftlichen Schutzverbandes, diesem „kühnen" Streiter in der Versammlung am 2. Februar hierselbst, ist gestern in einer von sozialdemokratischer Seite einberufenen, außerordentlich stark besuchten öffentlichen Versammlung bei E. Wulf vorgenommen worden. Wohlweislich war in jener Versammlung am 2. Februar diejenige Partei, gegen welche die Anwürfe des Herrn Heins erfolgen sollten, die Sozialdemokratie, von vornherein ausgeschlossen. Man hatte eben nur diejenigen zu dieser Versammlung eingeladen, welche in Curslack und Neuengamme ihren Wohnsitz haben und von denen man nur zu gut wußte, daß unter diesen kein einziger sei, welcher den Referenten in irgend einer Weise ad absurdum hätte führen können. Um dem Herrn Th. Heins Gelegenheit zu geben, seine Behauptungen zu wiederholen und auch zu beweisen, war demselben unter Zusicherung vollster Redefreiheit brieflich und auch durch die Zeitungen unsere Einladung zu dieser Versammlung übermittelt worden. Zu unserer Freude konnten wir denn auch die Tatsache konstatieren, daß er, entgegen der Gepflogenheit der Gegner, sonst unsere Einladungen unbeachtet zu lassen, wenn das brenzlich scheint, mit mehreren seiner politischen Freunde erschienen. Genosse Schaumburg, Hamburg, welcher das Thema: Die Sozialdemokratie und ihre Gegner oder warum müssen die Landbewohner Sozialdemokraten sein? behandelte, verstand es vorzüglich, so nebenbei die Behauptungen des Herrn Heins vom 2. Februar zu entkräften, darauf hinweisend, daß die Ideen und demzufolge auch die Forderungen der Sozialdemokratie sich so fundamental und folgerichtig auf den historischen Ueberlieferungen aufbauen, daß es ein leichtes sei, alle diese immer und immer wieder aufgefrischten Ladenhüter und die Beschimpfungen und Verleumdungen der Gegner zu widerlegen. Herr Heins, der wohl wußte, wie diesmal der Wind wehte, war außerordentlich zahm, bedankte sich freundlichst für die höfliche Einladung und meinte, sonst sei es immer unmöglich gewesen, sozialdemokratische Versammlungen besuchen zu können, wegen der Animosität der Sozialdemokraten gegen Andersdenkende; er selbst habe vor einigen Jahren böse Erfahrungen in einer Versammlung in Postmoor bei Horneburg gemacht, wo die Versammlung unbeschreiblichen Radau aufgeführt habe. Dann suchte er seine Ausführungen vom 2. Februar, die die Zuhörer und durch deren Mitteilungen natürlich auch Schaumburg völlig mißverstanden hatten, abzuschwächen, und versuchte natürlich auch die Ausführungen Schaumburgs in verschiedenen Punkten zu widerlegen, dabei wieder den sehr alten Kohl vom Terrorismus, den Trauerfahnen von 1870 und noch verschiedenes Andere aufwärmend. Da der Herr weiter wußte, daß etwa ein Drittel der Versammlung auf seiner Seite stand und die Schwäche seiner Position ihm selbst immer deutlicher wurde, ging er schließlich vom anständigen Kampf zu dem perfiden Mittel über, durch ein Kaiserhoch die Sozialdemokraten hineinlegen zu wollen. Aber kaum waren die Worte: „So lassen Sie uns denn zum Schluß einstimmen in ein Hoch . . . . „dem Gehege seiner Zähne entflohen, als laut und alles übertönend die Glocke des Vorsitzenden, Genossen Wiesner-Bergedorf, erschallte und die niederträchtige Absicht vereitelte. Er half sich dann damit aus der Patsche, daß er ein Hoch ausbrachte auf das deutsche Vaterland, das wir wohl alle zum Wohle sämtlicher Bewohner ausgestaltet sehen möchten, und in dieses stimmten denn auch die Sozialdemokraten kräftig mit ein. Nachdem bei der entsetzlichen Hitze in dem überfüllten Lokale eine kleine Erholungspause beschlossen worden, nahm Genosse Schaumburg wieder das Wort. Und Herr Heins machte ein sehr verdutztes Gesicht, als unser Genosse, dem Herr Heins eine ganze Reihe von Fragen in der ihm eigenen prätentiösen Art gestellt und das Versprechen der Veröffentlichung mehrerer Schriften verschiedener Art im „Hamburger Echo" verlangt hatte, dazu überging, zunächst seine Terrorismusmärchen zu zerpflücken und dabei die Postmoorer Versammlung und ein eigenes Erlebnis mit Herrn Heins und seinen Freunden in Buchholz schilderte. In Postmoor hatte seinerzeit Genosse Krause das Referat. Bei der Hinfahrt waren dann in sein Coupé auf dem unterelbischen Bahnhof in Harburg die Herren Heins, Tiemann, Verleger der „Harb. Zeitung" und einige andere in dasselbe Coupé gestiegen. Da man Krause nicht kannte, dieser sich auch völlig teilnahmslos zeigte, ward schon im Zuge ein Schlachtplan entworfen, die Versammlung in Postmoor zu sprengen, Tiemann sollte Bureauwahl verlangen und dann sollte das Bureau, das man in die Hände zu bekommen hoffte, statt dem sozialdemokratischen Referenten dem Herrn Heins das Wort erteilen. Dem hatte Genosse Krause vorgebaut, indem er, in Horneburg angekommen, mit dem Vorsitzenden Müller-Harburg sich vom Wirt des Lokals das Hausrecht übertragen ließ. Und als programmgemäß der Herr Tiemann dann loslegte und die anderen sekundierten, war der überwachende Gendarm veranlaßt worden, den Störer des Hausrechts hinauszutun. Die über die Vereitlung ihres Planes Empörten hatten dann gelärmt und nicht die Sozialdemokraten. Das Erlebnis Schaumburgs in Buchholz bestand darin, daß man ihn aus einer öffentlich bekanntgemachten Versammlung deshalb hinauswarf, weil er nicht erklären wollte, einer der nationalen Parteien anzugehören. Nachdem Schaumburg mit sarkastischem Humor diese Mitteilungen gegeben hatte, unter immer kräftiger werdendem Gelächter der Versammlung, und daran gezeigt hatte, wer die wahren Terroristen sind, hatten Herr Heinz und seine Freunde plötzlich keine Zeit mehr und erklärten, fort zu müssen. Loyalerweise gab Schaumburg dann das Versprechen, von weiteren Angriffen abzustehen, wenn Herr Heinz nicht mehr bleiben könne. Als aber auch die Curslacker Freunde des Herrn Heinz das Lokal verlassen wollten, meinte Schaumburg: „Aber meine Herren, warum wollen Sie uns denn auch verlassen? Wollen Sie denn haben, das nachher eventuell von Ihnen gesagt wird, Sie seien nur die Hammelheerde des Herrn Heins?" Unter dem Lachen der übrigen setzten sich dann die Herren wieder und hörten den weiteren eindringlichen Auseinandersetzungen über die Verkehrtheit unserer heutigen Zustände aufmerksam zu. Genosse Wiesner ergänzte zum Schluß noch die Ausführungen des Referenten. Die Versammlung hatte ungemein anregend gewirkt.

k. **Horst-Altengamme.** Hier fand am Sonntag Nachmittag eine Versammlung im Lokale von Carsten Hinsch statt, die von einigen 40 Personen besucht war. Genosse Emil Krause-Hamburg referierte über „Die gegenwärtige politische Lage und die liberal-reaktionäre Blockpolitik". Die Versammelten folgten mit Aufmerksamkeit den Darlegungen des Referenten über die politischen Vorgänge seit Auflösung des Reichstages im Dezember 1907 und stimmten seiner Schlußfolgerung zu, daß weder von der Regierung, noch von den sogenannten liberalen Parteien des Reichstages irgend eine Wahrnehmung der Interessen der breiten Massen des Volkes zu erhoffen sei, sondern daß einzig Verlaß auf die Sozialdemokratie sei und daß jedermann deshalb die Pflicht habe, sich den sozialdemokratischen Vereinen anzuschließen, die sozialdemokratische Presse zu abonnieren und zu lesen und auch sonst für die sozialdemokratische Partei tätig zu sein. Genosse Wiesner-Bergedorf ergänzte die Ausführungen des Referenten wirksamst. Nachdem aus der Versammlung heraus noch eine Reihe Fragen an den Referenten gestellt und von diesem beantwortet waren, wurde auf Wunsch aus der Versammlung beschlossen, am Sonntag in acht Tagen eine Mitgliederversammlung für die Angehörigen des sozialdemokratischen Vereins für den dritten Hamburger Wahlkreis abzuhalten.

**Allermöhe.** In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung im Lokale des Herrn Steffens, „Zur Bergedorfer Schleuse", sprach am Sonntag Nachmittag Genosse Emil Fischer-Hamburg unter lebhaftem Beifall über die Sozialdemokratie und ihre Gegner, dabei die Tätigkeit des Hamburger Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie berücksichtigend. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

## Harburg und Wilhelmsburg.

**Gegen den Vereinsgesetzentwurf** hat die Wilhelmsburger Parteileitung zusammen mit der Hamburger Kartellkommission für Sonntag, 1. März, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale von W. Stüben am Vogelhüttendeich, eine große Protestversammlung geplant. Jede Gewerkschaft wird jetzt schon darauf hingewiesen, daß sie unter ihren Mitgliedern für diese Versammlung agitieren, damit ein Massenbesuch zu stande kommt.

r. **In einer lebensgefährlichen Lage** schwebte in letzter Nacht ein Oberländer Schiffer. Als er sich auf sein im Kleinen Grasbrookhafen belegenes Fahrzeug begeben wollte, glitt er vom Steg ab und stürzte ins Wasser. Zum Glück konnte sich der Mann an einem Gegenstand festhalten. Seine Hülferufe wurden erst nachdem er eine halbe Stunde im Wasser zugebracht hatte, gehört. Der Bedauernswerte, der bald erstarrt wäre, wurde dann gerettet.

r. **Bei dem Standesamt in Wilhelmsburg** gelangten in der Zeit vom 6. bis 12. Februar zur Anzeige: 32 Geburten, darunter 4 uneheliche, 6 Aufgebote, 9 Eheschließungen und 12 Sterbefälle, darunter ein uneheliches Kind.

**Die Haussuchung in dem Diebesnest in der Laugenstraße** hat noch ein ganzes Warenlager von Sachen zu Tage gefördert, das zum Teil von Diebstählen herrührt, die gar nicht angezeigt worden sind. Originell ist jedenfalls der Fund von lebenden wie gebratenen Enten. Ein beträchtlicher Teil von Gold- und Silberwaren wurde noch in einem Garten in Neuland vergraben vorgefunden. Die Sachen waren größtenteils zerschlagen und beschädigt. Ueber die Festnahme der Täter ist noch zu berichten, daß nicht die Schwägerin, sondern die Stieftochter des verhafteten Mademann festgenommen, später aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurde.

**Auf den Vortragsabend,** der heute, Dienstag Abend, von seiten des Bildungsausschusses im Lokale von C. Suhr stattfindet, weisen wir nochmals hin.

## Mecklenburg.

**Der Kampf um Verfassung und Wahlrecht.**

Der geschäftsführende Ausschuß des mecklenburgischen liberalen Landesvereins schlägt vor, die Verfassung für die beiden Mecklenburg wie folgt zu gestalten: Der Grundbesitz muß teilbar und frei von allen Beschränkungen als Lehnfideikommiß- und anderen Verpflichtungen und Berechtigungen sein. Der Zersplitterung des kleinen Besitzes muß hingegen vorgebeugt werden. Ueberall auf dem Lande sind die Bewohner der Dörfer als Gemeinden in rechtsfähigen Korporationen mit überall gleichen Rechten zusammenzufassen. Die Gemeinde- oder Dorfversammlung besteht aus den jetzt im Domanium berechtigten Mitglieder unter Vermehrung der Vertreter der Büdner und Häusler und unter Zuziehung von Vertretern der Einwohner ohne Grundbesitz. Die häuslichen Dienstboten bleiben unvertreten. Die Schöffen werden von der Dorfversammlung gewählt, und zwar auf bestimmte Zeit. Ebenso der Schulze. Dessen Wahl bedarf der Genehmigung der Behörde. Solche darf einem Manne, der im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sich befindet, nicht verweigert werden, wenn er nach der Ablehnung durch die Behörde zum zweiten Male mit zwei Drittel Mehrheit gewählt wird. Die Ausgaben der Gemeinde, soweit solche nicht aus der Pacht für Gemeindeländereien oder durch Zinsen aus etwaigem Gemeindevermögen bestritten werden, werden durch eine Gemeindesteuer aufgebracht. Solche wird in Form eines Zuschlags zu der direkten Landessteuer erhoben. Die Jagd wird der Gemeinde gegen Entschädigung überlassen. Die Art und Weise der Ausübung der Jagd wird durch Gesetz geregelt. Die Kirche erhält eine Synodalverfassung mit genügender Vertretung des Laienelements. Die Patronatsrechte und Pflichten werden für das ganze Land einheitlich gestaltet. Die Prediger sind Mitglieder der Dorfversammlung sowie des Schulvorstandes. Die Lehrer stehen in bezug auf ihre Lehrtätigkeit unter der Aufsicht von fachlich gebildeten, staatlich angestellten Schulinspektoren, nicht der Pastoren. Die Lehrer sind als solche Mitglieder des Schulvorstandes mit beratender Stimme. Der Lehrer und, wenn mehrere in einem Dorfe vorhanden sind, wenigstens der erste Lehrer, ist Mitglied der Dorfversammlung.

Wir müssen es ja bald erleben, ob die Liberalen ihren Worten entsprechenden Nachdruck folgen lassen werden. Darauf kommt's an!

Auch die mecklenburgische Sozialdemokratie wird ihren Kampf ums Wahlrecht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln führen. Die „Mecklenb. Volksztg." schreibt: „Man bekommt vor uns nicht mehr Ruhe, wir werden solange schreien, bis man es satt kriegt. Wir werden agitieren, bis den Feinden der Arbeiterklasse selber angst wird vor den Folgen dieser Agitation. Wir wollen nicht mehr nur geduldete Menschen sein, die für die andern zu arbeiten haben, wir wollen mit Herren sein in dem Lande, in dem wir leben, wir fordern das gleiche Recht solange, bis man es uns gibt. Wir schreien nach Gleichberechtigung, bis sie uns gewährt wird!"

---

## Soziale Rundschau.

**Reichsversicherungsamt und Bauarbeiterschutzkommission.** Kürzlich erwähnten wir, daß auf eine Eingabe der Bauarbeiterschutzkommission von Frankfurt a. M. an das Reichsversicherungsamt über verschiedene Mißstände die Antwort erfolgte, das Reichsversicherungsamt habe keinen Grund, die Berichte der Berufsgenossenschaften in Zweifel zu ziehen, und habe nach Prüfung der Sachlage nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß in Frankfurt a. M. in bezug auf den Bauarbeiterschutz „die gröbsten Fahrlässigkeiten begangen" werden, oder „unhaltbare Zustände" bestehen. Das Reichsversicherungsamt scheint inzwischen anderer Ansicht geworden zu sein, denn am vergangenen Donnerstag wurde, wie die „Frankf. Volksst." mitteilt, unserem Genossen Kaiser der Besuch des Herren Geheimen Regierungsbaurats Professor Hartmann-Berlin zuteil, der nach Frankfurt gekommen war, um sich dienstlich davon zu überzeugen, daß die Beschwerden übertrieben sind. Besser wäre es vielleicht gewesen, diese Fahrt nach Frankfurt vor der Erteilung der eigentümlichen Antwort zu unternehmen. Er kam aber noch nicht zu spät, um noch einzusehen, daß die Eingabe, und nicht die Berufsgenossenschaft recht hatte. Am Donnerstag wurde zunächst eine theoretische Erörterung gepflogen, und am Freitag Vormittag unternahm dann der Vertreter des Reichsversicherungsamts gemeinsam mit unserm Baukontrolleur eine Kontrolle an den in der Eingabe bezeichneten Bauten und fand so ziemlich alles bestätigt, was seitens der Kommission berichtet worden ist. Der Herr Rat hat zugeben müssen, daß die gröbsten Fahrlässigkeiten bestehen, und hat vor allen Dingen erklärt, daß die Vorschriften der Berufsgenossenschaft nicht eingehalten werden. Sein Vertrauen in die Vertreter derselben hat einen argen Stoß bekommen und wiederholt hat er seine Verwunderung über ihr Verhalten Ausdruck gegeben. In der kurzen Zeit der Besichtigung wurden vier Bauten von ihm notiert, wo Anzeige erstattet werden soll. Auch über die Art der Kontrolle und das Kartensystem auf dem Bureau ließ sich der Herr Regierungsbaurat genau informieren und gab Genossen Kaiser die Versicherung, daß diese Reise zweifellos dazu beitragen wird, die Frage des Bauarbeiterschutzes im Sinne der Eingabe zu fördern: denn jetzt habe er sich überzeugt, daß die dort gemeldeten Mißstände nicht übertrieben sind. Man wird ja sehen, ob es etwas hilft und ob nun, nachdem man sich seitens des Reichsversicherungsamtes selbst überzeugt hat, daß die Arbeiterschaft im Recht ist, dem ersten abweisenden Schreiben eine andere Antwort folgen wird. Für die Bauarbeiterschutzkommission bedeutet diese Angelegenheit einen wohlverdienten Erfolg.

---

## Auswärtiges.

**Chronik der Majestätsbeleidigungen.** Von der Mannheimer Strafkammer wurde der 49 Jahre alte Tagelöhner Johann Groß aus Malsch wegen Beleidigung des neuen Großherzogs zu einer Strafe von 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte ist ein ganz heruntergekommener Mensch, der nicht weniger als 47 Vorstrafen hat und eben aus dem Arbeitshaus entlassen worden ist. Er hat die Majestätsbeleidigung am 15. Januar im Gasthaus „Zum Adler" in Schriesheim mit Absicht begangen, um wieder ein Unterkommen zu finden.

**Eine edle Seele.** Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 15. Februar: Mit einer Frivolität und Gemeinheit, die ihres gleichen sucht, hatte der Gastwirt Möhr von hier, der das Restaurant „Zum Künstlerheim" in unmittelbarer Nähe des Stadt-Theaters betreibt, eine Klage des Dienstmädchens Ida Schuster heraufbeschworen, die heute vor dem Gewerbegericht zur Verhandlung kam. Das junge Mädchen war am 8. Februar plötzlich kündigungslos entlassen worden, und verlangte deshalb M. 23 Lohn. Als der Gerichtsvorsitzende an die Klägerin, der man Not und Elend am Gesicht und am ganzen Exterieur ablesen konnte, die Frage richtete, weshalb sie denn so plötzlich entlassen worden sei, schlug sie beschämt die Augen nieder. Darauf der Gastwirt, der als Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle auftrat: „Ja, ja, die wird nicht sagen weshalb sie so plötzlich entlassen worden ist, die hat nämlich mit mir ein Verhältnis gehabt und das brauchte sich doch meine Frau nicht gefallen zu lassen." Im Gerichtssaale war man zunächst perplex. Möhr hatte aber sogar seine eigene Gattin mitgebracht, die als Schwurzeugin bekunden sollte, daß er die Klägerin in ihrer Kammer mißbraucht habe. Auch Frau Möhr sprach mit Entrüstung von dem Mädchen, gegen das sie eigentlich wegen Ehebruchs Strafantrag stellen müßte. Möhr erklärte weiter, als Mann seiner Frau müßte er sich ja eigentlich auch ein bischen schämen, aber er vertrete doch nun einmal das Recht und der Entlassungsgrund sei jedenfalls durchschlagend, denn man könne seiner Frau nicht zumuten, solch ein Mädchen noch weiter zu beschäftigen. Das bedauernswerte Mädchen erzählte dann, wie sie von dem Burschen auf Schritt und Tritt verfolgt und in ihrer Kammer schließlich den Versuchen erlegen sei; sie sei längere Zeit stellenlos gewesen. Möhr hielt es noch für notwendig, darzulegen, daß er das Mädchen „aus Mitleid" engagiert habe, und dann machte er die zynische Bemerkung: „Das übrige werde schon die Sittenpolizei besorgen." Das Mädchen sei gemeldet und werde unter Kontrolle kommen. Gewiß machte man dem Unternehmer den Standpunkt klar; die Klägerin wurde aber mit ihrer Forderung auf Grund des § 123 der Gewerbeordnung abgewiesen. So — von Rechts wegen. Und Möhr, der nicht bloß gegen alle guten Sitten, sondern auch gegen § 124 der Gewerbeordnung verstoßen hat, geht frei aus. Da er sich „als Mann seiner Frau" doch ein bischen schämt, würde es sich empfehlen, ihn zum Ehrenvorsitzenden eines Sittlichkeitsvereins zu machen. — Kann man sich bei solchen „Sittlichkeits"anschauungen über die Zunahme der Prostitution wundern? Was soll aus dem brotlos auf die Straße geworfenen Mädchen werden?

**Reserveoffiziere vor dem Strafrichter.** Das blutige Renkontre zwischen drei inaktiven Offizieren und mehreren Schutzleuten, das sich Ende Mai 1904 am Theaterplatz in Hannover abspielte, war jetzt nochmals Gegenstand einer umfangreichen Verhandlung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Hannover. Der von der Ferienstrafkammer Hannover im August 1904 wegen Mißhandlung mehrerer Schutzleute und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu sechs Monaten Gefängnis und wegen ruhestörenden Lärms zu M. 30 Geldstrafe verurteilte Leutnant a. D., jetzige Kaufmann Kurt v. Bodenhausen, hatte im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens die Erneuerung der Verhandlung erwirkt. Bodenhausen ist bereits wegen brutaler Körperverletzung und Mißhandlung Untergebener im Dienste mehrfach vorbestraft. Die beiden Begleiter Bodenhausens, Oberleutnant a. D. Heye und der Hauptmann a. D. v. Besser, sind zu M. 300 und zu M. 70 Geldstrafe verurteilt worden. Der Angeklagte stützte seinen Wiederaufnahmeantrag auf die Behauptungen, er sei bei dem Renkontre nicht im Besitze seiner freien Willensbestimmung gewesen. Er ist auch mehrere Wochen lang auf seinen Geisteszustand hin untersucht worden. Bei der jetzigen Verhandlung sagten die Sachverständigen übereinstimmend aus, daß der Angeklagte geistig völlig gesund sei und auch bei Begehung der Tat nicht unter Ausschluß seiner freien Willensbestimmung gehandelt habe. Das Gericht schloß sich den Gutachten der Sachverständigen an und verurteilte den Angeklagten v. Bodenhausen unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft wiederum zu sechs Monaten Gefängnis und M. 30 Geldstrafe.

**Eine neue Eisenbahn über die bayerischen Alpen.** Wie aus Innsbruck gemeldet wird, hat sich nunmehr auch die österreichische Eisenbahnverwaltung für den Bau der Mittenwalder Bahn entschieden. Der Beginn des Bahnbaues ist auf den Mai festgesetzt. Damit ist die Bahn Garmisch-Partenkirchen-Mittenwald-Innsbruck, die eine bedeutende Abkürzung gegenüber der bisherigen Strecke München-Kufstein-Innsbruck bedeutet, gesichert.

**Protest gegen die Anlegung der Automobilrennbahn.** Am 20. März findet in Homburg eine gemeinsame Konferenz der Taunusstädte statt, um gegen die Automobilrennbahn im Taunus ein geschlossenes Vorgehen zu beschließen. Bis jetzt liegen von 31 Kurgemeinden scharfe Verwahrungen gegen die Anlage der Automobilrennbahn vor.

**Zur Brander Affäre.** Vor dem Landgericht Freiberg wurde in der Angelegenheit der Bürgermeisterstochter Grete Beier gegen die frühere Hebamme Kunze und die Witwe Kammbold aus Brand wegen gemeinschaftlich verübter Kuppelei verhandelt. Die Verhandlung, die zum Teil unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung der Kunze zu acht Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust. Die Kammboldt wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

**Ein Soldatenschinder.** Vor dem Kriegsgericht der 16. Division stand der Unteroffizier Klos vom Infanterieregiment Nr. 69 in Trier, der bereits wegen Mißhandlung von Untergebenen und wegen versuchter Verleitung zum Meineid zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus verurteilt worden ist, nachträglich nochmals unter der Anklage der Soldatenmißhandlung. Das Urteil lautete auf eine Zusatzstrafe von drei Wochen.

**Hinter den Kulissen eines Heiratsbureaus.** Die Geschäftspraktiken des Heiratsvermittlungsbureaus „Zukunft" bildeten den Gegenstand längerer Erörterungen in einer Strafsache, die sich in der Berufungsinstanz vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II in Berlin abspielte. Wegen Betruges war der Privatdetektiv Ernst Louis Rodrian angeklagt. Der Angeklagte ist gelernter Schlosser; er übernahm aber vor mehreren Jahren eine Restauration, in der er einige Ersparnisse machte. Mit diesen erwarb er Anfang 1906 das bisher von einem Hypothekenmakler Grütte betriebene Heiratsnachweisbureau „Zukunft" in Rixdorf. Um sich die Adressen heiratslustiger Personen zu verschaffen, nahm Rodrian zu einem vielfach von Heiratsvermittlern gebrauchten Mittel Zuflucht. Er erließ in der wohlanständigen „nationalen" Presse Inserate, in denen ein gutsituierter Herr die Bekanntschaft einer jungen Dame zwecks späterer Heirat zu machen wünschte. Er erhielt ganze Stöße Antwortschreiben von heiratslustigen Damen. Dann erließ er Inserate folgenden Inhalts, die trotz ihres Betrugscharakters von allen „hochangesehenen" bürgerlichen Blättern aufgenommen wurden: Junge Dame, Waise, im Besitz eines Vermögens von M. 225 000, wünscht sich zu verheiraten und erbittet Angaben unter „Allein SW. 19." Diese Inserate erschienen in etwa 100 Zeitungen wöchentlich und hatten einen Riesenerfolg; es meldeten sich allein in der Zeit vom 1. Januar 1906 bis zum 23. April nicht weniger als 1856 Herren, denen ein hektographiertes Schreiben des Angeklagten zuging, in dem mitgeteilt wurde, daß das Bureau „Zukunft" am folgenden Tage das Bild der Auftraggeberin mit allen Details und zugleich unter Nachnahme eines zur Deckung der Unkosten bestimmten Betrages noch einige weitere Partien ihnen übersenden würde. Dem Schreiben lagen zwei Drucksachen des Auskunftsbureaus „Zukunft" bei, das als „amtlich eingetragenes Institut" bezeichnet wurde. Zur Deckung der Unkosten für Mitarbeiter, Reisekosten und sonstige Spesen wurde eine Nachnahmesendung von M. 12 erhoben, wobei bemerkt wurde, daß dieser Betrag nicht als Vorauszahlung anzusehen sei, sondern als Gegenleistung für die Sendung erhoben werde, die einen Wert von mindestens M. 4000 repräsentiere. In der zweiten Drucksache, die als „Neuester Heiratspartienauszug" bezeichnet war, wurde eine Anzahl Damen aufgezählt, von denen aber keinerlei Adressen angegeben waren, sondern nur Mitteilungen über Statur, Haarfarbe, Augenfarbe, Vermögen und Schulbildung gemacht wurden. Die ihm durch das erste Inserat eingesandten Photographien benutzte der Angeklagte nun dazu, um sie zu vervielfältigen und den heiratslustigen Herren zu übersenden. Wenn dann die heiratslustigen Herren die Nachnahme über M. 12 einlösten, so war das Geschäft für den Angeklagten damit erledigt. Er ließ nichts mehr von sich hören. Da er sich alle Korrespondenzen hatte postlagernd schicken lassen, so wandten sich mehrere der Hereingefallenen schließlich an die Polizei. Das Schöffengericht in Rixdorf erkannte seinerzeit auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Hiergegen legte Rodrian Berufung ein. Die Beweisaufnahme vor der Strafkammer führte zu einer Freisprechung des Angeklagten in einigen Fällen. Im übrigen lautete das Urteil wegen Betruges auf zwei Monate Gefängnis.

**Der Dampfer „Aslak" aus Christiania,** der vor 14 Tagen von Middelburg (Südafrika) nach Christiania abging, ist wahrscheinlich verunglückt. In der Nähe von Kapstadt ist ein Leichnam an Land geschwemmt worden, der einen Leibgürtel mit der Aufschrift „Aslak" trug. Die Besatzung betrug 14 Mann.

**Vermischte Nachrichten.** In Elberfeld drangen während der Nacht Diebe in das Uhrengeschäft von Otto Claas ein und stahlen dreihundert goldene Damen- und Herrenringe, sowie eine große Anzahl goldener und silberner Uhren, Ketten, Armbänder und Broschen. Die Diebe sind unerkannt entkommen. — Verhaftet wurde in Braunschweig der frühere Direktor der Harzburger Portlandzementfabrik „Hercynia", Krahe. Die Verhaftung hängt nach dem „B. T." mit dem Diebstahl eines Platinatiegels im Werte von M. 40 000 auf den Kommunionshüttenwerken Oker zusammen. — In Kottbus erschoß beim Spielen mit einem kleinen Revolver, den er von einem Schulfreund erhalten hatte, der 10½jährige Schulknabe Stankiewicz den Sohn eines Maurers. — In später Nachtstunde wurde am Mittwoch durch den Staatsanwalt Trüffel und Polizeihauptmann Moos der Amtsschreiber von Bern wegen bedeutender Unterschlagungen verhaftet. Die unterschlagene Summe soll sich zwischen 50 000 bis 100 000 Franken bewegen. — In Tours verwundete der Schuhmachergeselle Precot auf offener Straße einen Geschäftsreisenden und Touristen mit Messerstichen, indem er ausrief: Hoch die Anarchie! Er verübte sodann Selbstmordversuch. Precot wurde ins Gefängnishospital gebracht. — Aus San Remo wird gemeldet: Bei Ospedaletti wurden die Leichen eines Liebespaares aus Berlin gefunden. Die beiden Liebenden hatten sich dort das Leben genommen. — Der flüchtige Bankier Charles Morse ist in Etruria auf Grund zweier gegen ihn wegen Diebstahls ergangener Anklagen verhaftet und dem Richter vorgeführt worden. Dieser setzte ihn einstweilen gegen Hinterlegung einer Bürgschaft von 20 000 Dollars wieder auf freien Fuß. — In Rio de Janeiro wurde ein verdächtig aussehender Soldat verhaftet, der den Kriegsminister zu sprechen wünschte und bei dem man Revolver und Messer fand.

---

## Landgericht.

17. Februar.

Strafkammer II. Vorsitzender: Landrichter Dr. Lamprecht.

**„Vaterländischer Geist und Hamburger Volksschule."** Am 17. Oktober 1907 ist vom Schöffengericht III (Amtsrichter Hollender) der politische Tagelöhner der „Hamburger Nachrichten", Hermann Hofmann, wegen Beleidigung des Hamburger Volksschullehrers H. Harder zu einer Geldstrafe von M 30 verurteilt worden. Gegen dieses Urteil ist von beiden Seiten Berufung eingelegt worden. Zum besseren Verständnis der Angelegenheit wollen wir eine kurze Rekapitulierung der in erster Instanz verhandelten Dinge geben. In der Nr. 8 der „Pädagogischen Reform" (Jahrgang 1907) veröffentlichte Herr Harder ein Eingesandt, in dem er (Herr H. ist Mitglied der Friedensgesellschaft) gegen den Chauvinismus und die nationale Verhetzung wie folgt zu Felde zieht:

„Förderung der Sedanfeier.

Unter dieser Ueberschrift wird in Nr. 4 der „Deutschen Turnzeitung" mitgeteilt, daß der Zentralausschuß für Volks- und Jugendspiele in Deutschland eine allgemeine Wiederaufnahme der Sedanfeiern anregt. Um die Frage eingehend auf einer im nächsten Jahre (1908) stattfindenden Hauptversammlung zu erörtern, sind an sämtliche deutschen Unterrichtsverwaltungen und die Kreisvertreter der Deutschen Turnerschaft Fragebogen versandt worden. Es sei dem Unterzeichneten gestattet, mit einigen Worten eine Schattenseite, die die Verwirklichung dieses Vorschlages haben würde, zu beleuchten. Von einsichtsvollen und weitschauenden Politikern und Schulmännern, deren Patriotismus nicht an den schwarz-weiß-roten Grenzpfählen Halt macht, ist es mit Freuden begrüßt worden, daß in den letzten Jahren an Stelle der bluttriefenden Reden über den „Erbfeind", die den Hauptteil der Schulsedanfeiern bildeten, vielfach Spielfeste und Ausflüge getreten sind. Man konnte die Hoffnung hegen, daß nach und nach aus allen Schulen die Sedanreden verschwunden wären. Aber damit würde nur erst der erste Schritt getan worden sein, um eine nationale Freudenfeier aus der Welt zu schaffen, die zugleich das Gefühl nationaler Trauer beim Nachbarvolke wachruft. Wenn nun der Zentralausschuß für Volks- und Jugendspiele mit seinem Vorschlag durchdringen sollte, dann hätten wir für ewige Zeiten den 2. September als nationalen Spieltag festgelegt mit der ausgesprochenen Parole, daß er dem „vaterländischen Gedanken" dienen soll, d. h. also in diesem Falle: Alljährlich am 2. September werden wir aufs neue die Veranlassung sein, daß bei unserem Nachbarvolke, mit dem wir jetzt 36 Jahre in vollster Harmonie leben und das als zivilisierte Nation zweifellos nicht geringe Verdienste um den Kulturfortschritt hat, alte Wunden aufgerissen und Schmerzgefühle ausgelöst werden. Ich meine, daß es endlich an der Zeit ist, diesen Standpunkt aufzugeben, und daß man endlich eine Quelle zustopfen soll, die den Chauvinisten beider Nationen Wasser auf ihre Mühlen liefert. Ich hoffe zuversichtlich, daß sich auch die deutschen Unterrichtsverwaltungen sowie die Kreisvertreter der Deutschen Turnerschaft auf diesen Standpunkt stellen, wenn sie dem Zentralausschuß für Volks- und Jugendspiele die an sie ergangenen Fragen beantworten. Man verstehe mich nicht falsch! Ich unterstütze mit Freuden den Vorschlag, einen nationalen Spieltag ins Leben zu rufen, habe auch nichts dagegen, wenn er einen patriotischen Hintergrund hat; aber den Sedantag halte ich aus patriotischen und kosmopolitischen Motiven für den allerungeeignetsten."

In einem „Vaterländischer Geist und Hamburger Volksschule" betitelten Artikel fiel Hofmann über das „sozialdemokratisch gesinnte Gros der Hamburger Lehrerschaft" im allgemeinen und Herrn Harder im besonderen her. Er forderte wiederholt ein Einschreiten der Behörden, falls sie sich nicht zu „Mitschuldigen des sozialdemokratisch und vaterlandslos gesinnten Teiles der Volksschullehrerschaft" machen wollen. Nachdem Hofmann sich gegen das „verschwommene Weltbürgertum" gewandt und für die Pflege des nationalen Geistes plaidiert, poltert er wie folgt: „Darf die hamburgische Behörde dies ruhig geschehen lassen? Wir denken: nein. Wir unserseits machen kein Hehl daraus, daß, wenn wir an Stelle der Oberschulbehörde wären, wir mit denjenigen Volksschullehrern, die öffentlich gegen die Pflege der vaterländischen Gedanken zwecks Schonung des Gefühls der Franzosen aufträten, kurzen Prozeß machen würden." Dem hamburgischen „Schulmeister" Harder wirft der Artikelschreiber „Insolenz" (Frechheit), „Dreistigkeit", „Unwissenheit" und „faseln" vor.

In der Begründung des Urteils wurde u. a. gesagt, die Weckung des patriotischen Gefühls diene dem Wohle des Vaterlandes, und der Sedantag sei ganz besonders geeignet, der Jugend nationalen Sinn beizubringen. Der Angeklagte habe daher als deutscher Redakteur in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, sei aber in seinem Artikel übers Ziel hinausgegangen, indem er formal beleidigende Ausdrücke gebrauchte. Als strafmildernd komme in Frage, daß der Angeklagte sich in seinen patriotischen Gefühlen tief verletzt fühlte und in der Erregung unpassende Ausdrücke gebrauchte.

Wie in der Verhandlung vor dem Schöffengericht, wird auch vor dieser Instanz der Privatbeklagte von Dr. Brandis verteidigt, während dem Kläger Dr. Braband als Rechtsbeistand zur Seite steht. Dr. Braband führt aus, die Berufung von klägerischer Seite sei nicht aus dem Grunde eingelegt, um gegen Hofmann eine drakonische Strafe zu erzielen, sondern die Veranlassung hierzu habe die Fassung des Urteils gegeben. Für diese Fassung mögen Gesichtspunkte entscheidend gewesen sein, welche die Objektivität stark beeinflussen. Das solle kein Vorwurf sein, denn auch ein hiesiges Gericht habe erkannt, es sei leicht möglich, daß jemand aus seiner eigenen Gesinnung heraus solche Fragen beurteile. Die patriotischen Motive sollen durchaus nicht abgestritten werden, dasselbe Recht aber, das der Angeklagte für sich in Anspruch nehme, müsse man auch seinem Klienten konzedieren. In einem Kampfe um politische Anschauungen und Meinungen solle man nicht mit Ehrverletzungen operieren. Das trage nicht zur Gesundung der politischen Verhältnisse bei. Hofmann dürfe sich nicht als Richter über die vom Kläger propagierten Ideen aufwerfen. Die Friedensgesellschaft habe die Förderung der vaterländischen Interessen auf ihr Banner geschrieben,

was aus ihren Statuten klar hervorgehe. Man könne diese Wege für falsch erklären, aber man dürfe einem Mann, wie seinem Klienten, nicht Vaterlandslosigkeit vorwerfen und ihn in solcher Weise angreifen. Solche Beleidigungen, geschrieben von einem Gebildeten für Gebildete, seien einfach unerhört. Der glänzende Stilist Hofmann habe durch seine Ausdrücke andeuten wollen: „Wie kommt das kleine Schulmeisterlein zu seiner Insolenz und Dreistigkeit, in solchen Dingen mitzureden?" **Was** würde Hofmann sagen, wenn man ihm scharfmacherische Dreistigkeit vorwürfe? Die Urteilsbegründung enthalte einen logischen Fehler, der ausgemerzt werden müsse. Dr. Brandis hält den Artikel Harders für anstößig in höchstem Maße. Der Kläger habe sich von falschen pädagogischen Anschauungen leiten lassen und habe mit seiner Anschauung, man müsse die Empfindungen der Franzosen schonen, bewiesen, daß er sich nicht zum Erzieher der Jugend eigne. Der jetzige Sozialdemokrat Harro Köhncke habe seinerzeit als Herausgeber der „Pädagogischen Reform" die Lehrerschaft stark beeinflußt. Deshalb sei es eine anerkennenswerte Tat, daß die „Hamb. Nachr." sich mit Schärfe gegen solche Bestrebungen richten. Hoffmann habe nur seinem patriotischen Empfinden Ausdruck geben und seine warnende Stimme erheben wollen. Und wenn dem Beklagten in seinem gerechten Zorn starke Ausdrücke in die Feder geflossen seien, so müsse ihm als Patrioten sein verletztes vaterländisches Empfinden zu gute gerechnet werden. Der Verteidiger suchte nun den Nachweis zu erbringen, daß die inkriminierten Aeußerungen der Ausfluß dieses hochpatriotischen Empfindens seien und daher nicht bestraft werden könnten.

Mit dieser Ansicht ging Dr. Braband scharf ins Gericht. Die Vergleiche des Gegners kämen ihm so vor, als wenn jemand seinem Gegner kräftig eine herunterhaue und dabei sage: „Ich habe es nicht so gemeint." Der Artikel des Privatklägers enthalte nicht das geringste, was der doch sicher stark nach rechts neigenden Schulbehörde Anlaß geben könnte, gegen Harder vorzugehen. Hofmann, der schon oft mit der Revolution von oben gespielt habe, beliebe recht oft, sich in starken Ausdrücken zu ergehen und suche durch seinen Artikel die wirtschaftliche Existenz des Klägers zu vernichten. Der Wortlaut seines, des Beklagten, Artikels könne gar nicht anders verstanden werden.

Das Gericht hebt das Urteil erster Instanz auf und spricht den Angeklagten frei, dem es den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zubilligt. Dem Privatkläger werden sämtliche Gerichtskosten auferlegt. Eine nähere Begründung soll in der Urteilsausfertigung erfolgen. — Also dieses Gericht steht auf dem Standpunkt, daß in Wahrnehmung berechtigter Interessen auch formal beleidigende Ausdrücke gebraucht werden dürfen. Da ja die Dame Justitia ohne Ansehen der Person richtet, folglich nicht anzunehmen ist, daß nur „Patrioten", wie Hofmann, mit stark ausgeprägtem vaterländischen Empfinden dieses Schutzes teilhaftig werden, brauchen sich in Zukunft Angeklagte anderer Parteirichtungen, die sich in ihrem Empfinden verletzt fühlen und scharfe, ehrkränkende Ausdrücke gebrauchen, nur auf dieses Urteil zu berufen, falls es Rechtskraft erhalten sollte.

Strafkammer II. Vorsitzender: Landrichter Dr. Lamprecht. Staatsanwalt Dr. Soehle.

**Wie Majestätsbeleidigungen zu stande kommen.** Unter der Anklage, den Kaiser beleidigt zu haben, steht der zwanzigjährige dänische Staatsangehörige J., der seit zwei Jahren in einer größeren Fabrik in Bergedorf als Volontär beschäftigt ist. Am 20. Januar d. J. machte ihm der Steueraufseher Holz, nachdem er die betreffende Fabrik revidiert hatte, den Vorschlag, an der von der Kavalleristischen Kameradschaft veranstalteten Kaiser-Geburtstagsfeier teilzunehmen. J. lehnte ab und machte eine Aeußerung, die er wiederholte, als Holz ihn fragte, was er damit gemeint habe. Als dieser erklärte, er müsse dies zur Anzeige bringen, entschuldigte J. sich, aber am anderen Tage befand er sich bereits in Haft. Der Angeklagte gibt zu, den Ausdruck gebraucht zu haben, aber er habe sich dabei nichts gedacht. Der Zeuge Holz bemerkt u. a., er sei über den inkriminierten Ausdruck so erregt gewesen, „daß er am ganzen Körper flog". Dem Angeklagten wird von mehreren Zeugen und von seinem Chef ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. Auf die Frage des Staatsanwalts, ob er J. entlassen hätte, wenn er nicht in Haft genommen worden wäre, antwortete der Chef, daß dazu keine Ursache vorliege, und daß er ihn, da er ihn sehr gut gebrauchen könne, auch nach verbüßter Strafe beschäftigen werde. Der Staatsanwalt erwiderte, daß J. zweifellos der Ausweisung verfalle. Der Verteidiger bemerkte, daß in Dänemark Beleidigungen des Königs nur auf Antrag des Justizministers verfolgt würden. Der Staatsanwalt beantragt gegen den Angeklagten, der in dem Lande, in dem er nur geduldet werde, durch die Beleidigung des Souveräns eine erhebliche Frechheit an den Tag gelegt habe, vier Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Dr. Oktavio Brackenhoeft, beantragte aus subjektiven Gründen die Freisprechung des Angeklagten, der in seiner Jugend und Unerfahrenheit sich der Tragweite seiner Handlungsweise nicht bewußt war, eventuell ersucht er, nur auf die geringste Festungsstrafe zu erkennen. Man müsse sich vergegenwärtigen, wie die Beleidigung des Kaisers entstanden sei. Jedenfalls wäre es richtiger gewesen, wenn der Zeuge Holz nur seinem Dienste nachgegangen wäre, als in der Fabrik für die Feier der Kavalleristischen Kameradschaft zu agitieren. Auch bittet der Verteidiger, dem Angeklagten die 25tägige Untersuchungshaft in Anrechnung zu bringen. Das Gericht erkennt auf drei Monate Gefängnis, rechnet aber dem Angeklagten die ganze Untersuchungshaft an. In Rücksicht auf die bevorstehende Ausweisung müsse der Angeklagte auch in Haft genommen werden.

## Aus den Schöffengerichten.

17. Februar.

**Keine Kleptomanie.** Wie unseren Lesern noch erinnerlich sein wird, ist im Dezember 1907 und im Januar d. J. in der Badeanstalt am Lübeckertor wiederholt in unverschämter Weise gestohlen worden. Aus verschlossenen Badekabinen wurden Portemonnaies mit Geldbeträgen bis ℳ 190, und in einem Falle sogar ein Anzug gestohlen. Man stand zunächst wie vor einem Rätsel, bis eines Tages der Dieb in der Person des neunzehnjährigen Maurers M. abgefaßt wurde. Der Bursche hat in der Weise operiert, daß er sich die eben besetzten Badezellen merkte und unter der Angabe, sich noch ein Stück Seife holen zu wollen, den Badewärter ersuchte, ihm die betreffende Zelle zu öffnen. In der Voruntersuchung gab M. zu, die Diebstähle ausgeführt zu haben, aber er will sich in großer Notlage befunden haben. Wie in der Verhandlung erörtert wurde, ist dem Treiben des M. dadurch ein Ziel gesetzt worden, daß in seinem zurückgelassenen Anzug — er hatte sich dafür einen besseren angezogen — Briefe steckten, die auf seinen Vater deuteten. Der Angeklagte ist geständig, in sechs Fällen gestohlen zu haben, dagegen stellt er heute in Abrede, das gestohlene Geld in „Damen"gesellschaft verquetscht zu haben. Der Amtsanwalt beantragt, in Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit des Angeklagten, gegen diesen 15 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, damit er beim Militär in die zweite Soldatenklasse komme. Das Gericht sieht den Fall aber weit milder an, weil der Angeklagte bislang noch unbestraft ist, und erkennt auf fünf Monate und 14 Tage Gefängnis.

**Ein „zungenloser" Grieche.** Vor kurzem wurden in Berlin und Hamburg mehrere Griechen, Armenier usw. verhaftet, die, um das Mitleid des Publikums zu erregen, sagten, sie hätten bei den orientalischen Wirren nicht allein ihr Vermögen verloren, sondern sie seien auch im Bezirk Monastir von den Türken grausam verstümmelt worden und hätten ihre Zungen eingebüßt. Um ihre Angaben glaubhaft zu machen, zeigten sie dem Publikum ein Buch, das in geschriebener deutscher Sprache ihre Leidensgeschichte schildert. Auch hier in Hamburg wurde ein junger Makedonier griechischer Nationalität abgefaßt, der hauptsächlich Schriftsetzern und Verkäuferinnen sein Buch vorhielt und dadurch deren Mitleid wachrief. Mitten in seiner einträglichen Tätigkeit wurde er in Haft genommen. Er soll der zwanzigjährige angebliche Schriftsetzer Mauros Mallios aus Macedonien sein und will vor etwa drei Monaten von Rußland gekommen sein. In der Voruntersuchung behauptete er, nicht sprechen zu können, da ihm die Zunge fehle. Er will auch von den Türken angeschossen und am Arme verletzt worden sein. Der Physikus Dr. Ermann führt aus, die Narbe am Arme sei uralt und nicht auf einen Schuß zurückzuführen. Nach Ansicht des Sachverständigen hat der Angeklagte eine Zunge, und zwar eine sehr bewegliche, die er so sehr zurückbiegen könne, daß sie nicht zu sehen sei. Der nun wegen Bettelns und Betruges Angeklagte schüttelt auf alle Fragen den Kopf und behauptet schriftlich, daß ihm seine Zunge fehle. Durch die Beweisaufnahme wird festgestellt, daß der angebliche Mauros Mallios auch bei Auer & Co. und bei Persiehl erschienen ist, wo er durch dieselben Vorspiegelungen sich Geldbeträge erschwindelte. Wie zwei bei Auer & Co. beschäftigte Setzer bekunden, haben sie sich durch die Angaben bewegen lassen, ihm aus der kleinen Unterstützungskasse für durchreisende Kollegen ℳ 10 zu geben. Sie hätten ihm in den Mund gesehen, hätten aber keine Zunge erblicken können, wie sie auch nur einen Arm an ihm bemerkt hätten. Den empfangenen Betrag habe er mit „Stratos" unterzeichnet. Ein Angestellter der Firma Persiehl schildert seine Erlebnisse mit dem Angeklagten, den er für zungenlos und einarmig gehalten habe. Der Amtsanwalt beantragt zwei Wochen Gefängnis. Das Gericht verurteilt den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis.

**Ein Musikerstreit.** Der Organist und Musikkritiker Walter Armbrust hatte vor einiger Zeit in Erfahrung gebracht, daß der Konzertmeister Bandler die Behauptung aufgestellt habe, er, A., werfe mit Freikarten für seine Konzerte umher. Auf die Aufforderung des A., die Behauptung zurückzunehmen, fügte B. hinzu, A. habe versucht, durch Geschenke sich Kritikern in besonderer Weise zu nähern. A. hat nun eine Beleidigungsklage gegen Bandler angestrengt, die heute vor dem Schöffengericht I verhandelt wurde. Als Zeugen sind die Musikkritiker Löwengard („Hamburger Correspondent") und Zinne („Neue Hamb. Ztg.") geladen. Festgestellt konnte aber nur werden, daß Armbrust den beiden Kritikern einmal vor einem Konzerte die Noten eines Musikwerkes geschickt, daß die beiden Zeugen das Geschenk aber abgelehnt haben. Der Privatkläger führt aus, es habe sich um kein Geschenk gehandelt, er habe den Zeugen die Noten nur zur Information zugestellt, um ihnen ihre Arbeit als Kritiker zu erleichtern. Das Gericht verurteilt Bandler wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von ℳ 20.

## Schiffs-Nachrichten.

**In Cuxhaven ein- und auslaufende Schiffe.**
(Deutscher Reichstelegraph.)

**Cuxhaven,** 17. Februar, Morgens.
**Angekommen** am 16. Februar.

| Uhr M. | Schiff | Kapitän | Von |
|---|---|---|---|
| V. 6 25 | Hernösand (D.) | Hitzwebel | Boston |
| 8 30 | Nyhove (D.) | Helms | Amble |
| 9 40 | Holnis (D.) | Wallis | Minchester |
| 9 45 | Hansa (D.) | Buchanan | Southampten |
| " | Elia Woermann (P.) | Schliecker | West-Afrika |
| " | Esteburg (F.-D.) | Deertz | d. Nordsee |
| 10 10 | Orion (F.-D.) | Wriede | do. |
| 10 40 | Helen Heidmann (D.) | Ferchen | Grangemouth |
| 10 50 | Lion (D.) | Rendal | Newcastle |
| 11 — | Hungaria (D.) | Jessen | Westindien |
| 11 33 | Shamrock (D.) | Nauschütz | Newcastle |
| 11 55 | Ceres (D.) | Mewes | d. Nordsee |
| N. 1 55 | Birch (D.) | Huntley | Leith |
| 3 10 | Castor (D.) | Haesloop | Rotterdam |
| 5 — | Barcelona (P.-D.) | Ney | Philadelphia |
| 6 30 | Celtic King (D.) | Humphys | Savannah |
| " | Balgownie (D.) | Birch | London |
| 6 50 | Sardinia (D.) | Hawick | Leith |
| 7 10 | Johannes Ruß (D.) | Simon | Newcastle |
| 7 25 | Emma Sauber (D.) | Jorjan | do. |
| 7 45 | Admiral (P.) | Doherr | Ostafrika |
| 7 50 | Martha Sauber (D.) | Bruh | Newcastle |
| 8 30 | Rauenfels (D.) | Küppner | Bremen |
| " | Amstel (D.) | Kuiper | Rotterdam |
| 9 30 | Irwell (D.) | Thorpe | Goole |
| 10 — | Nyanga (D.) | Haill | Mobile |
| 10 10 | Lutterworth (D.) | Russell | Grimsby |
| 10 35 | Eider (D.) | — | — |
| " | Reidar (D.) | Möller | Swansea |
| " | Saturn (Schlepper) | Fennekohl | Bremerhaven |
| " | Nr. 57, 122 u. 125 (Kähne) | — | do. |
| 11 25 | Peregrine (D.) | Hunniset | Harwich |
| 11 45 | Apollo (D.) | Bonzet | Amsterdam |
| " | Helene Blumenfeld (D.) | Anderson | Newcastle |
| | 17. Februar. | | |
| V. 12 15 | Beneficient (D.) | Bollou | do. |
| " | Teneriffe (D.) | Shooter | West-Afrika |
| 1 30 | Dunluce Castle (D.) | Hagne | Southampton |
| 4 — | City of Oporto (D.) | King | Swansea |

Eingekommen: Schlepper Vulcan.

**In See gegangen** am 16. Februar.

| Uhr M. | Schiff | Nach |
|---|---|---|
| V. 9 45 | Jeannette Woermann (P.-D.) | Burton |
| 11 25 | Ariadne (D.) | Middlesbro |
| N. 12 40 | Athlet (Schlepper) | Bremen |
| " | 1 Leichter | do. |
| 1 55 | Cito (D.) | — |
| 2 25 | Vulcan (Schl.) | Bremen |
| " | 2 Leichter | do. |
| 2 35 | Stadt Witten (D.) | Leer |
| 4 10 | Gemma (D.) | London |
| 5 10 | Magdalena Fischer (D.) | — |
| 7 50 | Silesia (P.-D.) | Kobe |
| 10 20 | Amrum (D.) | — |
| | 17. Februar. | |
| V. 1 10 | Consent (D.) | Newcastle |
| 2 40 | Gladiator (Schl.) | Bremen |
| " | 2 Leichter | do. |
| 3 45 | Mercur (Schl.) | Bremerhaven |
| " | Nr. 95, 74 u. 54 (Kähne) | do. |
| 4 40 | Egholm (D.) | — |

Ferner seewärts: 1 Fischer-Dampfboot. — Abwärts gekommen: Schl. Athlet mit den Leichtern Weserzeitung und Börsenhalle, Schlepper Gebr. Cohrs mit russ. Gaffel-Scho. Swiks, Schlepper Gladiator und Beowulf mit franz. Vierm.-Bk. Chanaral, Schlepper Ueberal. mit Leichtern Föhr und Nordstrand, Schlepper Glückstadt mit 2 Leichtern, Schlepper Gebr. Cohrs mit engl. Dreim.-Scho. Sparkling Foam, 1 Schlepper mit 1 Bagger.

**Wind:** West, schwach. **Wetter:** bewölkt. — **Barometer:** 762,7. **Thermometer:** + 2,3° C.

**Holtenau** meldet: In den Kanal eingelaufen am 16. Februar:

| Uhr M. | Schiff | Kapt. | Von |
|---|---|---|---|
| V. 9 50 | Gretha (d. Segler) | Ohlhaver | Eckernförde |
| " | Gebrüder (d. Segler) | Eilmann | Kiel |
| " | Johanna (d. Segler) | Gronemeyer | do. |
| N. 1 45 | Kanal 3 (D.) | Hockerup | Flensburg |
| 4 20 | Maja (D.) | Iversen | Kopenhagen |
| 4 30 | Neptun (Schl.) | Böge | Kappeln |
| " | Fritz (Leichter) | Lohmann | do. |
| " | Käte (Leichter) | Boß | Flensburg |
| 5 5 | Beda (D.) | Niellin | Lysekil |
| " | Holstein (F.-D.) | Berend | Skagen |
| 6 50 | Elise (F.-D.) | Kolster | do. |
| 8 15 | Saturn (F.-D.) | Dellerich | do. |
| 9 15 | Ruth (D.) | Bovik | Smögen |

**Cuxhaven,** 17. Februar, Vormittags.
**Angekommen** am 17. Februar:

| Uhr M. | Schiff | Kapitän | Von |
|---|---|---|---|
| V. 2 5 | Guldborg (D.) | Orbeck | Westhartlepool |
| 6 — | Dresden (D.) | Doddridge | Hartlepool |
| 7 40 | Scholle (F.-D.) | Schneider | d. Nordsee |
| 9 15 | Senator O'Swald (F.-D.) | — | do. |

9 Uhr 40 Min.: Nichts in Sicht.

**In See gegangen** am 17. Februar:

| Uhr M. | Schiff | Nach |
|---|---|---|
| V. 7 20 | Alvarado (D.) | Spanien |
| 9 15 | Chanaral (franz. Vierm.-Bk.) | — |

Chanaral wurde durch holl. Schlepper Swartezee bugsiert.

**Wind:** SW., sehr leicht. **Wetter:** heiter — **Barometer:** 763,6. **Thermometer:** + 5,5° C.

**Holtenau** meldet: In den Kanal eingelaufen am 17. Februar:

| Uhr M. | Schiff | Kapitän | Von |
|---|---|---|---|
| V. 7 25 | Telegraph (Schl.) | Giese | Bandholz |
| " | Post (Leichter) | Meinke | do. |
| " | Nachrichten (Leichter) | Schlichting | Odense |

**Helgoland** meldet: **Wind:** WNW., leicht. **Wetter:** bewölkt. **See:** ruhig.

**Cuxhaven,** 17. Februar, Nachmittags.
**Angekommen** am 17. Februar.

| Uhr M. | Schiff | Kapitän | Von |
|---|---|---|---|
| V. 6 35 | Baltic (D.) | — | Boston |
| 9 35 | Schleswig (F.-D.) | Boldt | d. Nordsee |
| 10 30 | Oldham (D.) | Stephenson | Grimsby |
| 10 35 | Ophelia (D.) | Richter | London |
| 10 40 | Abchurch (D.) | Finnis | Sunderland |
| " | Beowulf (Schl.) | Schött | Bremen |
| " | Chronik (Leichter) | Scharf | do. |
| " | Vereinsblatt (Leichter) | Hämpel | do. |
| 10 35 | Eduard Grothmann (D.) | Gustav | Middlesbro |
| 11 5 | Garonne (D.) | Deplace | Bayonne |
| N. 12 50 | Breslau (D.) | Speed | Leith |
| 1 55 | Thyra (D.) | — | — |

Von hier auf: 12 Uhr 15 Min. Ts. Fantje, Schlepper Ueberall. — Eingekommen: Schlepper Athlet. — 3 Uhr 45 Min.: Nichts in Sicht.

**In See gegangen** am 17. Februar:

| Uhr M. | Schiff | Nach |
|---|---|---|
| V. 10 40 | Rion (D.) | — |
| 10 45 | Wülsdorf (F.-D.) | d. Nordsee |
| N. 12 20 | Silvana (D.) | Helgoland |

Abwärts gekommen: Schlepper Goliath.

**Wind:** Süd, schwach. **Wetter:** bedeckt. — **Barometer:** 760,2. **Thermometer:** + 5,4° C.

**Holtenau** meldet: In den Kanal eingelaufen am 17. Februar:

| Uhr M. | Schiff | Kapt. | Von |
|---|---|---|---|
| V. 8 35 | Louise (d. Segler) | Bartels | Hadersleben |
| " | Lina Höge (d. Segler) | Höge | do. |
| 10 55 | August (D.) | Delfs | Stettin |
| N. 2 55 | Martha (F.-D.) | Mewes | Skagen |

**Helgoland** meldet: Süd, schwach. **Wetter:** bedeckt. **See:** leicht bewegt.

### Ueberseeische Schiffsnachrichten.

**Kaiserin Auguste Victoria,** Ruser, am 15. d. von New-York via Plymouth und Cherbourg nach Hamburg. — **Hamburg,** Burmeister, am 16. d. von New-York nach Gibraltar, Neapel und Genua. — **Bosnia,** Schmidt, am 15. d. in New-York. — **Badenia,** Albers, am 15. d. von Baltimore. — **Armenia,** Schmidt, nach Philadelphia, am 16. d. Scilly passiert. — **Kronprinzessin Cecilie,** Schülke, am 16. d. von Vera Cruz nach Havana. — **Fürst Bismarck,** Lotze, nach Havana und Mexiko, am 16. d. von Havre und Southampton. — **Schwarzburg,** Perlett, nach Westindien, am 16. d. in Antwerpen. — **Caledonia,** Lüning, nach Westindien, am 15. d. in Progreso. — **Patagonia,** Spangenberg, am 15. d. von St. Thomas via Havre nach Hamburg. — **Sachsenwald,** Müttrich, von Westindien, am 16. d. in Havre. — **Pontos,** v. Leuenfels, nach dem La Plata, am 16. d. Ouessant Ereach passiert. — **Pisa,** Fendt, von Mittelbrasilien, am 16. d. in Havre. — **Troja,** Molchin, am 15. d. von Paranagua. — **Sieglinde,** Strecker, am 15. d. von New-York nach Brasilien. — **Spezia,** Peter, am 15. d. von Tsingtau. — **Saxonia,** Habel, heimkehrend am 15. d. von Shanghai. — **Dortmund,** Malchow, von Ostasien, am 16. d. in Suez. — **Suevia,** Selmer, nach Ostasien, am 16. d. in Port Said. — **Meteor,** Schwamberger, am 13. d. in Pera. — **Moltke,** Dempwolf, auf der Orientfahrt, am 17. d. von New-York in Genua. — **Albano,** Kudenhold, am 17. d. in New-York. — **König Wilhelm II.,** Forst, vom La Plata, am 16. d. von Vigo. — **Otavi,** Schütt, am 17. d. in Dakar. — **Sicilia,** Oesterreich, von Persien, am 17. d. Tarifa passiert. — **Savoia,** Rohde, nach Persien, am 17. d. in Vlissingen. — **Rhenania,** v. Hoff, heimkehrend am 10. d. von Moji. — **Hohenstaufen,** Porzelius, nach Ostasien, am 17. d. in Singapore. — **Habsburg,** Filler, von Ostasien, am 17. d. von Colombo nach Suez. — **Sambia,** Müller, nach Ostasien, am 17. d. in Singapore. — **Tijuca,** Schütterow, ausgehend am 17. d. in Lissabon. — **Linda Woermann,** Eiben, ausgehend am 17. d. in Bissao. — **Gertrud Woermann,** Jensen, heimkehrend am 16. d. von Sansibar. — **Prinzregent,** Gauhe, heimkehrend am 16. d. von Marseille. — **Adolph Woermann,** Iversen, heimkehrend am 15. d. von Swakopmund. — **Kronprinz,** Kley, ausgehend am 15. d. von Suez. — **Solingen,** Madson, am 17. d. in Sydney. — **Cap Blanco,** Böge, ausgehend am 16 d. Ouessant passiert. — **Gutrune,** Wilstermann, am 15. d. via Barbados nach New-York. — **Bahia,** Brandt, rückkehrend am 16. d. von St. Vincent nach Madeira. — **Tucuman,** C. Bick, rückkehrend am 16. d. von St. Vincent nach Madeira. — **Sao Paulo,** Birch, rückkehrend am 16. d. von St. Vincent nach Madeira. — **Tijuca,** Schütterow, ausgehend am 16. d. in Leixoes. — **Belgrano,** Schweer, ausgehend am 16. d. Ouessant passiert. — **Rio Negro,** Sachse, rückkehrend am 16. d. von Ceara nach Marannao. — **Mendoza,** Clingius, am 15. d. von Neworleans nach Pensacola. — **Menes,** Pieper, ausgehend am 15. d. von Guayaquil. — **Mera,** Jürgensen, am 16. d. in Genua. — **Ammon,** Ebeling, ausgehend am 13. d. in Valparaiso. — **Nitokris,** Behrmann, ausgehend am 15. d. in Valparaiso. — **Itauri,** Bierth, heimkehrend am 15. d. von San Franzisko. — **Aline Woermann,** Wulf, am 16. d. in Kapstadt. — **Carl Woermann,** Schuldt, ausgehend am 16. d. ab Las Palmas. — **Max Brock,** Fasteet, heimkehrend am 15. d. in Gabun. — **Kiel,** Trulsen, am 17. d. Dover passiert. — **Augsburg,** am 16. d. von Gothenburg. — **Altona,** Schuldt, am 16. d. von Soerabaya. — **Neumünster,** Wellhöfer, am 16. d. in Singapore. — **Plauen,** Helterich, am 17. d. in Galveston (Tasman.). — **Fürth,** Saegert, am 16. d. in Rotterdam. — **Pyrgos,** Horn, nach Hamburg, am 15. d. Ouessant passiert. — **Samos,** Pieper, am 15. d. in Vlissingen. — **Skyros,** Keil, nach Malta, am 14. d. Ouessant passiert. — **Tinos,** Zänker, am 15. d. von Malta nach Rotterdam. — **Volos,** Krohn, am 15. d. in Volos. — **Seriphos,** Schulz, am 16. d. von Salonik nach Konstantinopel. — **Pylos,** Menssen, am 16. d. von Piräus in Ergasteria. — **Rhodos,** Buß, am 15. d. von Piräus nach Konstantionopel. — **Athos,** Holm, am 17. d. von Malta nach Sfax. — **Wellgunde,** Ipsen, am 15. d. von Taltal in Valparaiso. — **Verona,** Dobronz, am 16. d. von Subig Bay in Dalny. — **Bagdad,** Röfer, am 16. d. in Valona. — **Venezia,** Brigge, am 15. d. von Algier. — **Gut Heil,** Wicke, von New-York nach Hamburg, am 16. d. Butt of Lewis passiert. — **Willkommen,** Lotze, von New-York nach Swinemünde, am 15. d. Butt of Lewis passiert. — **Diamant,** Thaprich, nach Rotterdam, am 16. d. Scilly passiert. — **Capitain W. Menzell,** Auer, am 14. d. von Colastine. — **Neuenstein,** Hollern, am 15. d. von Liverpool nach Buenos Aires. — **Oehringen,** Götting, von Buenos Aires nach Rotterdam, am 16. d. St. Vincent passiert. — **Kirchberg,** Niemann, am 16. d. von Emden nach Neapel. — **Thorsa** am 9. d. von Cartagena nach Hamburg. — **Suomi,** Brauer, am 17. d. von Hamburg. — **Peterborough,** Green, am 17. d. von Boston nach Harburg. — **Hernösand,** Hitzwebel, am 16. d. von Boston in Hamburg. — **Skelleftea,** Lindemann, am 17. d. von Hamburg in Boston. — **Umea,** Lindemann, am 14. d. von Bristol in Cardiff. — **Constance-Catharina,** de Boer, am 17. d. von Hamburg nach Newcastle. — **Ariadne,** Ruge, am 16. d. von Hamburg nach Middlesbro. — **Brietzig,** Wilstermann, am 16. d. von Wilhelmshaven in Methil. — **Hermine Hessenmüller,** Brüdigam, Pensacola-Hamburg, am 16. d. in Norfolk. — **Kehdingen,** Kuhlmann, am 16. d. in Licata. — **Bremen,** v. Borell, nach Australien, 15. d. in Aden. — **Zieten,** Prösch, von Ostasien, 15. d. in Aden. — **Prinz Eitel Friedrich,** Malchow, von Ostasien, am 15. d. M. von Gibraltar nach Southampton. — **Goeben,** Wilhelmi, nach Ostasien, am 17. d. von Shanghai nach Nagasaki. — **Stuttgart,** Frank, von dem La Plata, am 15. d. Eastbourne passiert. — **Neckar,** Langreuter, am 15. d. von New-York nach Neapel. — **Cassel,** Zachariae, nach Baltimore, am 15. d. M. in New-York. — **Gneisenau,** Volte, von Australien, am 15. d. auf der Weser. — **Halle,** Rehm, von Brasilien, am 16. d. Dungeneß passiert. — **Gießen,** Mundt, nach dem La Plata, am am 16. d. Ouessant passiert. — **America,** Strunck, nach Savannah, am 16. d. Scilly passiert. — **Köln,** Jacobs, nach New-York und Baltimore, am 16. d. Dover passiert. — **Würzburg,** Hattorff, nach Brasilien, am 16. d. von Funchal. — **Bonn,** Jaburg, nach Brasilien, am 16. d. in Antwerpen. — **Schleswig,** P sch, am 16. d. von Neapel nach Marseille. — **Prinz Heinrich,** Grosch, von Australien, am 16. d. in Singapore. — **Norderney,** Jseke, nach Kuba, am 15. d. von Antwerpen. — **Kybfels,** v. Thülen, am 15. d. in London. — **Löwenburg,** Soeken, am 17. d. von Port Said nach Hamburg. — **Lichtenfels,** Frerichs, am 16. d. in New-York. — **Ockenfels,** Oltmann, am 16. d. von Antwerpen nach Bombay und Karachi. — **Gutenfels,** Diedrichsen, am 16. d. von Suez nach Antwerpen und Hamburg. — **Rauenfels,** Krippner, am 16. d. von Bremen nach Hamburg.


## Anzeigen.

(Für den Anzeigenteil ist die **Redaktion** dem Publikum nicht verantwortlich.)

**Emmy Hardes**
**Albert Behrens**
Verlobte.
Hamburg. Eimsbüttel.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief sanft mein guter Mann und meiner Kinder liebevoller Vater

**Heinrich Steen**

im 36. Lebensjahre.
Tief betrauert von allen Verwandten, seiner Mutter, seinen drei unmündigen Kindern und der tiefbetrübten Gattin
**Helene Steen,** verw. **Moritz,** geb. **Körner.**
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Februar 1908, Nachmittags 12½ Uhr, vom Bethesda-Krankenhause aus nach Ohlsdorf statt.

**Verband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen Deutschlands.**
**Mitgliedschaft Hamburg-Altona.**
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hierdurch die traurige Nachricht, daß unser Kollege
**Heinrich Steen**
plötzlich gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, 19. Februar, Nachmittags 12½ Uhr, vom Bethesdakrankenhause (Borgfelde) nach Ohlsdorf, Kapelle 3, statt.
Um rege Beteiligung bittet
**Der Vorstand.**

**Serienklub „Langergang" von 1896.**
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß am Sonntag, den 16. Februar, unser liebes Mitglied
**H. Steen**
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Februar, Nachmittags 12½ Uhr, vom Bethesda-Krankenhause, Burgstraße, aus statt.
**Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.**
Sonntag, den 16. Febr., Nachmittags 5 Uhr, starb mein lieber Mann **Wilh. Bedei** im 43. Lebensjahre.
Tief betrauert von den **Hinterbliebenen.**
Die Beerdigung findet Mittwoch, Nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Auf dem Königslande 1, statt.

**Sozialdemokratischer Verein für den 8. und 10. schlesw.-holst. Reichstagswahlkreis.**
**Mitgliedschaft Wandsbeck.**
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hiermit die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Genosse
**W. Bedei**
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, Nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Auf dem Königslande 1, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
**Der Vorstand.**

**Zentralverband der vereinigten Steinsetzer (Pflasterer) u. Berufsgenossen.**
**Zahlstelle Wandsbeck.**
Todes-Anzeige.
Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, den Mitgliedern anzuzeigen, daß unser langjähriges Vorstandsmitglied
**Wilh. Bedei**
nach langer, schwerer Krankheit im 43. Lebensjahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung findet Mittwoch, Nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause, Auf dem Königslande 1, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
**Der Vorstand.**
Sammelpunkt 2½ Uhr im Vereinslokale.

**Zentralverein der deutschen Böttcher und Böttchereihülfsarbeiter.**
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, 13. Februar, verstarb plötzlich unser langjähriges Mitglied
**Th. Bader**
im Alter von 52 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die
**Filiale Hamburg.**
Die Beerdigung findet am Dienstag, 18. Februar, Nachmittags 3½ Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause aus statt.

**Todes-Anzeige.**
Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und meiner Kinder treu sorgender Vater
**Otto Adolf Jaensch**
am 15. Februar nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Tief betrauert von seiner Gattin und Kindern.
**Amanda Jaensch Wwe.,** geb. **Pickweiler.**
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Februar, Nachm. 3 Uhr, vom Krankenhause, Lohmühlenstraße, aus nach Ohlsdorf statt.

**Gesellschaftsklub „Immer fidel" von 1886, Barmbeck.**
Todes-Anzeige.
Hierdurch die traurige Nachricht, daß am Sonnabend, 15. Febr., unser Mitglied
**Otto Jaensch**
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung: Mittwoch, 19. Febr., Nachm. 3 Uhr, vom Lohmühlen-Krankenhause.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
**Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.**
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, der Schuhmacher
**J. Möller,**
nach langem, schwerem Leiden am 16. Februar im Alter von 71 Jahren 11 Monaten verstorben ist.
Tief betrauert von seiner Frau und Kindern.
**Frau Wilh. Möller,** geb. **Steen.**
Langenhorner Chaussee 185.
Beerdigung findet am Mittwoch, 19. Februar, Nachmittags 3 Uhr, von der 1. Kapelle in Ohlsdorf statt.

**Todes-Anzeige.**
Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und meines Sohnes treu sorgender Vater
**Carl Siemer**
plötzlich am Herzschlag verstorben ist.
Tief betrauert von seiner Mutter, Geschwistern und seinem Sohne und seiner Frau
**Auguste Siemer,** geb. **Bolz.**
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 18. Februar, Nachm. 2 Uhr, vom Hafenkrankenhause aus statt.

**Todes-Anzeige.**
Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und unser guter Vater
**Wilhelm Schmicker**
im 60. Lebensjahre am 16. Februar nach kurzen, schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Tief betrauert von den Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 19. Februar, Nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle vor dem Holstentor nach dem Krematorium statt.

**Sozialdemokratischer Verein für den zweiten Hamburger Wahlkreis.**
Todes-Anzeige.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied
**J. F. W. Schmicker**
im Alter von 60 Jahren nach kurzem, schwerem Leiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, Nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle vor dem Holstentor aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Zentralverein für den 6. schlesw.-holstein. Reichstagswahlkreis.**
**Zahlstelle Stellingen-Langenfelde.**
Todes-Anzeige.
Hiermit die traurige Nachricht, daß unser Genosse
**Wilhelm Böttcher**
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 18. Februar, Nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause, Grenzstraße 3, aus statt.
Um rege Teilnahme bittet
**Der Vorstand.**

**Erster Hamburger Concertina-Klub v. 1906.**
Am Freitag, den 14. Februar, verstarb plötzlich und unerwartet unser Mitglied
**Henri Klaue.**
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung am Mittwoch, den 19. Febr., Nachmittags 2 Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause.
**Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.**
Am Sonntag früh entschlief nach langer, schwerer Krankheit unsere liebe Tochter und Schwester **Berta Mattenson** im Alter von 25 Jahren.
Tief betrauert von ihrer
**Mutter und Geschwistern.**
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Februar, Nachmittags 2 Uhr, statt.

**Verband der Bäcker, Konditoren u. verw. Berufsgenossen.**
**Mitgliedschaft Hamburg-Altona.**
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Kollege
**Otto Ewert**
im Alter von 22 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, 18. Februar, Nachm. 2 Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause nach Ohlsdorf statt.
Um rege Beteiligung bittet
**Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**
**Verwaltungsstelle Hamburg.**
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hierdurch die traurige Nachricht, daß unser Kollege
**J. H. Bobsien**
am Donnerstag, den 13. Februar, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, Nachmittags 3 Uhr, vom Allgemeinen Krankenhause, Eppendorf, aus nach Ohlsdorf statt.
**Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Hafenarbeiter und verw. Berufsgenossen Deutschlands.**
**Mitgliedschaft Segelmacher.**
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Kollege
**F. Hagener**
am Freitag, 14. Februar, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet **heute,** den 18. Februar, Nachmittags 2½ Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
**Der Vorstand.**

**Danksagung.**
Für die liebevolle Teilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Sohnes **Edmund** sage ich allen Verwandten und Bekannten, sowie der Firma **Böttger u. Gessner,** Altona und Ottensen, und dem Herrn Pastor **Mau** für die trostreichen Worte meinen innigsten Dank.
**Frau C. Lehfeld u. Kinder.**

**Danksagung.**
Für die uns erwiesene Teilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwiegermutter und Großmutter **Katharine D. E. Müller,** geb. **Langbartels,** sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders den Mitarbeitern der Firma **Caprano & Gruhn** und den guten Nachbarn unseren herzlichsten Dank.
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

**Danksagung.**
Für die herzliche Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau
**Frieda Nodop**
sage ich allen Verwandten, Nachbarn und Bekannten, meinen Mitarbeitern von der Hamburger Aktien-Brauerei St. Pauli, insbesondere dem Zigarrenhausarbeiter **Hagge** nebst Arbeitern meinen innigsten Dank.
**Claus Nodop und Kind.**

**Danksagung.**
Hiermit allen Freunden, Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank für die reiche Kranzspendung und für die rege Beteiligung bei der Beerdigung unseres lieben Bruders u. Schwagers **Rudolf Bröcker.**
**Emil Bröcker und Frau,** geb. **Martens.**

**Danksagung.**
Für die innige Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben, unvergeßlichen Mannes **Wilhelm Trumann** sage ich allen Verwandten und Bekannten, sowie seinen Kollegen vom Verband der Hafenarbeiter, Mitgliedschaft Mauersteinarbeiter, meinen tiefempfundenen Dank.
**Frau Charlotte Trumann Wwe.**

**Danksagung.**
Für die herzliche Teilnahme an dem Tode meines lieben Mannes sage ich dem **Buchdruckerverein** und der **Liedertafel „Gutenberg"** meinen innigsten Dank.
**Frau Ch. Harzendorf Wwe.,** geb. **Breuer.**

**Heinrich Lenecke,**
**Beerdigungs-Uebernehmer.**
**Eichholz 8, I.**
Meine Telephon-Nummer
**ist jetzt 9099, Amt II.**

**Beerdigungs-Verein**
**St. Anschar von 1889.**
**Bureau u. Sargmagazin:**
**Grosse Prinzenstr. 39, Altona.** Tel. 763.

# Diese Woche **Ausnahme-Preise** solange der Vorrat reicht

Spezialität: Komplette Küchen- u. Hotel-Einrichtungen

## 1 Waggon Porzellan-, Speise- u. Kaffeegeschirre
mit schönem Rosendecor.

- Speiseteller, flache oder tiefe ... 28 ₰
- Dessertteller ... 24, 20, 17 ₰
- Terrinen, ovale ... 3,65, 2,45 M.
- Ragoutschüssel, ovale ... 2,10 M.
- Saucièren ... 98 ₰
- Compotièren, viereckig ... 85, 65 ₰
- Bratenplatten, ovale, 2,40, 1,65, 1,15, 80 ₰
- Beilageschalen, ovale ... 42, 39 ₰
- Platten, runde, flache oder tiefe ... 90 ₰
- Senfgefässe ... 65 ₰
- Salzgefässe ... 30 ₰
- Speise-Service aus obig. Geschirren zusammengestellt kosten für 6 Personen, 23 teilig 11,85 M.; für 12 Personen 48 teilig 25,50 M.; 80 teilig 37,65 M.
- Kaffeekannen, grosse ... 1,05 M.
- Theekannen, grosse ... 1,05 M.
- Zuckerdosen ... 50 ₰
- Milchtöpfe, grosse ... 38 ₰
- Kaffeetassen mit Untertasse ... 22 ₰
- Butterdosen ... 85 ₰
- Eierbecher ... 10 ₰
- Kaffeeservice aus obigen Geschirren zusammengestellt kosten für 6 Personen, 9 teilig ... 3,25 M.; für 12 Personen, 16 teilig ... 5,60 M.

**Feuerfestes Ton-Kochgeschirr**
Marke „Feuertrotz" enorm billig.
Zum Kochen auf offenem Gas oder Kohlenfeuer.
**Alleinverkauf für Hamburg.**

## Decor-Porzellan

- Rahmservice, 3teilig ... 95, 68 ₰
- Dejeuners, 6teilig ... 4,50, 2,55, 2,10 M.
- Aufschnittschalen ... 45 ₰
- Kaffee-od. Theetassen m. Goldrd., 2 Paar 50 ₰
- Kaffeeod. Theetassen m. Goldverzier., 2 Paar 60 ₰
- Kaffeeservice, 9teilig ... 4,35, 3,45, 2,65 M.
- Milchtöpfe, Satz = 6 Stück 1,75, 1,35, 1,10 M.
- Fruchtservice, 7teilig ... 1,15 M.
- Liqueurservice, 8teilig ... 1,45 M.
- Essservice für 6 Personen, 23teilig ... 14,75, 13,75 M.
- Essservice für 12 Personen, 48teilig ... 44,25, 37,75 M.
- Essservice für 12 Personen, 80teilig ... 78,75, 52,50 M.
- Theeservice besteh. aus Theekanne, Milchtopf, Zuckernapf und 2 Paar Tassen, zusammen 98 ₰
- Salatièren, runde ... 26, 19, 16 ₰

## Decor-Porzellan

- Speiseteller mit Goldrand ... 28 ₰
- Dessertteller m. Goldrand, ca. 17cm 16 ₰
- Butterdosen ... 65, 58, 45 ₰
- Tonnengarnitur, 22teilig, Fliedermuster 11,90 M.
- Theekannen mit Goldrand, M. 1,35, 95, 70 ₰
- Kuchenteller, durchbrochen, 95, 32, 28 ₰
- Kuchenkörbe, ovale, durchbrochen. 1,10 M.
- Leuchter ... 33 ₰
- Kaffeekannen mit Goldrand, M. 1,25, 90, 70, 55 ₰
- Terrinen, Feston mit Goldrand, 3,25, 2,85, 1,95 M.
- Saucièren, Feston mit Goldrand 95 ₰
- Platten, ovale, mit Goldrand .. 1,65 1,15 M.
- Kinderbecher ... 24, 16, 12 ₰
- Kinder-Service, 4teilig .. M. 1,30, 95 ₰

## Weisses Porzellan

- Terrinen, Feston ... 1,55 M.
- Saucièren ... 48 ₰
- Platten, runde, flache oder tiefe ... 48 ₰
- Speiseteller, Feston, flache od. tiefe 18 ₰
- Dessertteller, Feston ... 16, 12 ₰
- Salatièren, □ ... 65, 50, 32, 19 ₰
- Bratenplatten, ovale Feston, 1,50 M., 95, 70, 50, 38 ₰
- Ragoutschüsseln ... 1,10 M.
- Schüsseln, runde, tiefe ... 95 ₰
- Senfdosen ... 35 ₰
- Pfeffer- und Salzgefässe ... 15 ₰
- Mehlspeiseformen ... 98 ₰
- Compotteller, massive ... 14 ₰
- Theetassen ... 2 Paar 45 ₰

## Steingut

- Essservice, 23teilig, schön dekoriert .. 7,75, 6,75 M.
- Waschservice, 4teilig, schön dekoriert ... 1,65 M.
- Waschservice, 5teilig, schön dekoriert 3,95 2,65 M.
- Waschservice, 5teilig, mit Goldverzierung ... 5,30 M.
- Toiletteneimer, weiss od. dekoriert 2,35 M.
- Salatièren, Satz = 6 Stück ... 1,35 1,05 M.
- Wurstkasten ... 1,10 M.
- Heringskasten ... 1,20 M.
- Wasserkannen, grosse, dekoriert 78 ₰
- Teller, tiefe oder flache ... 8 ₰
- Dessertteller ... 7, 6 ₰
- Tonnengarnituren, 22teilig 12,85, 10,25 8,65 M.
- Tassen mit Untertassen ... 10 ₰
- Butter- od. Schmalzdosen m. Goldd. 75 ₰

**Trinkgarnitur „Figaro"**
- Rot- od. Rheinweingläser 18, 24 ₰
- Portweingläser ... 14, 24 ₰
- Sherrygläser ... 18, 21 ₰
- Likörgläser ... 17 ₰
- Theebecher ... 13 ₰
- Bierbecher ... 13 ₰

## Glas

- Butterdosen ... 18, 16 ₰
- Käseglocken ... 45, 38 ₰
- Compotschalen, rund, ca. 13 cm ... 8 ₰
- Wasserflaschen mit Stöpsel ... 35 ₰
- Zuckerschalen auf Fuss ... 16 ₰
- Fruchtschalen ... 1,10, 70 ₰
- Wassergläser ... 6 ₰
- Glasteller ... 5 ₰
- Bierbecher m. Hamburger Wappen 25 ₰
- Flacons, grosse ... 15 ₰
- Weingläser, gepresst ... 9 ₰
- Fussbecher, gepresst ... 15 ₰
- Compotschalen, runde, ca. 26 cm 21 cm 18 cm 16 cm 14 cm 12 cm — 42 36 28 22 15 10 ₰

**Wassergläser**, geschliffen ... 23 ₰
**Glasteller**, geschliffen ... 30, 26, 22 ₰
**Sturzflaschen** mit Glas, geschliffen ... 55 ₰
**Käseglocken**, geschl., 1,65, 1,45, 68 ₰
**Compotièren**, geschliffen, 1,45, 1,20 M., 70, 58 ₰
**Milchtöpfe**, geschliffen, 36, 32, 28 ₰
**Weingläser**, geschliffen ... 19, 15 ₰

## Cristall – Glas

**Trinkgarnitur „Metz".**
- Rotwein- od. Rheinweingläser 48 ₰
- Rotweingläser, extra grosse ... 55 ₰
- Portweingläser ... 39 ₰
- Sherrygläser ... 37 ₰
- Liqueurgläser ... 30 ₰
- Groggläser ... 55 ₰
- Champagnergläser, hoch ... 48 ₰
- Champagnerschalen ... 55 ₰
- Wassergläser oder Bierbecher 32 ₰
- Weingläser „Mimosa" ... 45 ₰
- Weingläser „Kosmos" ... 55 ₰
- Weinkaraffen ... 1,45 M.
- Liqueurkaraffen ... 90 ₰

**Trinkgarnitur „Colonia".**
- Rot- oder Rheinweingläser 27 ₰
- Rotweingläser, extra grosse. 35 ₰
- Portweingläser ... 23 ₰
- Liqueurgläser ... 19 ₰
- Champagnergläser, hoch ... 38 ₰
- Champagnerschalen ... 42 ₰

## Hausstands-Artikel

- Reibemaschinen ... 1,35, 1,10 M.
- Küchenwagen ... 2,45, 1,95 M.
- Brotschneidemaschinen .. 3,90, 3,30 M.
- Putz- oder Wichskasten ... 42 ₰
- Ofenschirme, schön dekoriert 4,85, 3,35 M.
- Wringmaschinen ... 13,25, 11,25 M.
- Waschtöpfe, verzinkt ... 2,80, 2,10 M.
- Messerputzmaschinen ... 6,75 4,25 M.
- Küchenuhren ... 3,55, 2,95 M.
- Markttaschen ... 1,15 M., 95 45 ₰
- Emaille-Schmortöpfe, grosse, 1,30, 95 ₰
- Emaille-Waschschüsseln, weiss ... 58, 48, 43 ₰
- Emaille-Teigschüsseln 1,70 1,40 1,05 M.
- Emaille-Löffelbretter ... 1,25 M.
- Aluminium-Schmortöpfe 5,25, 4,90 4,25 M.
- Tafelleuchter, hohe ... 85 ₰
- Theebecher mit vernickelt Untersatz ... 1,10 M. 55 ₰
- Butterkühler, vernickelt ... 2,95 M.
- Tischfeger mit Schaufel, Kupfer. 2,50 M.
- Solinger Bestecke mit Ebenholzheften .. Paar 85 ₰
- Solinger Bestecke, gute Qualität, Paar 52, 42 ₰
- Fleischhackmaschinen .. 3,20, 1,75 M.
- Putzkommoden ... 3,65, 2,85 M.
- Salon-Kohlenkasten ... 2,95, 2,35 M.
- Kaffee- oder Zuckerdosen .. 30, 12 ₰
- Gebäckkasten ... 1,35 M., 85, 40 ₰
- Tischmangeln ... 26,25, 19,75 M.
- Wannen, verzinkte ... 2,00, 1,85, 1,55 M.
- Zwillings-Plättmaschinen, bestehend aus 2 Eisen, 1 Erhitzer und 1 Griff ... 6,75 M.
- Petroleumkocher ... 3,95, 3,25 M.
- Emaille-Toiletteneimer .. 2,95, 2,15 M.
- Emaille-Spülwannen .. 1,65, 1,45, 1,10 M.
- Emaille-Wasserkannen .. 1,15, 85 ₰
- Emaille-Becher ... 26, 22 ₰
- Aluminium-Wasserkessel ... 7,25 M.
- Brotkörbe, vernickelt ... 1,00 95 ₰
- Theemaschinen, vernickelt ... 10,75 M.
- Petersilienschneider ... 1,00 M.
- Eierschneider, vernickelt ... 75 ₰
- Solinger Tischmesser m. vernick. Heft ... 25 ₰
- Solinger Tischmesser mit schwarzem Heft ... 30 ₰

# Warenhaus Hermann Tietz, Gr. Burstah 12/14.

---

Die am 8. d. M. in Lissabon
**mit grossem Pomp**
stattgefundenen
**Beisetzungsfeierlichkeiten**
des ermordeten **Königs** und **Kronprinzen von Portugal**
im **Belle-Alliance-Theater**
vorgeführt mit entsprechender Trauermusik der gesamten Kapelle d. Herrn Musikdirektor **Joh. C. Andresen.**
Ferner:
**Farman's Flugmaschine.**
Die beste aller bisher gebauten, wurde infolge ihrer **glänzenden Erfolge** mit dem Preise von **50 000 Franks** gekrönt.
Ausser diesen Sensationsbildern folgende hervorragende Neuheiten:
**Pierrots Traum im Sektrausche.** Interessant.
**Das elektrische Duell.** Hochkomisch.
**Vorwärts mit der Musik.** Humoristisch.
**Der verhexte Kutscher.** Aeusserst belustigend.
**Das Kind des Schiffers.** Reizende Episode aus dem Leben.
**Die Macht des Gesanges.** Humoristisch.
**Um eine Blume.** Feindurchdachtes Lebensbild.
**Der neugebackene Schauspieler.** Komisch.
**Rixdorfer Bauernhochzeit.** Humoristisches Tonbild.
**Der Fritze und die Fritzi.** Neuestes Tonbild.
Und die stets eintreffenden Neuheiten, sowie täglich:
**Grosses Konzert.**

**Verloren!!**
am 14. Februar, bei der Totenfeier im Gewerkschaftshause, ein Pelzkragen. Der ehrliche Finder w. gebet., denselb. abzug. b. Alb. Biese, Schmilinskystr. 18.

**Jugend und Schönheit**
Wer ein schönes, jugendliches, interessantes Gesicht haben will, der verwende
**Leichner's Fettpuder**
**Leichner's Hermelin- und Aspasia-Puder**
deren sich die höchsten Damenkreise und die ersten Künstlerinnen mit Vorliebe bedienen. Man sieht nicht, dass man gepudert ist. Erhältlich nur in geschlossenen Dosen in allen Parfümerien und in der Fabrik
L. Leichner, Lieferant der Kgl. Theater. BERLIN, Schützenstrasse 31.
Weltausstellung Mailand 1906, Grand Prix.

**Wir empfehlen:**
**Hamburger Staatseinrichtungen,** wie sie sind und wie sie sein sollten ... 1,—
**Ratgeber für Arbeiter,** Eine Zusammenstellung der wichtigsten Bestimmungen aus den Arbeiter-Versicherungsgesetzen und der bürgerl. Gesetzgebung, gebd. 1,25
**Gesetze rc.:**
- Das Bürgerliche Gesetzbuch, gebd. 1,—
- Die Gewerbe-Ordnung, gebd. .. 1,20
- Das Hamburgische und das Preußische Vereinsgesetz ... —,05
- Führer durch das Vereins- und Versammlungs-Recht ... —,30
- Führer durch das Invalidenversicherungsgesetz ... —,25
- Führer durch das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz ... —,25
- Führer durch das Bau-Unfallversicherungsgesetz ... —,25
- Führer durch das Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft ... —,25
- Führer durch die Strafprozeßordnung ... —,40
- Führer durch das Krankenversicherungs-Gesetz ... —,30

**Kunstblätter, Portraits rc.:**
- Die Arbeit und der Frieden ... —,50
- Kunst und Wissenschaft ... —,50
- Die Marseillaise ... —,40
- Der Mann mit der Hacke ... —,40
- Stammbaum des modernen Sozialismus, ohne Leisten ... —,50
- Stammbaum des modernen Sozialismus, mit Leisten ... —,75
- Bebel, Engels, Grillenberger, Jacoby, Lassalle, Liebknecht, Marx, Eleanor Marx, Aveling, Motteler, Singer, Zetkin ... à —,50

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., Fehlandstraße 11.

**Logensaal**
Weickerstrasse, gegenüber Stadt-Theater.
Täglich, Abends 8–10 Uhr:
Sonntags 2 Soireen ½4 u. ½8 Uhr:
**Fly und Slade.**
An d. Grenze des Uebersinnlichen. Rätselhafte Vorgänge aus dem Reiche der vierten Dimension. Somnambulismus. Occultismus. Psychologische Studien. Spiritistische Sitzung. Physikalisches Medium. Gedankenübertragung. Fernwirkung. Telepathie. Riesengedächtnis.
Vorverk.: Täglich von 11–12 und 3–4 Uhr im Logensaale, bei Käse sowie Abendkasse.
Sonntag Nachmittag kleine Preise; Programm reichhaltig wie Abends.

**Papagei** gef. Seiler, Feßlerstr. 4, Barmb.

**„Pries!" Grand Elixier et Liqueur!**

**80** f. D.-Mask.-K. z. verm. Königstr. 21, II., Alt.

**Achtung!!**
**Bandonion-Klub**
sucht neue Mitglieder. Pariser A-dur. Zu melden bei **Carl Schulze, Gastwirt, Campestraße 33.** Uebungsabend Dienstag.

## Theater.

Dienstag, den 18. Februar:
**Stadt-Theater.** Das war ich. Dann: **Der Bajazzo.** Hierauf: **Cavalleria rusticana.** Gewöhnliche Opern-Preise. Anfang 7½ Uhr.
**Thalia-Theater.** Die Journalisten, Lustspiel in 4 Akten, von Gust. Freytag. Anfang 7½ Uhr.
**Altonaer Stadt-Theater.** Ein verarmter Edelmann, Schauspiel in fünf Aufzügen, von Octave Feuillet. Schauspiel-Preise. Anfang 7½ Uhr.
**Neues Operetten-Theater.** Heute u. folgende Tage: **Die Dollarprinzessin.** Sonntag Nachmittag: **Mikado.**
**Carl Schultze-Theater.** Heute und folgende Tage: **Gretchen.**
**Ernst Drucker-Theater.** Zum ersten Male: Größte Sensation aus unseren Tagen! **Die eigene Frau verkauft,** ein sensat. Drama nach bekannten Vorgängen in 5 Bildern, von C. Bilse. Vorher: **Die Wahrheit beim Kommerzienrat,** Faschingspiel in 1 Akt, von A. Förster. Anfang 8 Uhr.

Mittwoch, den 19. Februar:
**Stadt-Theater.** Mittags 1½ Uhr: **4. Vorstellung klassischer Werke für Schüler. Wilhelm Tell.** Ueber sämtliche Plätze zu dieser Vorstellung ist bereits verfügt. — Abends 7½ Uhr: **Fidelio.** Große Opern-Preise.
**Thalia-Theater.** Panne. Anf. 7½ Uhr.
**Altonaer Stadt-Theater.** Schicksal, Drama in einem Akt, von Karl Wilhelm Röttiger. Hierauf: Hypnose, Drama in 3 Aufzügen, von Karl Wilhelm Röttiger. Schauspiel-Preise. Anfang 7½ Uhr.

## Deutsches Schauspielhaus.
Dienstag, den 18. Februar 1908:
Zum ersten Male: **Der Diamant,** eine phantastische Komödie in fünf Akten, von Friedrich Hebbel.
**Prolog.**
Mitwirkende: Frl. Egenolf, Frl. Hönigsvald, Hr. Wagner.

Mitwirkende: Hr. Montor, Frl. Blanke, Frl. Elsinger, Hr. Schmidt-Lorenz, Hr. Gobfrid, Hr. Stettner, Fr. Hachmann-Zipser, Hr. Brahm, Hr. Röhl, Hr. Brandt, Hr. Berthold, Hr. Leisner, Hr. Heil, Frl. Löge, Frl. Luxinger, Frl. Windel, Frl. Keller, Hr. Meyer, Hr. Marton, Hr. Kuckarz.
Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.
Mittwoch: 3. Vorstellung im Hebbel-Zyklus. **Der Diamant.**
Donnerstag: **Die Ernte.**
Freitag: **Der Diamant.**
Sonnabend: **Das goldene Vließ.** 3. Abt.: **Medea.**
Sonntag, Abends 7½ Uhr: **Das Recht auf Liebe.**

**Voranzeige.**
Mittwoch, den **26.** Februar, Anfang **7** Uhr. Zum Besten der Pensionsanstalt der Genossenschaft deutscher Bühnen-Angehöriger:
**Gesellschaftsabend.**
Zum 1. Male:
**Doktor Klaus,**
Lustspiel in fünf Akten, von Adolf L'Arronge.
Nach Schluß der Vorstellung:
**Ball auf der Bühne.**
Preise der Plätze für diesen Abend:
Eine Loge im Parkett, Balkon oder 1. Rang (5 Pers.) M. 100, (4 Pers.) M. 80.
Eine Loge im 2. Rang (4 Pers.) „ 40. (3 Pers.) „ 30.
Ein Sitz im Parkett od. Parterre-Sperrsitz „ 10.
Ein Sitz im 1. Rang (1.—11. Reihe) „ 10.
Ein Sitz im 2. Rang (1.—13. Reihe) „ 5.
Billets an der Tageskasse, bei **H. Käse,** Alsterarkaden, u. **Oscar Wichers,** Steindamm.

## Schiller-Theater.
Dienstag, 18. Februar, Anfang 8 Uhr:
(22. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.)
**Am Altar.**
Mittwoch: **Der Stabstrompeter.**

## Volks-Schauspielhaus.
Dienstag, 18. Februar, Abends 8 Uhr:
Vorzugskarten gültig.
**Plattdeutscher Abend.**
**Ut de Düü'n,**
Drama in 4 Akten, von Heinrich Gahl.
Mittwoch: **Die Räuber.**
Donnerstag: **Hamburger Leiden.**

**FLORA.**
**Georg Hartmann**
und das
**grosse Programm.**
Einlass 7 Uhr. Karten gültig.
Im Parkettsaal:
**Heute, Dienstag:**
**BALL.**
**Morgen, Mittwoch:**
**2. Masken-Ball.**

**HANSA-THEATER.**
Charmeroy * G. Grais
**Charlotte Wiehé**
Georg Kaiser * Udel-Quartett
**und das Februar-Programm.**
Anfang 8 Uhr. — Ende 10¹⁰ Uhr.

**Loebel's „Gemischter"**
**Bitterlikör.**
Ausschank in den meisten Wirtschaften.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

# Zweite Beilage zum Hamburger Echo Nr. 41.

Dienstag, den 18. Februar 1908.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

## Gaukonferenz der Textilarbeiter.

Der Gauleiter Döbler-Hannover ergänzte den Bericht, wobei er namentlich scharf die Disziplinlosigkeit verschiedener Zahlstellen bei Inszenierung von Streiks tadelte. In der Diskussion wandten sich die Vertreter, vor allem der Zahlstelle Delmenhorst, gegen die „Brems"-taktik der Verbands- und Gauleitung und behaupteten, diese verträten die Interessen der Mitglieder nicht in der richtigen Weise. Demgegenüber ward festgestellt, daß im genannten Orte eine geradezu unerhörte Hetze gegen die Verbandsbeamten getrieben werde, und das Verhalten der leitenden Personen in Delmenhorst allgemein heftig verurteilt und als unwürdig bezeichnet.

In dem Referat von Schrader-Hannover über die Arbeitslosenunterstützung wies dieser nicht nur die Notwendigkeit dieser Einrichtung im Interesse der inneren Festigung und Gesundung der Organisation eingehend nach, sondern erklärte auch, daß ohne gründliche Regulierung der Beiträge nach oben der Verband niemals aus der jetzigen Schwäche und Leistungsfähigkeit herauskommen werde. Redner beantragte schließlich: „Die Konferenz beschließt: Die Generalversammlung zu Leipzig wolle entsprechend dem Beschluß der Generalversammlung zu Mülhausen die Erwerbslosenunterstützung einführen. In der Diskussion wurde fast ausnahmslos dem Referenten zugestimmt, nur die Delmenhorster Delegierten bekämpften die Einführung mit den bekannten Argumenten der Unterstützungsgegner, deren kräftigstes die Befürchtung ist, der Klassenkampfcharakter der Gewerkschaft könne verwischt werden. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Schrader gegen zwei Stimmen angenommen, ein Antrag, Urabstimmung über die Einführung stattfinden zu lassen, abgelehnt, ebenso ein Antrag, die Einführung mit Rücksicht auf die gegenwärtige Krise noch zu vertagen.

Den Vortrag „Wirtschaftliche Rück- und Ausblicke" hielt an Stelle des behinderten Referenten Krätzig Wagner-Berlin. Redner schilderte ausführlich Entstehung und Wesen der Krisis, die auch das Textilgewerbe und damit vor allem die Textilarbeiter schwer trifft: Bemerkbar machte sie sich u. a. an dem Minderbedarf an Winterartikeln, was auf verminderte Kaufkraft der durch Arbeitslosigkeit geschwächten Massen zurückzuführen ist. Geringer war auch der Verbrauch an Säcken infolge verminderter Bautätigkeit, worunter die Juteindustrie zu leiden hat. Sehr ungünstig liegt es auch in der Seidenindustrie, in der außerdem Differenzen zwischen Fabrikanten und Kaufleuten lähmend wirken. Am wenigsten sind bisher die Spinnereien und die Baumwollweberei in Mitleidenschaft gezogen, während in der Wollweberei die Sache schon unsicherer steht. Jedenfalls liegen die Dinge so, daß die Arbeiter sich nicht in Kämpfe hineindrängen lassen sollen, vor allem nicht in so ungünstiger Situation, wie z. B. in Krefeld. Ruhe und Vorsicht sind mehr denn je am Platze. Die Mitglieder müssen dem Vorstande darin vertrauen, daß er gewissenhaft die richtigen Maßnahmen trifft, auch wenn er sich in Würdigung der ganzen Sachlage vorderhand auf die Abwehr beschränkt. Denn „Gewehr bei Fuß" ist augenblicklich die einzig brauchbare Parole. Wird die Taktik der Geschäftslage und der wirklichen Kraft der Organisation angepaßt, dann kommen wir durch die schlechten Zeiten glücklich hindurch und können uns rüsten, um in guten Zeiten nötigenfalls auch durch große Kämpfe unsere Lebenslage zu heben.

Die Diskussionsredner äußerten sich zustimmend.

Ein Antrag, der „Textilarbeiter" solle mehr als bisher auf die Notwendigkeit der politischen Partei und das Lesen der Parteipresse hinweisen, wurde mit der Begründung, daß dies in ausreichendem Maße geschehen, abgelehnt; ein Antrag, Ort und Betriebe bekannt zu geben, in denen sich „gelbe" Gewerkschaften befinden, dem Vorstande und der Redaktion zur Erwägung überwiesen. Beschlossen wird, daß bei der Anstellung von Geschäftsführern möglichst für Einführung eines Lokalzuschlages zu sorgen und bei der Auswahl und vor der Anstellung die Zustimmung der Zentral- und Gauverwaltung einzuholen. Weiter erklärte sich die Konferenz im Prinzip für die Erhöhung der Beiträge.

Der Sitz der Gauleitung bleibt Hannover; der Antrag, ihn nach Bremen zu verlegen, wurde abgelehnt. Als Gauleiter wurde Döbler-Hannover nahezu einstimmig wiedergewählt.

Um 7 Uhr Sonntag Abends schloß der Gauleiter die Konferenz mit einem Rückblick auf die Ergebnisse derselben und einem Appell zu weiterer eifriger Arbeit für die Organisation.

## Arbeiterbewegung.

### Streik, Aussperrung und Sperren.

**Zuzug ist fernzuhalten von:**
**Dachdeckern** nach Hamburg;
**Isolierern** nach Hamburg-Altona;
**Mälzereiarbeitern** nach Grevesmühlen;
**Schneidern** nach dem Bekleidungsamt in Altona-Bahrenfeld.

### Hamburg und Umgegend.

**Streik in der Brotfabrik Fahrenkrug in Holstein, vormals Theodor Severin.** Die Differenzen mit der Fahrenkruger Brotfabrik, über welche schon in Nr. 38 d. Bl. berichtet wurde, haben am 16. Februar zur einmütigen Arbeitsniederlegung unserer 22 Mitglieder in diesem Betriebe geführt. Auf das schriftliche Ersuchen der Verbandsleitung an die Direktion der Fabrik, noch mit uns in Unterhandlung wegen Beilegung des Streitfalles zu treten, hat uns die Fabrikleitung keiner Antwort gewürdigt. Statt dessen maßregelte dieselbe am 14. Februar auch noch den Kassierer unserer Organisation, der weiter nichts verbrochen hatte, als daß er im Auftrage seiner Kollegen mit dem Verbands- und Kartellvorsitzenden gemeinsam am 12. Februar versuchte, mit der Direktion der Fabrik in Unterhandlungen einzutreten. Bei diesem Versuch hatte jener Genosse kein Wort gesagt, trotzdem wurde er gemaßregelt. Das mußte nur Oel ins Feuer gießen, und wurde am 15. Februar einstimmig beschlossen, am 16. Februar die Arbeit niederzulegen, was auch von allen Verbandsmitgliedern geschehen ist, und nur der Backmeister und drei unorganisierte Vorarbeiter versuchen, den Betrieb aufrecht zu erhalten. — Das Gewerkschaftskartell in Segeberg hat in seiner Sitzung am 15. Februar den Boykott über die Fabrikate der Fahrenkruger Brotfabrik (Brot und Zwieback) beschlossen.

Wir ersuchen die organisierte Arbeiterschaft, uns in dem Kampfe gegen diese Fabrikprotzen energisch zu unterstützen und dafür einzutreten, daß die boykottierte Backware dieser Fabrik nirgends von der Arbeiterschaft gekauft wird. — Auch auf die Konsumvereine in den Städten bitten wir einzuwirken, daß dieselben kein Brot mehr von der Fahrenkruger Fabrik beziehen.

Wenn uns die organisierte Arbeiterschaft wirksam in diesem Kampfe ihre Solidarität bezeugt, wird die Direktion der Fabrik bald nachgeben müssen.

Der Vorstand des Bäckerverbandes.
O. Allmann, Vorsitzender, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.

**Der neunstündige Arbeitstag.** Bei der Firma Thilo u. v. Döhren, Zichorienfabrik, Wandsbek, v. Bargenstraße, ist vom 17. Februar d. J. an Stelle der bisher üblichen 10stündigen Arbeitszeit die 9stündige Arbeitstag eingeführt worden. Die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten eine Kommission mit der Beantragung dieser Verbesserung bei der Firma beauftragt. Auch wurde die gewünschte Einstellung von Ersatzleuten an Stelle fehlender Betriebsarbeiter wegen Krankheit, militärischer Uebungen rc. von der Firma zugesagt. Die bisherigen Löhne werden bei der Einführung der 9stündigen Arbeitszeit weiter gezahlt.

Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Hamburg.

**Alle Bauhandwerker, Heizungsmonteure, Maschinisten, Heizer, Fabrikarbeiter rc.** werden von unterzeichneter Kommission ersucht, überall, wo sie Isolierer antreffen, diese streng zu kontrollieren, ob sie im Besitz der grünen Legitimationskarte sind. Hauptsächlich kommen das Isolierwerk „Bostonit" und die Firma Grünzweig u. Hartmann in Frage.

Die Lohnkommission der Isolierer Hamburgs.

**Gärtner, Garten- und Erdarbeiter, von Wedel und Blankenese.** Auf der Anlage des Herrn Stücken, Falkenstein bei Blankenese (unter Leitung des Garteningenieurs Herrn Jürgens und unter Ausführung des Obergärtners Herrn Laß), haben die dort beschäftigten acht Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Stundenlohn von 45 ₰, welchen sie seit April 1907 verdienen, sollte ihnen auf 40 ₰ reduziert werden. — Auch ein Zeichen der Zeit! Herr Stücken läßt sich eine feine Villa bauen, einen großen Garten anlegen und die bei ihnen beschäftigten Arbeiter sollen sich trotz der täglich steigenden Lebensmittelpreise noch Lohnabzüge machen lassen. Das nennt man aber nicht Aufreizung zum Klassenhaß. — Es darf dort kein Kollege in Arbeit treten.

Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein.
Ortsverwaltung Hamburg, Hamburg 36, Drehbahn 35.

## Deutsches Reich.

er. **Wer hetzt zum Streik?** Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Berlin hat an die Vorstände der einzelnen Arbeitgeberverbände in Deutschland ein Rundschreiben ergehen lassen, in welchem er versucht, zu Lohnherabsetzungen anzureizen. Er teilt in dem Rundschreiben mit, daß im Bezirk des Verbandes Berlin ein starkes Ueberangebot von Arbeitskräften sich herausgestellt habe, so daß sich zahlreiche Maurer- und Zimmergesellen für einen Stundenlohn von 60 ₰ (??) anbieten. Da aber angesichts der anhaltenden Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse eine so weitgehende Herabsetzung des Lohnes keineswegs opportun sei, so habe der großmütige Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten beschlossen, den Stundenlohn für Maurer- und Zimmergesellen bis auf weiteres auf 70 ₰ und für Bauhülfsarbeiter auf 45 bis 50 ₰ festzusetzen. Da bisher 75 ₰ bezw. 50 ₰ gezahlt wurden, so sei durch diesen Beschluß — wie der Vorstand des Braunschweiger Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe mitteilt — den Mitgliedern des Verbandes Spielraum gegeben, den Lohn bei dem augenblicklichen Ueberangebot von Arbeitskräften um „höchstens 5 ₰ zu ermäßigen".

Der Berliner Verband scheint sich also den Teufel um Tarifabschlüsse kehren zu wollen. Er sucht daher die Unternehmer im Lande gleichfalls anzureizen, ähnliche Beschlüsse zu fassen. Denn einen anderen Zweck kann die Uebermittlung seines Beschlusses an die übrigen Verbandsvorstände doch unmöglich haben. Es fragt sich nur, ob die Scharfmacher der Herren Baugewaltigen in Berlin bei den Arbeiterorganisationen mit der Lohnherabsetzung Glück haben.

**Zur Lohnbewegung der Maurer, Zimmerer und Bauhülfsarbeiter von Bielefeld** wird uns geschrieben: Bereits am 30. November v. J. haben auch die Bielefelder Unternehmer des Baugewerbes den drei in Frage kommenden Organisationen, getreu der Marschroute des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, den bekannten Mustertarif eingeschickt. Demnach soll ein Tarif bis 1910 abgeschlossen werden, wonach eine Verkürzung der Arbeitszeit während der Dauer des Vertrages nicht stattfinden soll. An Lohn soll an einen tüchtigen Maurer- und Zimmergesellen bis 31. März 1909 50 ₰ und an tüchtige Bauhülfsarbeiter 40 ₰ pro Stunde bezahlt werden, obgleich der Mindestlohn seit zwei Jahren für Maurer und Zimmerer 50 ₰ und für Bauhülfsarbeiter 40 ₰ pro Stunde betrug. Eine Lohnerhöhung von 5 ₰ pro Stunde soll, in Voraussicht einer Besserung im Baugewerbe, am 1. April 1909 eintreten. Die Lohnzahlungsperiode soll für die Folgezeit 14 Tage dauern. Jegliche Agitation auf der Arbeitsstelle (also auch während der Pausen) ist bei sofortiger Entlassung verboten usw. Und dieser Vertrag, „Muster ohne Wert", soll noch der Genehmigung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe unterliegen. Die Verhandlungen, die am letzten Freitag stattfanden, sind resultatlos verlaufen, indem die Arbeitgeber keine weiteren Zugeständnisse machten. Die Bautätigkeit in der Bielefelder Gegend verspricht eine gute zu werden.

**Von den Wiesenthalern** berichtet der „Vorwärts" weiter: Die am Freitag bei Dräsels abgehaltene Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes hat den „Sieg" der Wiesenthalschen Richtung vervollständigt. Verbandsvorsitzender, Kassierer, Redakteur, die Beisitzer des Verbandsvorstandes sowie der gesamte Vorstand des Berliner Vereins sind abgesetzt, dafür hat Wiesenthal die Leitung des Verbandes und des Berliner Vereins sowie die Redaktion des Verbandsorgans übertragen erhalten; der Vorstand des Berliner Vereins besteht nur noch aus Rohrlegern und ebenso bilden diese im Verbandsvorstand die Mehrheit. Die Rohrleger haben „reinen Tisch" gemacht, wenn es dabei auch nicht ganz sauber zugegangen ist. Wiesenthal treibt als gewerkschaftlicher „Isolierer" ein gefährliches Spiel. Die Mehrzahl seiner Anhänger rechnet sich zur Sozialdemokratie und verfügt über ein stark ausgeprägtes Solidaritätsgefühl, das Wiesenthal in unverantwortlicher Weise auf die berufliche Seite, statt auf die gewerkschaftliche Zusammenfassung aller Kräfte konzentriert. Früher oder später wird sich das an den Rohrlegern bitter rächen. So wie die Rohrleger, verstimmt, weil ihnen angeblich im Metallarbeiterverbande ihr Recht nicht wurde, aus diesem austraten, so kehrt jetzt ein Teil derselben zum Metallarbeiterverbande zurück. Es kriselt unter den Rohrlegern ganz bedenklich und jedenfalls war die Zahl derer, die, als am Freitag zur Wahl Wiesenthals geschritten werden sollte, den Saal demonstrativ verließen, groß genug, um ihm zum Nachdenken Anlaß zu geben. Mit der vollständigen Besetzung des Vereins durch die Richtung Wiesenthal wurde der Austritt aus dem Berliner Gewerkschaftskartell beschlossen. Die auf den Anschluß an den Metallarbeiterverband abzielende Resolution blieb in der Minderheit; dafür stimmten zirka 30 Mitglieder, doch verhielt sich hier wie bei den sonstigen Abstimmungen ein erheblicher Teil der Mitglieder passiv. Zum 8. März beruft der neue Vorstand, gemeinsam mit dem Ausschuß, eine Generalversammlung nach Berlin ein; der Rechtsstreit um das Verbandsvermögen soll bereits am 3. März entschieden werden.

**Lohnabzüge.** In den Werken der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft zu Berlin sind verschiedenen Arbeitergruppen teilweise erhebliche Lohnabzüge gemacht worden. Die davon betroffenen Arbeiter haben beschlossen, diese Abzüge nicht ruhig hinzunehmen, sondern zunächst auf dem Wege der Verhandlung und später eventuell mit schärferen Maßnahmen dagegen Front zu machen. Die Verhandlungen sind noch nicht erledigt, die Direktion hat aber inzwischen eine neue Arbeitergruppe in denselben Werken mit Lohnabzügen bedacht.

## Ausland.

r. **Der Schweizerische Schneider- und Schneiderinnen-Verband** hielt seine von 44 Delegierten aus 26 Sektionen besuchte Delegiertenversammlung in Lausanne ab, die Beteiligung an der schweizerischen Heimarbeitsausstellung, die Einführung der Wöchnerinnenunterstützung, Förderung von Produktivgenossenschaften und Verlegung des Vorortes von Bern nach Zürich beschloß. In der Frage der Taktik wurde der anarchistische Generalstreik abgelehnt und als geeignetes Mittel zur Erreichung des wirtschaftlichen Endzieles die zähe und unablässige Organisation der Massen auf gewerkschaftlichem, genossenschaftlichem und politischem Gebiete, sowie die Aufklärung und Erziehung der Mitglieder zu tatkräftigen, vom Klassenbewußtsein durchdrungenen, in der Berufsorganisation harmonisch zusammenwirkenden Persönlichkeiten erachtet.

## Tages-Bericht.

Montag, 17. Februar.

### Lübeck.

**Das Warenhaus Leo Leipholz u. Co.** und die übrige Konkursmasse ist nach neueren Meldungen für 1 176 000 Mark in den Besitz einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung übergegangen. Gründer der Gesellschaft sind R. Morkuhl-Lübeck (M. 200 000) Gebr. Schondorf-Düsseldorf (M. 200 000), Mamlock-Berlin (M. 200 000) und Rosenberg-Berlin (M. 300 000). Die Forderungen betragen annähernd drei Millionen.

### Bremen.

**Beschämt!** Die Aktiengesellschaft „Weser" ließ kürzlich das bei ihr erbaute Kriegsschiff „Gneisenau" eine mehrtägige Probefahrt machen und ließ sich von der Marineverwaltung 70 Heizer der 2. Werftdivision in Wilhelmshaven zur Verfügung stellen, die schwer arbeiten mußten. Während nun die Zivilheizer M. 10 pro Tag erhielten, wollte man die Marineheizer mit M. 3 pro Tag abspeisen, nachdem sie sich mehrere Tage abgeschuftet hatten. Die Marineheizer wiesen aber, wie man uns mitteilt, diese minderwertige Bezahlung ihrer Arbeitskraft entschieden zurück und verzichteten zu Gunsten der fetten Aktionäre der Aktiengesellschaft auf das ihnen angebotene Geld! Wie uns geschrieben wird, meinte einer der Marineheizer, dafür könnten sich die Herren Direktoren neue Zylinderhüte kaufen.

**Bremerhaven.** Feuer. Die frühere Riedemannsche Faßfabrik am Petroleumhafen, die jetzt der Firma Seebeck gehört, ist Sonntag Nachmittag niedergebrannt. Zahlreiche wertvolle Modelle sind mitverbrannt.

### Schleswig-Holstein.

**„Schleswig-Holsteinische Landpost".** Die Februarnummer der „Schleswig-Holsteinischen Landpost" ist erschienen. Im Leitartikel wird der Schwindel, die Sozialdemokratie leiste keine praktische Arbeit, gründlich widerlegt. Ein zweiter Artikel behandelt die Wahlrechtsfrage. Dem „berühmten" blockfreisinnigen Reichstagsabgeordneten des Lauenburger Wahlkreises ist ein dritter Artikel gewidmet. Unter der Rubrik: „Was im politischen und wirtschaftlichen Leben vorgeht", sind die wichtigsten Ereignisse, soweit sie besonders die Landarbeiter interessieren, besprochen. Sehr lesenswerte Artikel enthält auch wieder der provinzielle Teil der Zeitung. Im Unterhaltungsteil ist Detlev Liliencrons prächtiges Gedicht: „Pidder Lüng" zum Abdruck gelangt. Die monatlich erscheinende „Schleswig-Holsteinische Landpost" wird jedem Landbewohner in Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck umsonst ins Haus geschickt, wenn er sie bei Fr. Bartels, Altona, Viktoriastraße 82, bestellt. Die „Landpost" wird zur Zeit an zirka 8000 Besteller gesandt.

k. **Sande.** Eine Volksversammlung, welche von zirka 250 Personen besucht war, fand am Sonnabend, 15. Februar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Holdmann („Schwarzer Walfisch") statt. Die Genossin Frau L. Zietz sprach über den Reichsvereinsgesetzentwurf und über die Novelle zur Gewerbeordnung. Ausgehend von der Bülowblockpolitik, schilderte Rednerin, wie diese beiden Erzeugnisse konservativ-liberaler Paarung von vornherein als totgeborene Kinder zur Welt gekommen seien. Wenn einerseits das neue Reichsvereinsgesetz anscheinend etwas von einem liberalen Hauch an sich habe, so bringe dasselbe auf der anderen Seite einen ganzen Topf voll Reaktion. Mehrere kleine Bundesstaaten würden entgegen dem dort bisher geltenden Rechte eine bedeutende Verschlechterung erfahren. Ganz unannehmbar sei der § 7, der sogenannte Sprachenparagraph, welcher gänzlich mit preußischem Polizeigeist durchtränkt sei. Die rheinisch-westfälischen Grubenbarone waren es, welche diesen Paragraphen in das Gesetz aufgenommen wissen wollten, um die aus aller Herren Länder herbeigeholten fremdsprachigen Arbeiter jeglicher Möglichkeit zu berauben, sich in ihrer Muttersprache in Versammlungen verständigen zu können. So lange dieselben sich von den Unternehmern als Streikbrecher und Lohndrücker gebrauchen lassen, sind sie ihnen gute Kinder. Sobald diese fremden Arbeiter jedoch ihre Klassenlage erkannt haben und sich zu organisieren versuchen, hält die Freundschaft auf. Vielfach seien diese für die Organisation wirkenden Arbeiter als lästige Ausländer ausgewiesen worden. Es müsse versucht werden, diese fremdsprachigen Arbeiter zu uns heraufzuziehen. Es müsse daher in ihrer Muttersprache zu diesen Leuten geredet und sie für unsere Organisation zu gewinnen versucht werden. Wenn der Reichsvereinsgesetzentwurf für die Frauen und Minderjährigen den Vorteil bringt, daß sich dieselben der politischen Organisation anschließen dürfen, so verzichten sie viel lieber auf diese Vorteile, als daß sie zugeben, daß die für die gesamte Arbeiterbewegung viel schwerer ins Gewicht fallenden reaktionären Bestimmungen Gesetz werden. Uebergehend zur Novelle der Gewerbeordnung, schildert die Referentin die aller Beschreibung spottenden elenden Verhältnisse und das überaus traurige Familienleben in jenen Gegenden, wo vornehmlich die Heimindustrie ihre Blüten treibt, an der Hand dieser Ausführungen auf die Forderung der Sozialdemokratie, die Herabsetzung der Arbeitszeit bis zu acht Stunden, hinweisend. Rednerin ersuchte die der Organisation fernstehenden, sich nunmehr dieser anzuschließen und auch die Arbeiterpresse, das „Hamburger Echo", zu lesen. Mit einem Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen. Eine Tellersammlung ergab M. 14,12.

**Sande.** Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Mittwoch, 19. Februar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn A. Eckermann statt. Tagesordnung: 1. Politische Lage. 2. Maifeier. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

k. **Neu-Wentorf.** Ein Revolverheld aus den Reihen der oberen Zehntausend. Im Auftrage des Gärtners Schulz in Reinbek waren sechs Arbeiter damit beschäftigt, einen Weg zu pflastern. Mittlerweile erschien der Villenbesitzer Fricke, welcher das Weiterarbeiten an diesem Wege ohne die geringste Berechtigung verbot. Als die Arbeiter demgegenüber erklärten, beim Gärtner Schulz zu arbeiten und dessen Anordnungen Folge leisten müßten, drohte er die Arbeiter zu erschießen und feuerte auch tatsächlich aus zwei mitgebrachten Revolvern drei Schüsse ab. Glücklicherweise ist hierbei niemand verletzt worden. Einen inzwischen hinzugekommenen Fußgendarm aus Wentorf wollte der schießlustige Herr veranlassen, den Arbeitern die Fortsetzung ihrer Arbeit zu untersagen, wessen sich dieser jedoch weigerte und dem Herrn bedeutete, daß das fragliche Grundstück nicht ihm, dem Herrn Fricke, sondern dem Herrn Ganzer gehöre. Schließlich gelang es denn auch den vereinten Bemühungen, den Aufgeregten zu beruhigen. Die Aufforderung des Gendarmen, ihm die Waffen auszuliefern, blieb ohne Erfolg, da dieser inzwischen wieder sein Haus betreten hatte und nun höhnisch erklärte, keine derartigen Waffen zu besitzen. — Es wäre dringend zu wünschen, daß derartige Schützen so bald wie möglich unschädlich gemacht werden, auch dann, wenn dieselben den oberen Zehntausend angehören sollten.

**Schwarzenbek.** Am Sonnabend Abend fand im Lokale von C. Witt eine gut besuchte Protestversammlung gegen den Reichsvereinsgesetzentwurf statt. Genosse Lesche führte in zirka 1½stündigem Vortrage den Anwesenden die reaktionären Bestimmungen des Entwurfs vor Augen. Lebhafter Beifall wurde dem Genossen Lesche für seine trefflichen Ausführungen zu teil. Die Protestresolution fand einstimmige Annahme.

**Ahrensburg.** Eine von zirka 100 Personen besuchte Volksversammlung, die sich mit dem Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes befaßte, fand hier am Sonntag, 16. Februar, bei Schierhorn statt. Der Genosse Arnhold führte an der Hand reichen Materials den Beweis, daß die von der Regierung in diesem Entwurf so viel gepriesenen Vergünstigungen durch eine ganze Reihe neuer Bestimmungen und Verschlechterungen es jedem rechtlich denkenden Menschen zur Unmöglichkeit machen, für diesen Entwurf zu stimmen. Die bekannte Resolution fand einstimmige Annahme.

Im Anschluß hieran unterbreitete der Genosse Bischoff der Versammlung den Vorschlag auf Gründung einer Mitgliedschaft für den Sozialdemokratischen Verein für den 8. und 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreis. Schon die große Zahl der Mitglieder am Orte (85), die bis jetzt in einem losen Verhältnis mit der Zentralleitung gestanden, erfordere es, zu der festen Organisationsform überzugehen. Die Versammlung nahm den Vorschlag mit großem Interesse entgegen und wählte sofort eine Kommission von fünf Mitgliedern, die das Weitere in die Wege leiten sollen. Mit dem Appell an die Anwesenden, sich zu organisieren und für weitere Verbreitung unserer Presse zu sorgen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Lauenburg.** Protestversammlung gegen das Reichsvereinsgesetz. Die Versammlung war von reichlich 350 Personen beiderlei Geschlechts besucht. Als Referent war Genosse Weinheber-Hamburg erschienen. Redner ging scharf mit dem aus konservativ-liberaler Paarung entstandenen Sprößling ins Gericht, ebenso scharf aber auch mit den liberalen Parteien, welche den monströsen Entwurf als eine Gabe des „liberalen" Reichskanzlers an ihre Adresse betrachten. An vielen selbsterlebten Beispielen zeigte Redner, wie schikanös und einseitig das bisherige Vereins- und Versammlungsrecht von den Polizeibehörden gegenüber den Arbeitern gehandhabt worden sei, und daß, wenn der neue Entwurf mit seinem § 7 Gesetz werden sollte, der Polizeiwillkür Tür und Tor geöffnet sein würde und von einem freiheitlichen Vereins- und Versammlungsrecht nicht mehr die Rede sein könne. Redner zeigte weiter an der Hand der letzten politischen Ereignisse, daß die Arbeiterschaft noch mehr als bisher das Bestreben haben müsse, sich in politischen und gewerkschaftlichen Vereinen zusammenzuschließen, um den anstürmenden vereinigten reaktionären Gewalten ein festes Bollwerk entgegenzustellen. Zum Schluß gelangte eine gegen den Vereinsgesetzentwurf gerichtete Resolution einstimmig zur Annahme.

**Garstedt.** Die Protestversammlung gegen den Reichsvereinsgesetzentwurf fand für Garstedt, Ochsenzoll und Umgegend im Lokale „Zum Ochsenzoll", Inhaber Franz Breyer, am Sonntag, 16. Februar, statt. Referent Genosse Kalnbach führte in zirka 1½stündigem Vortrage den Anwesenden die reaktionären Bestimmungen des Regierungsentwurfes vor und forderte die Erschienenen auf, scharfen Protest gegen diesen rückschrittlichen Gesetzentwurf einzulegen. Der beste Protest sei der Anschluß an die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, sowie das Abonnement auf die Arbeiterpresse. Der interessante Vortrag wurde von den 70 bis 80 Versammlungsteilnehmern mit großem Beifall aufgenommen. Folgende, vom Genossen Kalnbach vorgeschlagene Resolution fand einstimmig Annahme: „Die heute im Gasthaus zum Ochsenzoll versammelten Bürger von Garstedt und Umgegend protestieren gegen den dem Reichstag vorgelegten Reichsvereinsgesetzentwurf, weil er in keiner Weise den Wünschen der Arbeiter Rechnung trägt."

m. **Kiel.** Material für den Reichslügenverband. In der „Neuen Preußischen Zeitung", dem offiziellen Organ der konservativen Partei, befindet sich folgende Notiz:

„Mit was für Kräften zum Teil die Sozialdemokratie „Aufklärung" und „Wissen" im Volke zu verbreiten sucht, ergibt sich aus der nachstehenden Zuschrift, die der „Deutschen Zeitung" aus ihrem Leserkreise zugeht:

„Dieser Tage stand der Redakteur Wilhelm Brecour in Kiel vor der Strafkammer in Kiel wegen Beleidigung. Er wurde zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Brecour zeichnet als verantwortlicher Redakteur der sozialdemokratischen „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung" in Kiel. Der Verteidiger des Brecour war Rechtsanwalt W. Spiegel in Kiel. In seinem Plaidoyer hob er als strafmildernd hervor, daß der Angeklagte nur eine sehr geringe und unvollkommene Bildung besäße."

„Daß die sozialdemokratischen Rufer im Streite die Vorsicht für der Tapferkeit besseren Teil halten und sich gegen den Strafrichter zu decken suchen durch verantwortliche Redakteure, die oft den Inhalt dessen, was sie verantworten sollen, nicht einmal verstehen, ist nicht neu. Im § 18 des Preßgesetzes wird das Unwesen der sogenannten Strohredakteure verboten. Wenn es auch in einer milden, jede übelwollende Härte vermeidenden Weise geschehen ist, so sollte doch, wie der Kommissionsbericht hervorhob, dem „zugleich der Presse und der Rechtsordnung unwürdigen Mißbrauch", daß ungebildete Personen, denen die Fähigkeit zur Redaktionsführung abgeht, als verantwortliche Redakteure zeichneten, gesteuert werden. Abgesehen von der rechtlichen Seite der Frage ist es sehr bezeichnend für die Bewertung des sozialdemokratischen Anhanges im Lande seitens der sie führenden Kreise, daß ein sozialdemokratisches Provinzblatt nicht davor zurückschreckt, seinen Redakteur in öffentlicher Gerichtssitzung als sehr gering und unvollkommen gebildet hinstellen zu lassen."

Von einem der Journalisten, die der Verhandlung beigewohnt haben, kann die Notiz nicht herstammen, sie ist auch nicht einem Zeitungsbericht aus Kiel oder Schleswig-Holstein entnommen, denn keine der bürgerlichen Zeitungen Kiels oder der Provinz, die von dem Prozeß Notiz genommen haben, hat auch nur andeutungsweise von einer solchen Aeußerung des Rechtsanwalts Spiegel berichtet. Tatsächlich handelt es sich denn auch um eine blanke Lüge, die sich der Mann aus dem Leserkreise der „Deutschen Zeitung" aus den Fingern gesogen hat. Da durch den Schwindel nicht nur Genosse Brecour, sondern auch Rechtsanwalt Spiegel, dem eine solche törichte Aeußerung in den Mund gelegt wird, schwer beleidigt wird, hat letzterer der „Kreuzzeitung" folgende Erklärung zugesandt:

Kiel, 14. Februar 1908.
An die Redaktion der „Neuen Preußischen Zeitung"
Berlin.

In einer der letzten Nummern Ihres Blattes veröffentlichen Sie eine der „Deutschen Zeitung" aus ihrem Leserkreise zugegangene Zuschrift, derzufolge ich als Verteidiger des wegen Preßbeleidigung angeklagten Redakteurs Wilhelm Brecour von der sozialdemokratischen „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" in Kiel im Plaidoyer als strafmildernd den Umstand hervorgehoben haben soll: daß der Angeklagte nur eine sehr geringe und unvollkommene Bildung besitze. Diese Behauptung ist unwahr. Ich habe im Gegenteil erklärt: es sei einem Manne von der Bildung und Intelligenz des Angeklagten unmöglich, die von der Anklagebehörde unterstellte Absicht der Beleidigung zuzutrauen. Hiermit entfallen auch Ihre auf meine angeblichen Aeußerungen gestützten Schlußfolgerungen über die moralische und geistige Qualifikation sozialdemokratischer Redakteure, wodurch sich mein Klient schwer beleidigt fühlen muß. Die mir in den Mund gelegte Aeußerung konnte ich um so weniger tun, als mir bekannt war, daß mein Klient nicht zu den von Ihnen charakterisierten Sitzredakteuren gehört, sondern in der Redaktion seines Blattes ein wichtiges Ressort selbständig bearbeitet.

In Wirklichkeit habe ich als strafmildernd nur den Mangel an Urteilsfähigkeit und stilistischer Gewandtheit der Gewährsmänner hervorgehoben, ein Argument, welches, wie der von Ihnen gedruckte Bericht dartut, nicht nur als Schutzeinwand für sozialdemokratische Redakteure geltend gemacht werden kann.

Ich ersuche Sie höflichst, diese Berichtigung in die nächste Nummer Ihres Blattes aufzunehmen.

Hochachtungsvoll Spiegel, Rechtsanwalt.

Eine ähnliche geharnischte Erklärung hat Rechtsanwalt Spiegel auch der „Deutschen Zeitung" in Berlin zugehen lassen, wobei er, wohl mit Absicht, beide Male die Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes unterließ, vermutlich, um festzustellen, in welchem Maße die genannten Blätter gewillt oder nicht gewillt sind, freiwillig der Wahrheit die Ehre zu geben und die gemeine Verleumdung, zu deren Kolportierung sie benutzt worden sind, zurückzunehmen. Vielleicht äußert sich auch Herr Bürgermeister Muus aus Uetersen, der in jenem Prozeß gegen Brecour bekanntlich als Zeuge und Nebenkläger figurierte, zur Sache, denn er muß ebenso sehr wie jeder Teilnehmer an der Gerichtsverhandlung die Niederträchtigkeit dieses Streiches verurteilen.

**Trittau.** Am Sonntag fand hier im Lokale des Herrn Klafak eine öffentliche Protestversammlung gegen den Entwurf des Reichsvereinsgesetzes statt, in der Genosse Bullmer-Hamburg referierte. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen. Genosse Dühring-Trittau legte die Notwendigkeit des Anschlusses an die Parteiorganisation und der tatkräftigen Mitarbeit am Befreiungskampfe der in jeder Art und Weise zurückgesetzten und unterdrückten unteren Volksklassen dar.

Ein Kleinbahnidyll. In der Nähe einer niederdeutschen Großstadt wurde unlängst eine Kleinbahn zur wirtschaftlichen und kommerziellen Erschließung des fruchtbaren, teilweise von schönen Waldbeständen durchzogenen und am Ende der Bahn äußerst romantisch gelegenen Hinterlandes eröffnet. Bald danach sollte nun auf einem der „Bahnhöfe" zwecks Mitnahme eines weiteren Wagens ein Rangiermanöver vorgenommen werden. Sei es nun, daß die Maschine bockig wurde oder daß deren Führer das Signal noch nicht richtig kapierte, statt etwas rückwärts zu fahren, „sauste" das „Zügle" einfach davon, das übrige Personal mit langen Gesichtern auf dem „Bahnhof" zurücklassend. Um den Ausreißer einzufangen, telephonierte man an die nächste Station, und da wurde dann so lange gewartet, bis die stehengebliebenen Beamten zu Fuß nachkamen. Ein kräftiges Hallo der Passagiere gab der Freude des Wiedersehens Ausdruck.

Hinterwäldlerisch. Auf der Südstormarnschen Kreisbahn, die sich erst seit kurzem in Betrieb befindet, scheinen die Zeiten von anno Tobak ihre teilweise Auferstehung gefunden zu haben. Die Beleuchtung der „Züge" geschieht nämlich in Altväterweise mittels Rüböl, und demgemäß herrscht in manchen Abteilungen ein derartiges Dämmerlicht, daß nicht ohne besondere Anstrengungen die Zeit von der Uhr abgelesen werden kann. Nun ist ja gern zuzugeben, daß der wirklich nicht auf übermäßige Hast zugeschnittene Verkehr im Verein mit der Beleuchtung förderlich für einen guten Schlummer ist, wenn nur das herzhafte Stoßen mancher Wagen nicht diese Idylle störte.

## Auswärtiges.

**Die Majestätsbeleidigung durch ein Witzblatt.** Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelte am Freitag von Vormittags 9 Uhr ab in einer mehr als vierstündigen Sitzung die Strafkammer beim Landgericht Mülhausen (Elsaß) gegen den Redakteur des Witzblattes „Dr Victori", Herrn Emil Ruetsch, wegen Vergehens gegen das elsaß-lothringische Preßgesetz (Herausgabe einer periodischen Zeitschrift mit politischen Artikeln ohne vorausgegangene Kautionsstellung), Verbreitung unzüchtiger Schriften und — Majestätsbeleidigung. Der Angeklagte wurde verurteilt: 1. Wegen Vergehens gegen das elsaß-lothringische Preßgesetz vom 8. August 1898 zu einer Geldstrafe von M. 30 oder 10 Tagen Gefängnis; 2. Wegen Vergehens gegen die §§ 184, 1 (Verbreitung unzüchtiger Schriften) und 95 (Majestätsbeleidigung) St.-G.-B. zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 10 Monaten. Von der Gefängnisstrafe beziehen sich zwei Monate auf einen Scherzartikel, in dem eine unzüchtige Tendenz erblickt wurde, neun Monate hingegen auf die Majestätsbeleidigung, welche in Nr. 20 des „Victozi", und zwar in dem ersten Artikel mit Titelbild (Serenissimus und Biedermann), überschrieben „Zu dr Brotnot" und „Heil dir Germania", gefunden wird. Der letztere Artikel besteht aus einem Dialog zwischen Serenissimus und Biedermann während einer lärmenden Massenansammlung mit den Rufen „Brot — Brot — Brot" vor dem königlichen Schlosse. Die beiden Strafen von 9 und 2 Monaten sind in eine Gesamtgefängnisstrafe von 10 Monaten zusammengezogen. Der Strafantrag des öffentlichen Anklägers hatte auf 1 Jahr 3 Monate Gesamtgefängnis gelautet, davon 1 Jahr wegen Majestätsbeleidigung. Auffallen muß, daß die so schwer geahndete Nummer Mitte Dezember des vorigen Jahres unbeanstandet erschien und daß deren Staatsgefährlichkeit erst entdeckt wurde, nachdem Mitte Januar die Straßendemonstrationen für's allgemeine Wahlrecht in Berlin erfolgt waren. Erst dann wurde die staatsgefährliche Nummer bei Verleger und Drucker konfisziert, es wurde Haussuchung nach etwaigen Manuskripten mit Bezug auf den Artikel vorgenommen und der Redakteur wurde verhaftet, um erst nach achttägiger Untersuchungshaft gegen Stellung einer Kaution von M. 3000 wieder auf freien Fuß gesetzt zu werden. Glaubte die Anklagebehörde etwa gar an einen Zusammenhang zwischen den Straßenkundgebungen in Berlin und dem 5—6 Wochen vorher erschienenen Artikel? Den Antrag des Staatsanwalts auf sofortige Verhaftung lehnte das Gericht ab.

**Von der Marine.** Torpedoboot „S. 90" ist am 14. Februar in Schanghai eingetroffen und geht am 22. Februar nach Tsingtau. Flußkanonenboot „Tsingtau" ist am 14. Februar in Macao eingetroffen und geht am 17. Februar nach Hongkong. „Luchs" ist am 15. Februar von Hongkong nach Tsingtau gegangen. „Freya" ist am 16. Februar in Malaga eingetroffen und geht am 24. Februar nach Vigo. „Bussard" ist am 15. Februar in Kilwa Kiwindje eingetroffen und am 16. Februar von dort nach Kilwa Kisiwani gegangen. „Jaguar" ist am 16. Februar in Nanking eingetroffen und geht am 21. Februar nach Schanghai. Flußkanonenboot „Vorwärts" ist am 17. Februar von Itschang am Yangtse nach Shasi am Yangtse abgegangen. „Hohenstaufen", mit dem Zweigtransport für die Besatzung des Kiautschougebiets an Bord, ist am 15. Februar in Penang eingetroffen und hat am 16. Februar die Reise fortgesetzt.

## Arbeitsmarkt

Gesucht junges Mädchen, welches das Schneidern erlernen will.
Barmb., Hinrichsenstr. 33, IV., Fr. Kröger.

Schuhmacher auf Wochlohn gesucht.
H. Vagedes, Gerhofstr. 23.

Ges. Rockschneider. Oljenick, Graskeller 4, I.

Rockschneider sucht
Fritsche, Kaiser Wilhelmstr. 55.

Gesucht junger Schneidergeselle, welcher sich auf Damenjackets einarbeiten will.
Schmiedestraße 8, IV.

Gesucht Rock- und Tagschneider, in und außer dem Hause.
F. Kreuzberg, Neuerwall 10.

**Gärtnerlehrling**
gesucht zu Ostern unter günstigen Bedingungen.
Julius Schrader, Handelsgärtnerei und Baumschulen. Kaltenkirchen, Holstein.

**Lübecker Kautabak,**
2 Rollen 15 ₰, 8 Rollen (mittel) 55 ₰.
Ad. Mehmel, Dovenfleet 49.

Zigarrenkisten, Cedern, 1/10 u. 1/20, billig zu verk. Hohenfelderstieg 1, part.

## Vermietungen

**M. 330,** nur an ruhige, einzelne Leute zu verm. per April.
Näheres Großneumarkt 14.

**Wendenstraße 158,**
nahe der Eisenbahnbrücke,
**Wohnungen von zwei Zimmern,**
M. 260 bis M. 290,
**Wohnungen von fünf Zimmern,**
M. 440 bis M. 480.
A. Saalmann, part. rechts.

Wendenstr. 340 sof. z. verm. schöne, helle, trock., mod. 3. u. 4. Etg., 3—4 gr. Zimm., gr. Korr., Kachelk. 2c., neu dekoriert, M. 380 u. 390.

Barmbeck, Hansdorferstr. 18, ist ein Laden mit 3 Zimmern zu vermieten, alles hell, und eine große Wand für Reklame.

Zu vermieten 2-Zimmer-Wohnungen mit Kachelküche. Näheres:
Gertigstraße 33, I., W. Krohn.

Wohnung mit großem Garten zu vermieten, M. 140. Gr. Jäger-Bramfeld.
Wilh. Dwenger.

**Zu vermieten zwei Wohnungen**
mit 2 Zimmern, Küche, Speisekammer, Boden, Stall und Garten, M. 170, 10 Minuten von Bahnhof Glinde. A. Weidemann.

**Zu vermieten ein möbl. Zimmer**
billig. Barmbeck, Volksdorferstr. 10, II. links.

Tapezier polst. Sofa M. 4, Bettr. M. 2,50 an. Möller, Süderstr. 48. Karte genügt.

**Brautleute!**
**Eleganter neuer Hausstand:**
Modernes Wohnzimmer,
Elegantes Schlafzimmer,
Kompl. Küche, eich. Dielengarder.
für M. 375 zu verkaufen.
Lüddeckens, Grindelhof 2, Hochp.,
Ecke Grindelallee, 5 Min. v. Dammtor-Bahnh.
Lagerung bis 1. Mai frei.

**Englisch-Deutsche Stoffneuheiten.**
Jackett-Anzüge nach Masz jetzt M. 48 (sonst 54).
Frühj.-Paletots nach Masz jetzt M. 36 (sonst 45).
Hosen n. Masz jetzt M. 9,50.
Konfirm.-Anzüge n. Masz jetzt M. 35 (sonst 48).
Mache darauf aufmerksam, dass ich keine Lagerarbeit liefere, sondern **hochf. Maszarbeit!**
Obige Preise
**nur für Februar.**
**S. Meier,**
Posthof-Steinstr.

# Sozialdemokratischer Verein für den 2. Hamburger Wahlkreis.

## Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, den 18. Februar, Abends 8½ Uhr,
bei Vorwohle, Neustädterstraße 41/43.

Tages-Ordnung:
1. Der Klassenkampf in der Politik. (Referent: Genosse Dr. Laufenberg.) 2. Diskussion. 3. Innere Angelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet — Der Vorstand.

# Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Hamburg.

## Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, den 19. Februar 1908, Nachm. 4 Uhr,
beim Kollegen Weidemann, Hütten 60.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Seeleute! Achtung!

## Große öffentliche Seemanns-Versammlung

am Mittwoch, den 19. Februar, Abends 8½ Uhr,
im „Sternensaal" (Frau Melching Wwe.), Gr. Freiheit 39, Altona.

Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitslosigkeit der Seeleute, ihre Ursachen und Wirkungen. Referent: Zentralvorsitzender P. Müller. 2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

# Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

(Zahlstelle Altona.)

## Versammlung

am Donnerstag, den 20. Februar, Nachmittags 4 Uhr,
beim Kollegen J. Osterhof, Langestraße 50, Altona.

Tagesordnung siehe Postkarte.

Unter anderem Vortrag des Herrn Dr. Levi über das Nahrungsmittelgesetz im Gastwirtsgewerbe mit Vorführung chemischer Experimente.

**Sterbekasse der Großen Arbeiter-Kranken- und Sterbe-Kasse,**
früher Kranken- und Sterbekasse des Bildungsvereins für Arbeiter.

## Ordentliche Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, den 11. März 1908, Abends 8½ Uhr präzise,
im Lokale des Herrn Springborn (Tütge), Valentinskamp, oberer Saal.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung und Bericht für das Jahr 1907. 2. Wahl des Vorstandes und dessen Ersatzmänner. 3. Wahl der Revisoren und deren Ersatzmänner. 4. Antrag C. Lüssmann: Dem Rechnungsführer ein Mankogeld zu bewilligen.
Das Mitgliedsbuch (blaues Buch) ist am Eingang vorzuzeigen.

Der Vorstand.

# Wandsbeck, Achtung!

Den werten Klubs und Vereinen hiermit zur gefälligen Kenntnis, daß das **diesjährige Sängerfest der vereinigten Liedertafeln** am **2. August** im Lokale des Herrn **O. Ullrich** stattfindet, und ersuchen wir, an diesem Tage keine Festlichkeit zu arrangieren.

J. A.: F. Dabelstein, Obmann.

Nach Feierabend!
**Hein:** „Na, Thedje, wie geht to Huus? Wat mokt Dien Froo?"
**Thedje:** „Jo, de klogt noch immer over den Rheumatismus und de Olle, de hett dat mit de Gicht und Asthma; dat ist en Malheur!"
**Hein:** „Nu, ween man nich gliek! Ich will Di en Mittel seggen, da nimmst en Buddel von dat echte australische Eucalyptusöl und lot Dien Froo un den Ollen ordnlich mit inrieben! Dat helpt!"
**Thedje:** „Jo, wo kriegt man denn dat?"
**Hein:** „Dat echte australische Eucalyptusöl von **Mumm & Frerichs,** Hopfenmarkt 26 und Banksstr. 4, gibt es aber **nur in weißen Porzellanflaschen** à M. 1, auch in Apotheken und Drogerien.
**Achte aber ja auf die Firma!"**

Thedje: „Dat wull ick ook moken, ick dank Di ook!"

Kios-Jockey-Club. Stück 3½ Pf. — Kios-Fürsten-Cigarette. Stück 4 Pf.
**KLEINE KIOS** Beliebteste 2½ Pfg Cigarette
Kios-Welt-Macht-Cigarette. Stück 5 Pf. — Kios-Exportkz-Cigarette. Stück 6 Pf.
Cigaretten-Fabrik „Kios" o E. Robert Böhme, Dresden.

**Sterbekasse „Brüderschaft am Stadtdeich".**

**Versammlung**

am Dienstag, 18. Februar, Abds. 8½ Uhr, im Ladenlokal des Herrn R. Hannemann, Banksstraße 51/53.

Tagesordnung:
1. Protokoll und Kassenbericht. 2. Wahlen laut §§ 16—27. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht — Der Vorstand.

Die Mitglieder C. Benecke und Frau Vaderson, geb. Stapelfeldt, werden aufgefordert, ihre Adresse aufzugeben und den rückständigen Beitrag zu bezahlen bis 18. März, widrigenfalls ihr Ausschluß aus der Kasse erfolgt. D. O.

**Sozialdemokratischer Verein für den 3. Hamburger Wahlkreis.**
Distrikt Hohenfelde.

**Mitglieder-Versammlung**

am Donnerstag, 20. Februar, Abds. 8½ Uhr, im „Hohenfelder Hof", Inh. Wittenbecher, Lübeckerstraße 17/19.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Paul Hoffmann über: Klassengegensätze. 2. Vereinsangelegenheiten.

Regen Besuch erwartet — Die Distriktsverwaltung.

**Achtung, Platten-Ansetzer!**
Die Ehrenerklärung für
**Johs. Woinke**
vom 8. d. M. betrachte ich als nicht gegeben und ziehe dieselbe hiermit zurück. **Johs. König.**

**Möbel** heute und morgen für jeden Preis, ev. auf Abzahlung
wegen Ueberhäufung des Lagers
**Sofa, Bettstellen,** 15, 18, 22, 27, 38, 48.
**Betten** 6, 8, 10, 12, 15, 18, **Chais.** 16, 18, 20, 24,
Spiegel, Bilder, Lampen-, Kleider-, Küchen-, Phantasie-, Spiegelschränke, Wäsche, Schuhwaren, Haus- u. Küchengerät.
**Der Weg lohnt.** Süderstr. 48, Möller.
Lieferung frei Haus.

**Fahrräder**
Ratenzahlung gestattet
Billigste Bezugsquelle!
BENZ & Co., Alter Steinweg 66, Hol r.

Gut. Herren- u. Damen-Rad, fast neu, bill. zu verk. Hansaplatz 4, pt. lks.

Besonderer Verhältnisse halber! Für Radfahrer 10 erstkl. M. K. C.
**Fahrräder** Mod. 1908 Garantie.
Freil. Rückgr., f. Ausst., billigster Preis, M. 35—55. Spaldingstr. 82, p. l., k. Lad.

**Rad,** erstkl. Marke, spiel. leicht. Lauf, zu verk. Grindelallee 100, I.

Aufl.! Uebern. e. Post. v. 800 Fahrrad-Mänteln, ff. Ware, M. 2 u. 3. Für Händler und Private Gelegenheit.
Nur Spaldingstr. 82, p. lks., kein Laden.

**Altes** Gold und Silber wird Adolfstr. 66, Altona, gekauft.

Eleg. Hausst. m. reiz. Garnit., engl. Schlafz. u. Küche f. M. 285, a. einz., u. 2 Bett. u. Nachl. Betts. u. Bett. Eimsbüttelerstr. 18, 1. l., St. P.

**Schlafzimmer, englisch,**
2 Bettstellen m. Sprungfederrahmen à M. 27,
Kleiderschrank, groß ..... „ 26,
Waschtisch m. Marmorpl. u. Spiegel. „ 20,
Chaiselongue m. gut. Bezug ..... „ 15,
Komplettes Federbett ..... „ 15.
Händl. verb. Pulverteich 19, part.

**Brautleute!** Reizender Hausstand, auch geteilt, Bort- u. Taschengarnitur, Taschensofa, bll. z. brk. Paulinenallee 4, p. r., Eimsb.

**Sing.-Nähm.** mit Garantiesch. M. 30. Hansaplatz 4, pt. lks.

Orig.-Zentralspul-Nähmaschine für Schneider, wenig gebraucht, M. 75.
Schulterblatt 102, Laden.

**Strickmaschine M. 25,**
wenig gebraucht. Stadthausbrücke 19.

Gänzlich neue Nähmaschine für
**Schuhmacher**
äußerst billig unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.
Eggert, Grindelallee 152.

**Gelegenheitskäufe in Nähmaschinen**
Singer A, Schwingschiff u. Ringschiff usw., tadellose erstklassige Fabrikate, wobei nur Tische durch Lagerung und Transport unansehnlich und teilweise lädiert sind, werden mit **voller Garantie enorm billig ausverkauft.**
Stadthausbrücke 19.

Die schönsten und preiswertesten
**Konfirmanden-Kleider,**
fertig und nach Maß,
à M. 18,75 21,75 25,— 2c.
auch in diesem Jahre nur im
Damen-Konfektionshaus
**F. Meyer, Altona,**
Reichenstraße 23.

**Sofort Geld!**
Kaufe bei strengst. Verschwiegenh. Hausstände, Möbel, Pianos, Gold und Brillanten.
Rödingsmarkt 38 (Krohn).

**Pfand-Geschäft**
Schmuckstrasse 7 u. 9, St. Pauli,
gegründet 1880.

Mindestens 2 Millionen Mark — jährliche Ersparnis im Haushalt! — Beweis nebenstehend!

Wenn nur eine Backpulverfabrik, eigenen Angaben zufolge, täglich 200 000 Päckchen Backpulver etc. zu 10 Pfg. versendet, so bedeutet dies, falls auch nur die Hälfte hiervon Backpulver ist, für die Hausfrauen schon in einem Jahre ein Schaden von 1½ Millionen Mark, weil
**Reeses Backpulver für 5 Pfennig**
reichlich Triebkraft für 1 Pfd. Mehl besitzt u. von irgend einem 10 ₰-Fabrikat in Qualität absolut nicht übertroffen werden kann.
Darum, Hausfrauen:
**Gebt nicht unnütz das Doppelte aus**
im neuen Jahr, zumal nicht bei der teuren Zeit und kauft nur
**Reeses Backpulver zu 5 Pfg.**

## Erwiderung

auf den Versammlungsbericht und die Annoncen in der Nr. 7 des „Norddeutschen Gastwirt".

In der Nr. 7 des „N. G." befindet sich folgende Anzeige:
**„Was für Bockbier mag das sein, was der Schankwirt W. Berk, Hamburgerstr. 99 in Barmbeck, und der Schankwirt Peter Barofsky, Steindamm 87, das halbe Liter 15 Pfg. ihren Gästen schenken? Ersterer macht grosse Reklame, es sei ff. Elbschlossbock, letzterer gibt die Herkunft nicht an. Ist denn der Vorrat der dunklen billigen Biere der Ahrensburger Brauerei (in Konkurs) noch nicht bald alle?**
**Was wohl die Wirte denken, die Elbschlossbock führen und mit M. 24 bezahlen müssen. Werden diese noch Bier nehmen?"**

Hierzu bemerke ich:
Es ist sehr wohl möglich, dass auf Grund obiger Anzeige von, bei dieser Angelegenheit interessierten, Leuten unter der Arbeiterschaft in Barmbeck-Uhlenhorst, aus der sich in der Hauptsache meine Gäste rekrutieren, die Meinung verbreitet ward, das von mir geschenkte Bier sei kein Elbschloss-Bockbier.

**Daher erkläre ich ausdrücklich an dieser Stelle, dass das von mir per halbes Liter 15 ₰ geschenkte Bier echtes Elbschlossbier ist, und ich bin bereit, jederzeit hierfür den Beweis zu erbringen.**

Im übrigen bin ich ganz der Meinung des Kollegen C. Meibohm, der in der Versammlung vom 14. Februar erklärte: **„Man könne den Mitgliedern nicht vorschreiben, welche Preise sie ihren Gästen berechnen wollen."**

Ich meine, wenn ich, um meinen Gästen einmal entgegenzukommen und ihnen etwas besonderes zu bieten, **zeitweilig** das halbe Liter Bockbier auch für nur 10 ₰ verschenke, oder ganz umsonst weggebe, **so geht das keinen Menschen etwas an, und meine Herren Kollegen sollen sich darüber nur keine grauen Haare wachsen lassen. Wenn ich nur das Bier bezahlt habe.**

Da aus der obigen, für mich und mein Geschäft schwer beleidigenden und provozierenden Anzeige des „N. G." überdem hervorgeht, dass man durchaus nicht bemüht ist, die vorliegenden Differenzen in friedlicher Weise beizulegen, so halte ich mich auch nicht mehr an mein Versprechen gebunden, welches ich der mich am 14. Februar offiziell besuchenden Wirte-Kommission gegeben habe, von heute, Dienstag, ab das halbe Liter Bockbier für 20 ₰ zu schenken.

Es gibt also bei mir bis auf weiteres, so lange der Vorrat reicht,
**ein halbes Liter echtes ff. Elbschloss-Bockbier für 15 ₰.**

**Prosit!! Wilhelm Berk,**
Barmbeck, Hamburgerstr. 93, Ecke Heitmannstrasse.
**Von Morgens 4 Uhr an geöffnet!!**

# Neustädter Gesellschaftssäle,

Valentinskamp 40/42.

**Dienstag, 18. Februar:**

## Einzige diesjähr. gr. Maskerade mit Preisverteilung

1. Preis: 1 goldene Uhr.
2. Preis: 1 silberne Uhr.
3. Preis: 1 Armband.

und doppelt besetztem Orchester
**in sämtlichen Lokalitäten.**
Entree: Herren M. 1,50, Damen M. 1.
Anfang 8 Uhr.
Kindern und unanständigen Masken ist der Zutritt verboten.

Inhaber dieses Ausschnittes hat nur Garderobengeld zu zahlen.

Eine Sportkarre m. Verdeck u. Gummirädern, e. eichene Puppenbettst. f. bill. zu verk. Barnerstr. 59, part. l., Ottensen.

Ein besseres Taschensofa, fast neu, ist billig zu verkaufen, M. 60.
Heinrich Barthstraße 6, I. r.

2 ff. Herr.-Anzüge, e. blauer, z. verk. Kielerstraße 10, p. Gudella.

**Pfandgeschäft**
Pumpen 1.
Geöffnet bis Abends 9 Uhr.

Hausst. m. 2 Garnit., Schlafst. m. 2 f. Bett., a. e. f. j. Pr. Julinsstr. 36, p. l., b. Schultbl.

Halb. Preis. Eleg. Hausst., neu, 200, Tasceng., engl. Schlafz. u. Küche. Hohenfelderstr. 20a, pt.

Neues rotes Federbett M. 15, feine Daunendecke, Kissen und Unterbett.
Krüger, St. Pauli, Seilerstr. 7, II.

Schöne Ladeneinrichtung wegen Aufgabe des Geschäfts billig zu verkaufen.
Reuterstr. 9, Keller, Uhlenhorst.

Billig zu verk. ein schönes, großes Heckbauer, dreiteilig, diverse Singbauer und Nistkästen.
Mohlenhofstraße 2, Laden.

Billig zu verk. wegen Aufgabe der Wohnung 4 Bettstellen, 2 gute Betten, Tische, Lampen u. Diverses mehr. Mohlenhofstr. 2, II.

**Offeriere Eierkartoffeln**
5 Ltr. 30 ₰, Sack, 130 ℔, M. 4,80, Magnum bonum, prima, 5 Ltr. 28 ₰. Sack, 130 ℔, M. 4,40. H. Schneider,
Hamburgerstr. 3. Tel.: 8336, A. 5.
Lieferung frei ins Haus.

**Wirtschafts-Uebernahme.**
Allen Genossen, Freunden und Bekannten die Mitteilung, daß ich die Gastwirtschaft nebst Frühstückslokal, Albertstraße 8, von Herrn Grotewohl übernommen habe.
Ich bitte um gütigen Zuspruch
Hochachtungsvoll
**Heinrich Blöcker.**

Allen Freunden, Kollegen und Parteigenossen bringe meine Wirtschaft in empfehlende Erinnerung.
**Claus Pals,**
**Hammerdeich 87/89.**

**Sande — Bergedorf.**
Meinen werten Freunden und Bekannten zur Mitteilung, daß ich ab Sonntag, 16. Februar, den Ausschank in der Nebenwirtschaft des Hotel „Schwarzer Walfisch" übernommen habe.
Reelle Bedienung zusichernd, bitte um geneigten Zuspruch.
Ferdinand Wulf.

**Skat-Klub „Treff-Ass".**
Heute, Dienstag, Abends 9½ Uhr: **Preis-Skat**
37 Röhrendamm 37. Der Vorstand.

Ladeneinrichtung zu kauf. gesucht. Toonb. und Glasschrank. Stuhlmannstr. 5, II., Altona.

2 gut erhaltene, saubere und neue Betten sind sehr billig zu haben im Leihhaus, St. P., Kielerstraße 26.

Gute Garn. M. 80, Waschtisch m. Marm. u. Spiegel 15, stark. Kleiderschrk. 22, Bettst., Trum. 30. Borgfelde, Anckelmannstr. 90, pt. l.

# Gegen die hohen Butterpreise

schützt sich die Hausfrau am besten, wenn sie für Küche und Tafel nur noch verwendet den

## vollkommensten Butterersatz

## Margarine „Siegerin"

Detailpreis per Pfund 90 Pfennige

oder die **Delicatess-Margarine „Mohra"**

Detailpreis per Pfund 80 Pfennige.

Gesetzlich geschützte Marken der A. L. Mohr Akt.-Ges.
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Überraschende Neuheit

garantiert unschädlich — kein Chlor — kein reiben

# Persil

vollständig ungefährlich — kein Waschbrett — kein bürsten

Modernes Waschmittel
für jede Waschmethode passend
Henkel & Co. Düsseldorf.
Zu haben in allen Kolonialwaren-, Drogen- und Seifengeschäften.